

## **50 Jahre Wissenschaftsrat**

**Dokumentation der 50-Jahr-Feier am 5. September 2007 im  
Deutschen Historischen Museum Berlin**

**2008**

ISBN 978-3-935353-42-7

© 2008 Wissenschaftsrat  
www.wissenschaftsrat.de  
E-mail: [post@wissenschaftsrat.de](mailto:post@wissenschaftsrat.de)

zu beziehen durch:  
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates  
Brohler Straße 11, D-50968 Köln

Satz: Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates  
Umschlagsgestaltung und Produktion:  
Satz + Druck Kammel

## Inhalt

## Seite

Ansprachen beim Festakt anlässlich der Festveranstaltung „50 Jahre Wissenschaftsrat am 5. September 2007 im deutschen Historischen Museum Berlin:

Professor Dr. Peter Strohschneider Vorsitzender des Wissenschaftsrates	5
Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler	11
Professor Dr. Wolfgang Frühwald: Jenseits der Exzellenz	17
Podiumsdiskussion: Wissenschaftliche Exzellenz - Voraussetzungen, Ergebnisse, Effekte	33
Impulsreferat: Professor Dr. Hans Ulrich Gumbrecht	35
Auszug aus der anschließenden Podiumsdiskussion	45

Anhang:

Mitglieder des Wissenschaftsrates 1958-2007	61
Vorsitzende des Wissenschaftsrates und seiner Kommissionen 1958-2007	109
Generalsekretäre 1958-2007	114
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle	115



**Professor Dr. Peter Strohschneider**  
**Vorsitzender des Wissenschaftsrates**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

eine Institution feiert Geburtstag. Und sie tut gut daran! Nicht, weil sie schon steinalt wäre; sie ist ja jünger als selbst im Durchschnitt ihre Vorsitzenden (51,2 Jahre).

Vielmehr müssen Institutionen Geburtstag nicht nur *haben*, sondern auch *feiern*, weil sie grundsätzlich eine funktionale Dimension mit einer symbolischen verknüpfen.

Ihre Funktionserfüllung ist immer auch davon abhängig,

- dass die Institution sich selbst symbolisch darzustellen weiß,
- dass sie von Zeit zu Zeit der Prinzipien ihres Funktionierens sich vergewissert und ihre Geltungsansprüche auch nach außen vergegenwärtigt.

Solches leisten unter anderem Feiern. Und so ist es in Institutionen wie der Ehe oder – wie man in Gegenwart des Herrn Bundespräsidenten nicht eigens betonen muss – beim Staat.

So ist es auch beim Wissenschaftsrat:

- Darum feiern wir heute als seinen Geburtstag die 50. Wiederkehr der Unterzeichnung des – auf den ersten Blick wenig aufregend wirkenden (aber Unaufgeregtheit ist ein Markenzeichen des Wissenschaftsrats) – „Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates“ durch Konrad Adenauer und die Ministerpräsidenten der damals elf Länder, die am 5. September 1957 im Bundeskanzleramt in Bonn stattfand.
- Und darum ist es für mich eine besondere Ehre und Freude, aber auch ein Grund zur Dankbarkeit, Sie alle für den Wissenschaftsrat zu dieser Festveranstaltung willkommen heißen zu dürfen. Ich wünsche uns einen gedankenreichen, anregungsvollen und – Sie werden es erleben – heiteren Abend mit vielen interessanten Begegnungen und guten Gesprächen.

Dankbar bin ich auch denjenigen, die uns das Feiern ermöglichen:

dem *Deutschen Historischen Museum* mit seinem Präsidenten für den eindrucksvollen äußeren Rahmen und den großzügigen finanziellen Förderern.

I.

Wer feiern will, braucht eine Institution. Eine Institution – ich habe es gesagt – braucht unter anderem auch das Feiern. Aber selbstverständlich: nur ‚unter anderem‘. Vor allem müssen Institutionen die ihnen zugedachten Funktionen erfüllen, und zwar im steten Ausbalancieren von Kontinuitätsanforderungen und Wandlungsprozessen.

Für den Wissenschaftsrat formuliert in diesem Zusammenhang – seit Mai dieses Jahres in internationaler geweiteter Perspektive – das Verwaltungsabkommen die Aufgabe,

- „übergreifende Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung der Wissenschaft, der Forschung und des Hochschulbereichs zu erarbeiten“
- sowie zu solchen Fragen „einschließlich der Qualitätssicherung“ und auf Anforderung eines Landes auch zu „der Entwicklung der Hochschulen“ dieses Landes „gutachtlich Stellung zu nehmen“.

Qualitätssicherung im Einzelnen und jener Blick auf das differenzierte Gesamtsystem der Wissenschaft, welcher im föderalen Staat von besonderer Bedeutung ist: Dieser Kernaufgaben

- nehmen wir uns im Wissenschaftsrat und seiner Geschäftsstelle mit Hingabe an;
- und dass er sie – aufs Ganze gesehen – in seinen ersten 50 Jahren nicht schlecht erfüllt habe, dies darf man vielleicht selbst in meiner Rolle sagen, ohne damit jeden Kredit in Stillfragen zu verspielen.

Dass sich der Rat dabei stets in Spannungsfeldern bewegte, ist gleichfalls typisch: Institutionen funktionieren ja immer in solchen Spannungsfeldern und in dem Maße, in welchem sie fundierende Spannungen zu verstetigen wissen. Wie ausgeprägt solche Spannungen in unserem Fall sind, zeigt sich neben vielem anderen auch daran, dass der Wissenschaftsrat als völlig wirkungslos beschrieben worden ist, aber auch geradezu als „Pol der totalen Vermachtung“ des „akademischen Feldes“.

## II.

An dieser letzteren Formel ist wenigstens dies richtig, dass sie an der zentralen *Funktion* des Wissenschaftsrats anknüpft: Beratung der Politik. Aber: *Der* Politik oder *durch die* Politik? Dies ist eine eigene Spannung des Wissenschaftsrats und seine besondere Pointe: Die Spannung von Wissenschaft und Politik ist in die Institution selbst hinein genommen, ja geradewegs zu ihrem produktiven Konstitutionsprinzip gemacht.

In der alteuropäischen Tradition wird diese Spannung unter dem Problemtitle von Wissen und Macht, ‚Philosoph und König‘ diskutiert. Und seit dem weisen König Salomon und Platon – das Problem ist zwar also aktuell, aber nicht wirklich neu – gibt es in dieser Diskussion eine Argumentationslinie, die auf Entdifferenzierung setzt. Platon hat ja in der *Politeia* argumentiert, es würden die Staaten erst dann glücklich werden, wenn entweder die Philosophen regierten oder die Könige philosophierten.

Die dem Wissenschaftsrat zugrunde liegende – ich glaube: ingenieure – Idee wählt unter den Gegebenheiten einer enorm viel komplexer gewordenen Welt mit völlig veränderten Funktionen von Wissenschaft die Alternative. Sie akzentuiert die Funktions- und Diskursunterschiede, die jeweiligen Eigenlogiken von Politik- und Wissenschaftssystem und führt sie auf dieser Grundlage zusammen: In den Aushandlungsprozessen von Politik und Wissenschaft selbst werden im Wissenschaftsrat Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems und seiner Teile erarbeitet.

Der Rat gehört also nicht entweder dem Politik- oder dem Wissenschaftssystem zu. Er ist vielmehr jenes Forum, auf welchem die Politik des Bundes und der Länder und die Wissenschaft zusammenkommen – unter den Bedingungen unserer föderalen Verfassung und unter Beteiligung jener praktischen Vernunft, für die unser Jargon den zärtlichen Ausdruck ‚Lebeleute‘ bereithält.

---

<sup>1</sup> Bartz, Olaf: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957-2007. Stuttgart 2007

### III.

Dieses Prinzip bewährt sich im Wissenschaftsrat auch jetzt, da sein 50. Geburtstag in eine Phase besonders tief greifender Veränderungen des deutschen Wissenschaftssystems im internationalen Kontext fällt.

Im Spiegel unseres Aufgabenspektrums gesprochen: Die Rahmenplanung ist durch die Föderalismusreform beendet. Zugleich ist mit der Exzellenzinitiative – bei der wir mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft kollegial besonders eng zusammenwirken – eine nicht nur nach den Maßstäben öffentlicher Aufmerksamkeit außerordentlich wichtige neue Aufgabe dazugekommen.

Also: Von der bundesweiten Verteilung von Basismitteln hin zu sehr selektiven, strikt qualitätsorientierten Auswahlprozessen, die Erfolg auch mit Gestaltungsfreiheiten belohnen.

Und so nicht nur bei den Aufgaben des Rats, sondern im Wissenschaftssystem überhaupt: Die Akzente verschieben sich von Alimentierung zu Qualitätsorientierung. Das System muss leistungsfähiger werden, und wir meinen, dass institutionelle Differenzierung das befördern kann: Differenzierung innerhalb der Hochschulen, zwischen ihnen und auch im Verhältnis zur außeruniversitären Forschung.

Damit wächst aber zugleich die Komplexität des Wissenschaftssystems weiter an und das fordert seine politische wie administrative Steuerung heraus.

Gerade weil der Wissenschaftsrat gewissermaßen ‚immer schon‘ für Differenzierungen plädierte – in seiner Geschichte der Institution, die er nachher auch im Foyer präsentieren wird, hat Olaf Bartz<sup>1</sup> das eindrücklich dargestellt – , darf ich aber vielleicht an dieser Stelle auch sagen:

Es gibt noch immer viele Differenzierungserfordernisse im Wissenschaftssystem und sie stellen intellektuelle und politische Herausforderungen gleichermaßen dar.

### IV.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es gibt viel zu denken und zu bereden – hier und heute Abend, und es gibt viel zu tun – auch für den Wissenschaftsrat. Zuvor aber wollen wir diesen Geburtstag feiern:



Der Wissenschaftsrat ist Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, außerordentlich dankbar dafür, dass Sie und alle Ihre Vorgänger in diesem Amt als „Schirmherren“ seine Arbeit stets mit großer Aufmerksamkeit ermöglichen und förderlich begleiten und dies auch durch Ihre heutige Ansprache zum Ausdruck bringen.

Ebenso danke ich Wolfgang Frühwald sehr herzlich für seine spontan geäußerte Bereitschaft, im Anschluss die Festrede zu halten.

Meine Damen und Herren,

gerne hätte ich jede und jeden von Ihnen persönlich willkommen geheißen. Es war praktisch nicht möglich. Daher nochmals in dieser Form:

Seien Sie alle zusammen sehr herzlich zu dieser Geburtstagsfeier willkommen geheißen!

Herr Bundespräsident, ich bitte Sie um Ihre Ansprache!



## **Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler**

Sehr geehrter Herr Professor Strohschneider,

verehrte Festversammlung,

50 Jahre Wissenschaftsrat: Das ist ein stattliches Jubiläum – zumal für eine Institution, deren Grundlage – das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern – am 5. September 1957 zunächst nur auf drei Jahre abgeschlossen wurde. Spätestens bei jeder Verlängerung hat sich bei ordnungsgemäßer Ermessensausübung ja dann wohl gewiss die Frage gestellt: Brauchen wir den Wissenschaftsrat noch? Da sind – auch angesichts der rauen Winde, die dem Rat gelegentlich entgegen wehen – die bisher 13 Verlängerungen kein schlechtes Testat.

Und allen, die zu diesem guten Testat beigetragen haben, möchte ich gratulieren und für ihre Arbeit herzlich danken.

Der Wissenschaftsrat ist, das ist oft beschrieben worden, ein einzigartiges Konstrukt: Er ist mehr als ein Politikberatungsgremium, mehr als ein Koordinationsausschuss, aber weniger als ein demokratisch legitimiertes Leitungs- und Beschlussorgan:

Die Geber und Empfänger von Rat respektive Geld sitzen miteinander am Tisch, um in der Wissenschaftsförderung das Wünschbare mit dem Machbaren abzugleichen. Vertreter von Bund und Ländern – je mit eigenen Interessen, abgestuften Zuständigkeiten und unterschiedlichen Machtmitteln – beraten sich mit Fachleuten aus der Wissenschaft und Freunden der Wissenschaft aus dem öffentlichen Leben über die Ziele der Wissenschaftspolitik. Im Wissenschaftsrat soll sich der Blick der einzelnen Akteure mit ihren unterschiedlichen Präferenzstrukturen weiten und soll ihre Sicht sich öffnen auf das Ganze: auf die wahrhaft nationale Aufgabe, der Wissenschaft und Forschung in einem föderalen Staat beste, international konkurrenzfähige Entfaltungsmöglichkeiten zu geben.

Erinnern wir uns: Bereits die Väter des Wissenschaftsrates sorgten sich, die große Wissenschaftsnation Deutschland könnte den Anschluss verlieren an die rasanten wissenschaftlich-technischen Entwicklungen in anderen Teilen der Welt. Und auch den Gründervätern stellte sich die Frage, wie in einem Bundesstaat die Mehrung und Vermittlung des Wissens ausreichend finanziert und gut organisiert werden könnte. Ihn beschäftigte, schrieb Bundespräsident Heuss

1956 an Bundeskanzler Adenauer, die „Sorge, wie die vorhandenen Mittel, die ganz gewiss ... einer sehr bedeutenden Steigerung bedürfen, zum höchsten Wirkungsgrad gebracht werden können“. Vor dieser Frage stehen wir auch heute, nur ist der damalige Schatz im Juliusturm leider längst ausgegeben, und das macht die Aufgabe nicht leichter.

Wie also kann unter den heutigen Bedingungen das deutsche Wissenschaftssystem zum höchsten Wirkungsgrad gebracht werden? Und woran misst man den überhaupt? Möglichst viele Nobelpreisträger? Möglichst viele Patente? Möglichst viele Publikationen? Möglichst hohe Plätze in einschlägigen Ranglisten? Möglichst viele Studierende, besser noch: Absolventen? Schon eine Standortbestimmung für das Wissenschaftssystem ist alles andere als trivial. Umso größer ist die Herausforderung, seiner Entwicklung Richtung und Dynamik zu geben.

Der Wissenschaftsrat hat das immer wieder versucht: mal mit großen Entwürfen, mal mit sehr konkreten Vorschlägen, mal mit größerem, mal mit kleinerem Erfolg. Manche Empfehlung des Wissenschaftsrates entfaltete Wirkung erst nach einer gewissen Latenzzeit: Wer zum Beispiel in den 60er Jahren im Wissenschaftsrat für die Einführung gestufter Studiengänge eintrat und dafür herbe Kritik einstecken musste, wird ihre unter dem Siegel von Bologna laufende Einführung jetzt begrüßen und sich vielleicht auch fragen: Warum bedurfte es eigentlich erst des äußeren, des europäischen Drucks, um diese wohl umfassendste Studienreform in der Geschichte der Bundesrepublik anzustoßen?

Und warum brauchte es, um ein anderes Beispiel herauszugreifen, eigentlich so lange, ehe das Leitbild der autonomen, wettbewerbsorientierten Universität sich in konkreten Veränderungen bis hin zur laufenden Exzellenzinitiative niederschlug, obwohl der Wissenschaftsrat dieses Leitbild schon mit seinen Empfehlungen von 1985 fundiert hat? Hängt das mit föderalen oder sonstigen institutionellen Hindernissen zusammen, und wenn ja, wer berät dann die Politik darin, wie sie diese Hindernisse überwindet?

Wissenschaftspolitik – zumal im Föderalismus – scheint jedenfalls nichts für Ungeduldige zu sein. Umso mehr treibt mich die Frage um, ob uns schon klar genug ist, wie fundamental die weltweite Wettbewerbsfähigkeit unseres Wissenschaftssystems für den Wohlstand und das Wohlergehen unseres Landes ist. Ich frage mich – und ich frage natürlich Sie!: Gelingt es uns an den Hochschulen hierzulande, ausreichend viele junge Leute optimal darauf vorzubereiten, ein anspruchsvolles und verantwortungsvolles Berufsleben zu meistern und sich in der globalen Wissensgesellschaft erfolgreich zu behaupten? Ge-

lingt es uns, gerade jungen Wissenschaftlern in ihrer kreativsten Lebensphase den gleichen Freiraum für eigenes Forschen zu eröffnen, den viele von unseren Nachwuchswissenschaftlern hierzulande vermissen und deswegen im Ausland suchen? Und gelingt es uns, Forschungsergebnisse schnell und zielgerichtet aus der Wissenschaft in die Wirtschaft und damit auf den Markt zu bringen?

Ich bin überzeugt: Wir könnten in allen diesen Bereichen deutlich erfolgreicher sein und das wünsche ich mir. Wie das zu beginnen wäre, dazu hat auch der Wissenschaftsrat immer wieder Impulse gegeben – jüngst etwa mit den „Empfehlungen zur künftigen Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem“ und mit seinen Überlegungen zum besseren Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft.

Die laufende Exzellenzinitiative wirkt nun anscheinend wie ein Katalysator: Sie bringt die Hochschulen dazu, das eigene Profil zu schärfen, sie begünstigt neue Kooperationsformen zwischen Hochschulen und außeruniversitärer Forschung, sie eröffnet neue Möglichkeiten der Nachwuchsförderung.

Freilich kann und soll auch die Exzellenzinitiative nicht alle Probleme der deutschen Hochschulen lösen – zumal wir heute noch nicht absehen können, wie sie sich auf diejenigen auswirkt, die nicht unmittelbar von ihr profitieren. Eins dürfen wir jedenfalls nicht tun: diesen Universitäten die Chance eines Aufstiegs in die Exzellenzliga verbauen. Deswegen muss nicht zuletzt der Wissenschaftsrat weiter nachdenken darüber, wie wir für alle Hochschulen den Anreiz erhalten, die eigenen Stärken auszubauen. In künftigen Wettbewerben könnten sich dann ganz andere Ranglisten ergeben – zumal dann, wenn zum Beispiel die Exzellenzkriterien passgenauer für die Geistes- und Kulturwissenschaften sind, und wenn statt der Forschung auch die herausragende Lehre eine Rolle spielt.

Meine Damen und Herren,

Sie alle wissen, wie groß der Handlungsdruck in der Lehre ist. Dass immer noch ein Viertel der Studierenden das Universitätsstudium abbricht, dass die deutliche Überschreitung der Regelstudienzeit eher die Regel denn die Ausnahme zu sein scheint, dass in manchen Fächern die Examensvorbereitung durch private Trainer teure Normalität ist, liegt sicher nicht alleine in der Verantwortung der Hochschulen. Es ist und bleibt aber eine unerhörte Verschwendung von Lebenszeit und Lebenschancen, von geistigen und von finanziellen Ressourcen. Wir brauchen mehr – und nicht weniger – engagierte Lehrende, und wir brauchen eine bessere Lehre an den Hochschulen, wenn die laufende Studienreform bei steigenden Studierenden-

zahlen Erfolg haben soll! Mit großer Spannung erwarte nicht nur ich die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Stärkung der Qualität von Lehre und Studium. Dabei sollte klar sein: Die Förderung der Lehre und der Forschung darf nicht in Realkonkurrenz stehen. Das „Mehr“ für die eine darf nicht zu Lasten der anderen gehen. Gerade wer die Humboldt'sche Einheit von Forschung und Lehre mit neuer Vitalität erfüllen will - und das sollte unser Ziel sein - der muss die Lehre aus ihrem Stiefkinddasein an deutschen Hochschulen befreien. Dazu braucht es auch angemessene Mittel: Der Hochschulpakt, auf den Bund und Länder sich im vergangenen Jahr geeinigt haben, kann nur ein erster Schritt sein, um die Hochschulfinanzierung auf neue, solide Grundlagen zu stellen.

Dazu braucht es aber auch mehr Einsatz seitens der Lehrenden: Wer in der Lehre nur eine lästige Verpflichtung sieht, der hat seinen Beruf als Hochschullehrer verfehlt und verpasst überdies die Chance, junge Menschen für ein Fach zu begeistern, zum Fortschritt darin zu befähigen und – von ihnen zu lernen.

Viel ist derzeit in Bewegung in unserer Wissenschaftslandschaft. Ob dabei Substanz und Richtung stimmen, darüber wird nicht zuletzt der Wissenschaftsrat mit zu wachen haben und ich bitte den Wissenschaftsrat, das mit Ehrgeiz anzugehen. „Prüfet alles, das Gute behaltet“: Dieser Übung nach Anweisung des Hl. Paulus hat sich der Wissenschaftsrat in den vergangenen fünfzig Jahren schon des Öfteren unterzogen – am intensivsten wohl Anfang der 90er Jahre, in der Phase der Bewertung der außeruniversitären Forschung der ehemaligen DDR.

Und wie in diesem Fall, sollte der Wissenschaftsrat auch künftig offen dafür sein, die eigenen Verfahren und Ergebnisse kritisch hinterfragen zu lassen – das dürfte neben der Unabhängigkeit der ehrenamtlichen Ratsmitglieder aus Wissenschaft und Gesellschaft die beste Vorsorge sein gegen den Vorwurf, ein Machtkartell der „beati possidentes“ zu sein.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates haben besonderes Gewicht – aber der Wissenschaftsrat ist seit einigen Jahren auf dem Gebiet der wissenschaftspolitischen Beratung nicht mehr alleine, und das ist gut so, denn Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft: Das erleben auf anderem Feld gerade die Wirtschaftsforschungsinstitute. Und weil der Zwang zum Konsens zwischen Ratgeber und Ratnehmer im Wissenschaftsrat ja quasi „eingebaut“ ist, sollte er sich freuen über Impulse von außen: aus „Denkfabriken“ oder von einzelnen „Wissenschaftswissenschaftlern“.

Wo Politik über komplexe Fragen entscheidet, will sie gut beraten

sein – und gottlob sieht sie das immer öfter genauso. Ihre Nachfrage nach Beratung aus der Wissenschaft über die Wissenschaft verändert auch immer wieder das Feld der Anbieter. Im nächsten Monat feiere ich mit acatech, dem Konvent für Technikwissenschaften, dass er Nationale Akademie wird. Ob wir weitere Veränderungen in der Architektur der Akademienlandschaft erleben werden, steht noch dahin; Empfehlungen dazu hat der Wissenschaftsrat vorgelegt. Letztlich aber liegt die Entscheidung hier bei der Politik, das heißt bei den demokratisch legitimierten Parlamenten und Regierungen.

Zum Geschäft der guten Politikberatung gehört aus meiner Sicht auch, nachzuverfolgen, was die Adressaten daraus machen gemacht haben. Erst vor wenigen Jahren hat der Wissenschaftsrat sich vorgenommen, die eigene Wirksamkeit systematischer zu überprüfen. In diesem Vorsatz möchte ich ihn bestärken. Und auf einem Feld ist es mir besonders wichtig, dass der Wissenschaftsrat die Maßstäbe, die er an das Wissenschaftssystem anlegt, auch in der eigenen Organisation umsetzt: mit dem Wissenschaftsrat bin ich überzeugt, dass wir mehr dafür tun müssen, um qualifizierten Frauen bessere Chancen in der Wissenschaft zu eröffnen. Dazu gehört eben auch, dass sie angemessen im Wissenschaftsrat selbst vertreten sind. Vorschlagslisten ohne weibliche Kandidaten sollten also deswegen eigentlich der Vergangenheit angehören.

Meine Damen und Herren,

wenn ich mir heute auch ein paar kritische Anmerkungen zum Wissenschaftsrat erlaubt habe, dann aus der Überzeugung heraus, dass wir nicht ehrgeizig und beharrlich genug sein können, wenn es darum geht, Wissenschaft und Bildung voran zu bringen in Deutschland. Letztlich ist das der aussichtsreichste Weg für unser Land, das zu erreichen, was wir alle wollen: Frieden, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand. Deswegen dürfen hier nicht nur rhetorisch Prioritäten gesetzt werden – es braucht die entsprechenden Ressourcen - und dafür bedarf es politischer Unterstützung.

Meine Damen und Herren,

beim Blick auf das Programm der heutigen Festveranstaltung mit der Einlage von Herrn von Hirschhausen könnte die Frage aufkommen: Ist der Wissenschaftsrat ein Fall fürs Kabarett? Gewiss nicht. Trotzdem ist es gut, wenn eine Institution, die der Wissenschaftspolitik den Spiegel vorhalten soll, sich immer wieder selber bespiegeln lässt. Der Wissenschaftsrat hat diese Aufgabe heute nicht allein einem Eulenspiegel anvertraut, sondern auch einem veritablen Wissenschaftler:

Lieber Herr Frühwald, ich freue mich auf Ihren Festvortrag!





## Professor Dr. Wolfgang Frühwald: Jenseits der Exzellenz

### **Vorbemerkung**

Theodor Heidhues, Vorsitzender des Wissenschaftsrates von 1972 bis 1976, hatte vermutlich Recht, wenn er zumindest *eine* Hauptaufgabe des Rates darin sah, „durch die interne Diskussion [...] den konsensfähigen Bereich der Wissenschafts- und Hochschulpolitik zu erweitern“. Mit diesem Zitat beginnt Olaf Bartz<sup>2</sup> das Resümee seiner Geschichte des Wissenschaftsrates zwischen 1957 und 2007. Dieses Buch entbindet mich davon, die Geschichte des Rates in allen Stationen aufzublättern und erlaubt mir (an Stelle des Aktenberichts) den Blick dessen, der in unterschiedlichen Funktionen dabei gewesen ist. Dafür, dass ich die Temperamente der unterschiedlichen Vorsitzenden nicht charakterisiere, bitte ich schon jetzt um Nachsicht. Der Wissenschaftsrat war immer ein Gremium, dessen Vorsitzender *primus inter pares* war.

An dem Wort von Theodor Heidhues wurde mir deutlich, dass im Unterschied zu dem Jubiläum, das wir vor zehn Jahren gefeiert haben, dieser 50. Geburtstag des Wissenschaftsrates unter gravierend veränderten Umständen stattfindet. Die konsensfähigen Bereiche schwinden und die jetzt anstehende Zäsur in der Wissenschaftspolitik des Landes wird vermutlich größeres Geschick erfordern als der vom Wissenschaftsrat mit Bravour gemeisterte Einschnitt, der in unserer und seiner Geschichte durch die Ablösung der zweipoligen durch die vielpolige Welt seit 1989 entstanden ist. Wenn am 19. Oktober 2007 die letzten Entscheidungen zur „Exzellenzinitiative“ fallen, wird (im deutschen Wissenschaftssystem) nichts mehr sein wie früher. Im Jargon der Forschungsplanung gesprochen: Der über lange Jahrzehnte hin, auch *in* der Zeit und *nach* der Zeit der deutschen Einigung, funktionierende *kooperative* Föderalismus der Bundesrepublik Deutschland wird dann endgültig abgelöst sein durch einen *kompetitiven* (also auf Wettbewerb gestellten) Föderalismus. Diese Wende ist politisch gewollt, sie wurde durch die Exzellenzinitiative und die Föderalismusreform ins Werk gesetzt, ohne dass wir uns bisher über die Folgen – vor allem für die finanzschwächeren Bundesländer in Ost und West – klar geworden sind. Die Botschaft dieser Wende lautet (mit einer Formulierung von Peter Graf Kielmannsegg): Die Zeit der „gemäßigt kontroversen Themen“ ist vorüber.

---

<sup>2</sup> Bartz, Olaf: Wissenschaftsrat, 2007

## **1. Kooperativer Föderalismus**

Ein halbes Jahrhundert des Bestehens ist eine lange Zeit für ein Gremium, dem in der Gründungsvereinbarung die Abstimmung der Wissenschaftsplanung von Bund und Ländern, die Priorisierung der Wissenschaftsförderung durch ein Dringlichkeitsprogramm und die entsprechende Finanzplanung, also klassische und konfliktreiche Felder der Politikberatung, zugewiesen wurden. Schließlich ist nichts umstrittener als der Konsens, von dem man meint, ihn um jeden Preis herbeiführen zu sollen. Die von Peter Weingart als ein System der inneren Vielfalt und der Machtbeschränkung definierte alte Institutionenlandschaft der Wissenschaft in Deutschland war relativ reformresistent. Aber sie sicherte „innere Vielfalt und Machtbeschränkung“ und gewährte den „für innovative Forschung“ notwendigen Freiraum. Auf dieses System hin war der Wissenschaftsrat orientiert. Jetzt ist er an dessen grundlegender Reform, die durch den verschärften internationalen Wettbewerb notwendig wurde, an herausragender Stelle beteiligt. Theodor Heuss hat in diesem Zusammenhang vor 50 Jahren das auch künftig gültige Stichwort für die Funktionsweise des Wissenschaftsrates gegeben. Er ordnete das Gremium dem „Typ Royal Commission“ zu und war gerade deshalb erzürnt, dass zur Eröffnung am 6. Februar 1958 von ihm nicht nur „fünf Minuten wohlmeinenden Geredes“ erwartet wurden, sondern dass er „als einziger“ reden sollte. „Eine ekelhafte Sache [sagte er], weil theoretisch alle Anwesenden bereit sind, gerade ihre Bedeutung im Vorhinein für vernachlässigt zu halten“. Es ist, meine ich, das Zeichen eines funktionierenden Föderalismus, dass dies heute Abend anders ist.

Die Haltbarkeit der 1957 für den Wissenschaftsrat gefundenen Konstruktion gründet in der strukturellen Zusammensetzung des Rates, woraus dessen zum Kompromiss nicht nur tendierende, sondern verpflichtende Arbeit ihre Kraft gewinnt. Wilhelm Krull kam 2005 zu einem ganz ähnlichen Befund wie Theodor Heidhues dreißig Jahre früher. Er sah das tatsächlich erstaunliche Phänomen, dass es „der Wissenschaftsrat mittlerweile zum ältesten nationalen Politikberatungsgremium Europas gebracht hat“, vor allem darin begründet, dass in diesem Rat durch die Verbindung von Wissenschaft und Politik „eine viel größere Realitätsnähe gegeben [sei] als in vielen anderen Politikberatungs-Gremien. Man könnte auch sagen [schreibt er], der Wissenschaftsrat sei nicht zuletzt deshalb so erfolgreich gewesen, weil er wissenschaftspolitische Beratung als die Kunst des Möglichen und nicht als Deklaration von Idealen betrieben hat“. Aus 50 Jahren ließen sich viele solcher Urteile sammeln, doch beschränke ich mich auf eine zusätzliche Stimme aus dem Jahr 1997, welche diesen Befund noch einmal zuspitzt. Peter Graf Kielmannsegg, von

Januar 1982 bis Januar 1985 Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission, sah im Rückblick den Preis, den das Gremium für seinen nicht zu bezweifelnden Erfolg zu zahlen hatte, darin, dass es „nie eine große Neigung gezeigt [habe], die politisch wirklich heißen Eisen anzufassen. Seine Sache waren [...] die gemäßigt kontroversen Themen“. Ich vermute, dass sich diese Themenwahl auch auf den Stil der schriftlichen Empfehlungen ausgewirkt hat. Mäßigung ist nun einmal das Kennzeichen von Kooperation. Mir ist dieser Tenor nicht unsympathisch. Seit sich nämlich auch in die Wissenschaft die Tendenz eingeschlichen hat, Sichtbarkeit mit Leistung zu verwechseln, mehren sich die dogmatischen Töne. Sie folgen dem Gesetz der Werbung, das keinen Widerspruch und keinen Zweifel duldet. Wissenschaft aber hat es nun einmal mit dem kreativen Zweifel zu tun. Dogmen haben in der Wissenschaft (und auch in der Wissenschaftspolitik) nichts zu suchen.

Die gleichsam *verordnete*, weil strukturell bestimmte Mäßigung der Kontroversen hat manchem Mitglied des Rates so zugesetzt, dass es andere Ventile gesucht hat, um öffentlich zu sagen, was in der Druckfassung der Empfehlungen unterdrückt wurde. Vor allem in den Jahren der Wende, als die Kluft zwischen dem Möglichen und dem Wünschbaren, die Konflikte zwischen Qualität und Finanzierbarkeit auf der einen, Kollegialität und Menschlichkeit auf der anderen Seite voll aufgebrochen sind, hat sogar der Vorsitzende seine Zuflucht in Aphorismen gesucht. Dieter Simon hat sie als „Evaluationssplitter“ noch während des Begutachtungsprozesses, deutlich intervenierend und selbstkritisch, veröffentlicht. Freilich haben viele höflich und moderat formulierte Empfehlungen anschließend jene Kontroversen entfacht, die durch die Empfehlung hätte vermieden werden sollen. Mir ist es bei den „Empfehlungen zum Magazinbedarf wissenschaftlicher Bibliotheken“ (1986) so ergangen. Damals wurde dem Wissenschaftsrat unterstellt, er empfehle „Bücher zu verbrennen“. Da wir nicht sofort dementierten, hatte ich – als Vorsitzender der entsprechenden Arbeitsgruppe – öffentlichen Streit mit den Bibliothekaren, welche die Magazin-Empfehlungen sogar zum Gegenstand von Diplomarbeiten und Examensklausuren machten. Zwanzig Jahre später haben mir die gleichen Bibliothekare einen Preis verliehen, weil diese „Empfehlungen“ und die anschließende Kontroverse die letzte große Debatte um die Bibliothekskultur in Deutschland gewesen sei. Manche Empfehlung des Wissenschaftsrates entfaltet Langzeitwirkungen.

Die Sprache des Wissenschaftsrates war in den 50 Jahren seines Bestehens gedämpft, diplomatisch, eher konjunktivisch als indikativisch oder gar imperativisch, vielleicht auch optativisch. Wo sie dies nicht war, fragte man sich skeptisch und meist mit Recht: Warum? Denn auch der Optativ ist im Deutschen ein Konjunktiv, eine Möglich-

keits-, keine Befehlsform. Freilich hindert allzu große Mäßigung oftmals die Verständlichkeit der Papiere. Die Ministerialverwaltungen bewahren deshalb, wie mir gesagt wurde, stets die *ersten* Entwürfe einer Empfehlung auf, um auch *nach* deren Verabschiedung noch zu wissen, wovon sie handelt.

## **2. Konstitutive Elemente**

Der Grundmodus der Beratungen ist in 50 Jahren gleich geblieben. Bei den Vollversammlungen, bei denen die Empfehlungen beschlossen werden, berät zunächst die Wissenschaftliche Kommission, anschließend die Verwaltungskommission (in Kenntnis der Voten der Wissenschaftlichen Kommission) und schließlich noch einmal die Vollversammlung über die genau gleichen Gegenstände. Dann muss das Quorum von zwei Dritteln der Stimmen erreicht sein oder eine Vorlage ist durchgefallen. Grundlegend aber ist nicht nur dieser auf Konsens und Kompromiss hin angelegte Verhandlungsmodus, konstitutiv ist schon die Zusammensetzung der beiden Kommissionen. Im Wissenschaftsrat wird nämlich nicht die Politik im Hofratsstil von der Wissenschaft beraten. Wissenschaft und Verwaltung beraten vielmehr gemeinsam über die Leitlinien und die Empirie der Wissenschaftspolitik in einem föderalen Staat. Erst über diese Vermittlung gelangen die Empfehlungen an die Politik. Zwar nehmen heute mehr Landesminister an den Sitzungen des Rates teil als in den achtziger Jahren (als ich ihm angehörte), doch in der Regel und zumal in den vorbereitenden Arbeitsgruppen sind Beratungspartner die Staatssekretäre und hohe Beamte der Ministerialverwaltungen. Wer an der Universität das gegenseitige Misstrauen zwischen Ministerialverwaltungen und Wissenschaft erlebt hat, das sich von Skepsis bis zur Abneigung steigern kann, weiß, dass sich im Wissenschaftsrat Demokratie in besonderer Weise zwischen zwei einflussreichen und sensiblen Funktionsgruppen unseres Staates herstellt. In dieser Konstellation (von Wissenschaft versus Ministerialverwaltung) wurzelt unter anderem die Notwendigkeit, dass der Generalsekretär des Wissenschaftsrates (auch in der Gehaltsgruppe) seinen Kollegen aus der Verwaltung auf Augenhöhe begegnen kann. Es geht darum, die Effizienz und die Sachbezogenheit einer Geschäftsstelle zu bewahren und zu stärken, die, nach meinen Beobachtungen aus nunmehr 25 Jahren, unter drei Generalsekretären das Optimum dessen darstellt, was ich an Verwaltungen kenne. Sie ist, wie die Karrieremuster vieler Mitarbeiter erkennen lassen, zu einer Schule der Wissenschaftsverwaltung geworden.

Grundlegend für den Wissenschaftsrat sind auch Elemente, die den Einfluss und den Machtzuwachs einzelner Personen begrenzen. Dazu gehört die *ehrenamtliche* Mitwirkung der vom Bundespräsi-

dentem berufenen Mitglieder, dazu gehört deren Berufung *durch* den Bundespräsidenten, das heißt durch den dem Parteienproporz enthobenen höchsten Repräsentanten des Staates. Dazu gehört die *Begrenzung* der Amtszeiten dieser Mitglieder, auch wenn bei den sogenannten „öffentlichen Lebeleuten“ Ausnahmen gemacht werden. Auch die Unterschiede in der Gruppe der vom Bundespräsidenten berufenen Mitglieder gehören dazu, weil darin ein jeweils unterschiedlicher Blick auf Wissenschaft festgeschrieben ist. Traditionell sind bei den Mitgliedern die Medien, mittelständische Unternehmen, die Gewerkschaften, die Großindustrie zu bedenken. Mir fällt allerdings auf, dass es in den letzten Jahrzehnten immer weniger gelungen ist, das Spitzenmanagement deutscher Großbetriebe für die Arbeit des Wissenschaftsrates zu interessieren. Im gleichen Maße, in dem Wissenschaft und Forschung als wirtschaftliche Ressourcen an Bedeutung gewinnen, scheinen sich die Spitzenmanager der deutschen Wirtschaft aus dieser besonderen, demokratisch legitimierten Art der Politikberatung zurückzuziehen. Namen wie Otto Friedrich, Hans L. Merkle, Ernst Wolf Mommsen, Hans Werner Osthoff, Matthias Seefelder, Ernst Hellmut Vits, Carl Wurster, also die Namen von (amtierenden) Vorstandsvorsitzenden oder von Vorsitzenden der Aufsichtsräte deutscher Großbetriebe, die allesamt früher Mitglieder des Wissenschaftsrates waren, sind in den Mitgliederlisten der letzten zwanzig Jahre selten geworden. Dies ist keine Abwertung der Mitglieder, die sich zur Mitarbeit entschlossen haben, aber doch ein (bedenklicher) Befund, der auch in anderen Gremien unseres Staates zu bemerken ist: es gibt eine Gruppe einflussreicher Wirtschaftsmanager, die sich (ob aus Zeitmangel, ob aus Gründen des deutlich beschleunigten Amtswechsels, ob wegen vermehrt internationaler Verpflichtungen, – ich weiß es nicht) der Mitwirkung in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aneinander bindenden Gremien entziehen. Ich verstehe diese Bemerkung auch als eine Bitte, dass wir um einflussreiche gesellschaftliche Gruppen werben sollten, die sich daran gewöhnt haben, in nationalen Gremien nicht mehr mitzuwirken.

Zu den grundlegenden Elementen des Wissenschaftsrates gehört schließlich die wohl erwogene *Balance* zwischen den Wissenschaftsorganisationen und dem Rat. 24 der 32 Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission werden bekanntlich auf Vorschlag der in der Allianz zusammengeschlossenen Wissenschaftsorganisationen berufen, nur acht auf gemeinsamen Vorschlag der Bundesregierung und der Landesregierungen. Früher gab es vor der Berufung sogar Personalgespräche beim Bundespräsidenten. Das allerdings ist lange vorbei. Jedenfalls erschließt sich in der Mehrzahl dieser konstitutiven Elemente der Gründungsgedanke des Wissenschaftsrates ebenso wie das Geheimnis seiner Haltbarkeit und seines Ansehens. Der Wissen-

schaftsrat ist (idealerweise) Vordenker in allen Fragen der Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland, im Bund und in den Ländern. Er erhält sich die Bodenhaftung dadurch, dass er Forschungsfelder, Teilsysteme, Zusammenhänge und Einzelinstitute evaluiert und damit immer nahe an der empirischen Basis seines Tuns bleibt. Bei seinen Aktionen, auch und gerade in der Zurückhaltung gegen überbordende Evaluationswünsche, sollte er sich bewusst sein, dass er *vor allem anderen* eine Schule der Demokratie ist, ihrer Funktionsweise, ihrer Mechanismen, der Balance ihrer Kräfte. Darin könnte er zum Modell eines europäischen Wissenschaftsrates werden, wenn es ihm gelingt, diese Verfassung in die Zeit des föderalen Wettbewerbs zu übertragen.

### **3. Kompetitiver Föderalismus**

Elias Canetti hat 1976, als an den Nobelpreis für Literatur, der ihm fünf Jahre später verliehen wurde, noch nicht zu denken war, eine Rede über den „Beruf des Dichters“ gehalten. Darin versuchte er den in dieser Zeit denunzierten Begriff des Dichters zu rehabilitieren, indem er ihn als „Hüter der Verwandlungen“ definierte. Gemeint ist die Verwandlung eines geistigen Erbes in lebendige Literatur, das mit zunehmender Geschwindigkeit aus dem Horizont unseres Wissens und Könnens entschwindet. Canetti schien die Gabe der Verwandlung „von geradezu kardinaler Bedeutung“ in einer Welt, „die auf Leistung und Spezialisierung angelegt ist, die nichts als Spitzen sieht, denen man in einer Art von linearer Beschränkung zustrebt, die alle Kraft an die kalte Einsamkeit der Spitzen wendet, das Danebenliegende aber, das Vielfache, das Eigentliche, das sich zu keiner Spitzenhilfe anbietet, missachtet und verwischt [...]“. Die Basistheoreme eines gelehrten Poeten sind sicherlich nicht ohne weiteres auf die Wissenschaft zu übertragen. Wer aber die deutschen Universitäten nicht nur als Trainingslager für Spitzenforschung betrachtet, sondern auch (und insbesondere) als Ausbildungsstätten für anspruchsvolle, auf wissenschaftliche Methoden und Kenntnisse gegründete Berufe und als Teil einer Kultur, das heißt eines reflektierten gesellschaftlichen Zustandes, der im Zusammenwirken aller sozialen Gruppen durch Erziehung, Bildung, Kunst, Wissenschaft und Öffentliche Meinung auf stete Verbesserung ausgerichtet ist, wird diese Beschreibung des geistigen Weltklimas nicht von der Hand weisen. Die in Deutschland jetzt eingeleiteten Reformen verbessern die Möglichkeit von Spitzenforschung. Deren Basis darf uns dabei nicht aus dem Blick geraten. Der Wissenschaftsrat ist sich dessen bewusst. Er hat versucht, wie mir einer der Verfasser erklärte, in den „Empfehlungen zur künftigen Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem“ (2006)

zumindest einen „Reflexionsrahmen für die strukturell eher blinde Praxis der Exzellenzinitiative anzubieten“.

Spitzenleistungen werden immer und überall nur auf der soliden Basis eines Leistungsniveaus erreicht, das eher als Breite, denn als Mitte zu beschreiben ist. Wir haben für die Herstellung und die Stabilisierung dieses Niveaus noch kein Konzept, noch nicht einmal ein Beschreibungsmodell gefunden und bleiben – nach einem Wort von Peter Strohschneider – in unseren Reformüberlegungen daher „unterkomplex“. Ich stehe nicht allein mit der Frage, was „jenseits der Exzellenz“ geschehen muss, damit wissenschaftliche Bestleistungen Bestand haben, dass sie an unterschiedlichsten Orten unvermutet entstehen, dass sich ein hohes Leistungsniveau im schärfer werdenden Wettstreit um das rare Gut des tatsächlich neuen Wissens behauptet. Die von der DFG geförderte Forschergruppe „Governance der Forschung“, deren Sprecherin, Dorothea Jansen, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer lehrt, hat im März 2007 unter 17 Thesen auch die These 11, mit der Überschrift; „Nur Exzellenz reicht nicht“, formuliert. Danach ist bei aller Förderung von Spitzenforschung darauf zu achten, „dass eine kritische Masse an Forschung auf mittlerem Niveau erhalten bleibt, weil die exzellente Forschung sonst in der Luft hängt“.

Wenn in wenigen Wochen die erste Runde der Exzellenzinitiative abgeschlossen ist, werden die unterschiedlichen Programmlinien zwar breiter gestreut sein als nach der ersten Tranche, zugleich aber wird eine Dynamik in Gang gesetzt sein, deren Richtung und deren verändernde Kraft wir nicht kennen. Die Exzellenzinitiative ist der *Beginn*, nicht der Höhepunkt und ganz sicher nicht das Ende einer konzeptualistischen Reformpolitik, welche die im kooperativen Föderalismus herrschende Methode der kleinen Schritte definitiv abgelöst hat. Ich sehe Vorteile in der neuen eingreifenden Strategie, aber ich sehe auch die Folgen. Sie eröffnen dem Wissenschaftsrat – und ihm stärker als allen fördernden oder forschenden Organisationen in Deutschland – ein weites und steinigtes Arbeitsfeld. Dieser Acker, auf dem es schwer sein wird, gerade Furchen zu ziehen, ist eingebettet in die europäische Entwicklung, die ebenfalls an Dynamik gewonnen hat. Wenn nämlich der mit Anträgen überschüttete European Research Council so funktioniert, wie alle hoffen, könnte es sein, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft zunächst nur noch die zweitbesten Anträge bekommt und sich eine bisher so nicht gekannte europäisch-deutsche Wettbewerbssituation herstellt. Sie könnte rasch so unbefriedigend werden, dass, auf lange Frist gesehen, die Rolle der DFG (der, wie ich meine, besten und am stärksten demokratisch

verfassten Förderinstitution in Europa) neu zu denken ist. Ich will nicht spekulieren und alles kann sich in eine ganz andere Richtung entwickeln, aber dass sich die Entwicklung beschleunigt und daher Vorausdenken das Gebot der Stunde ist, scheint mir nicht zweifelhaft.

Im Vorfeld der Entscheidung (im Oktober 2007) sind überall Verbundmodelle angedacht worden, in denen, unabhängig von Erfolg oder Misserfolg im Exzellenzwettbewerb, die Universitäten in energischem Anlauf wieder zu Organisationszentren der Forschung werden wollen. Mir imponiert dieser Aufbruch, manche werden die Konkurrenz wittern. Ich meine voraussagen zu dürfen, dass auch die Verlierer des Prozesses nicht in Depression verfallen, sondern mit Hilfe ihrer Länder versuchen werden, die Erfolgsmodelle so zu kopieren und zu verbessern, dass Variationen entstehen, die erstmals eine wirkliche Wettbewerbssituation herstellen. Anders ausgedrückt: der Prozess der Profilbildung wurde offensiv dynamisiert. Universitäten, die im Exzellenzwettbewerb aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mithalten konnten, werden (hoffentlich) erkennen, dass sie nicht schlechter sind als die Gewinner, sondern anders als diese. Was werden Bundesländer tun, deren einzige Landesuniversität im Exzellenzwettbewerb keinen Stich gemacht hat. Was werden kleinere Bundesländer tun, in denen zwei Universitäten erfolgreich, die dritte nicht erfolgreich waren? Ich kann auf die Weiterungen der Dynamisierung nicht eingehen, doch werden wir kaum zulassen können, dass in Deutschland Verhältnisse entstehen, wie auf dem internationalen Wissenschaftsmarkt, auf dem Forscherinnen und Forscher wie Fußballspieler durch ganze Schwärme von Talentagenturen gesucht, gefunden und gekauft werden. „Mehr Wettbewerb“, heißt es in den Thesen der schon zitierten Forschergruppe, „braucht auch in der Forschung eine Wettbewerbsordnung“, damit nicht Besitzstände zementiert werden, durch die Sogwirkung von Drittmittelhäufung die Dynamik erlischt und gleichzeitig intellektuell leistungsstarke, aber finanziell schwache Konkurrenten aus dem Wettbewerb ausgeschlossen werden. Wer anders als der Wissenschaftsrat kann beobachten und vielleicht sogar garantieren, dass in den neuen Konzepten „dauerhaft Zugangschancen für Akteure aus dem mittleren Leistungsfeld sowie für Newcomer“ gegeben sind?

Die jetzt im System entfesselte Dynamik betrifft alle Partner. Sie wird sich *innerhalb* der Institutionen auswirken und *zwischen* den Institutionen, zwischen Gewinnern und Verlierern des Exzellenzwettbewerbs, zwischen den Gewinnern selbst, zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung und zwischen den forschenden Institutionen außerhalb der Universität, die Ressortforschung mit eingeschlossen. Diese Dynamik stellt die in Deutschland überlieferte Versäulung des Systems in Frage. Denn mit der (lange erwarteten) bes-



seren Finanzierung der aus öffentlichen Mitteln geförderten Forschung wächst die Gefahr von Doppelarbeiten innerhalb dieser Säulen. Effizienzverluste drohen dort, wo die Übergriffe in das jeweils nur scheinbar abgegrenzte, benachbarte Forschungsfeld zu zahlreich werden.

\*

Vor uns, vielleicht sollte ich besser sagen: vor Ihnen eröffnet sich ein komplexes und risikobelastetes Arbeitsfeld, das dringend nicht nur der fördernden, der forschenden und der lehrenden, sondern auch der beobachtenden und der steuernden, zumindest der nachsteuernden Instanzen bedarf. Die Reformpolitik in Deutschland, heißt es in der letzten These der Forschergruppe „Governance der Forschung“ habe sich „in eine Situation begeben, in der sie hochkomplexe und risikobehaftete Entscheidungen treffen muss. [...] Kontraintuitive und nicht gewollte Entwicklungen sind vorprogrammiert“. Man kann dies auch einfacher ausdrücken und mit einiger Sicherheit vorhersagen, dass der Beratungsbedarf der Wissenschaftspolitik in Deutschland nicht kleiner, sondern durch den nun zurückgelegten Reformschritt erheblich größer geworden ist. Darin, so meine und so hoffe ich, ist die Zukunft des Wissenschaftsrates verankert.

Ich gratuliere dem Wissenschaftsrat zu seinem 50. Geburtstag. Ich wünsche ihm den Mut zum Konflikt, die Kraft zum Kompromiss eine sichere Hand, die er sich nicht verbrennen möge, wenn er jetzt die „politisch wirklich heißen Eisen“ anfassen wird.

### **Hinweise**

Für freundliche Auskünfte danke ich Nina Grunenberg-Lüst, Reimar Lüst und Peter Strohschneider, für Hilfe bei der Materialbeschaffung Friedrich Tegelbeekers. Für die kritische Lektüre des Textes danke ich Wolfgang Rohe und Georg Schütte.

Zitiert werden (außer den im Text genannten Empfehlungen des Wissenschaftsrates) u.a. folgende Studien und Texte: Wissenschaftsrat 1957 – 1997. Köln 1997 – Olaf Bartz: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957 – 2007. Stuttgart 2007 – Peter Weingart: Wissenschaft und Forschung. In: Bernard Schäfers und Wolfgang Zapf (Hgg.): Handwörterbuch der Gesellschaft Deutschlands. Opladen 1998, S.720 – 731 – Wolfgang Frühwald: Rolle und Temperament. Über Dieter Simon als Wissenschaftspolitiker. In: Rainer Maria Kiesow, Regina Ogorek, Spiros Simitis (Hgg.): Summa. Dieter Simon zum 70. Geburtstag. Frankfurt am Main 2005, S.237 – 246 – Wilhelm

Krull: Wissenschaft und Politik in der Wissenschaftspolitik. Ebd. S.333 – 347 – Forschungspolitische Thesen der Forschergruppe „Governance der Forschung“: Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige öffentlich finanzierte Forschung anlässlich der Tagung „Neue Governance für die Forschung“, Berlin 14. und 15. März 2007. Speyer 2007 – Dieter Simon: Evaluationssplitter. In: Rechtshistorisches Journal 10 (1991), S.399 – 425 – Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hgg.): Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland. Weilerswist 2006.



















**Wissenschaftliche Exzellenz -  
Voraussetzungen, Ergebnisse, Effekte**

**Podiumsdiskussion**

Impulsreferat: Professor Dr. Hans Ulrich Gumbrecht (Department of Comparative Literature, Stanford University, USA)

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussion:

Professorin Dr. Julia Fischer (Deutsches Primatenzentrum und Georg-August-Universität Göttingen)

Professor Dr. Ulrich Herbert (Historisches Seminar der Universität Freiburg)

Professor Dr. Dieter Imboden (Institut für Biogeochemie und Schadstoffdynamik der ETH Zürich, Präsident des Nationalen Forschungsrates des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, SNF)

Professorin Dr. Karin Lochte (Leibniz-Institut für Meereswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates)

Dr. Arend Oetker (Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft e.V., Essen)

Moderation: Gert Scobel (Wissenschafts- und Kulturjournalist, 3sat)



## **Professor Dr. Hans Ulrich Gumbrecht**

### **Niederschrift des Impulsreferates zur Podiumsdiskussion**

Meine Damen und Herren,

ich möchte dem Wissenschaftsrat für das Vertrauen danken oder für die Vermutung, dass ich gut genug sein könnte, heute eine Diskussion in Gang zu bringen. Denn die Gattung, in der ich spreche, heißt 'Impulsreferat': Da fühlt man eine Verpflichtung, sehr viel Energie aufzubringen, um eine Diskussion in Gang zu bringen, die so produktiv und erhellend sein soll, wie es der Anlass, das 50jährige Jubiläum des Wissenschaftsrats, verdient. – ‚The pressure is on‘, wie wir in den Vereinigten Staaten sagen, und die nächsten 25 Minuten – 25 Minuten: Herr Tegelbeekers und der Präsident des Wissenschaftsrats haben mir geschrieben, dass sie sehr nervös würden, wenn ich mehr als 26 Minuten rede – werden also zeigen, ob das Risiko, das Sie, die Damen und Herren des Wissenschaftsrats mit mir eingegangen sind, ein wohl kalkuliertes, ein zu rechtfertigendes Risiko war.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren Mitdiskutanten, mit acht Thesen provozieren, das heißt also im Durchschnitt alle drei Minuten eine These produzieren, die zu unserer Leitfrage hinführen soll, wie sich wissenschaftliche Exzellenz herstellen lässt. Die beiden ersten Thesen thematisieren Vorfragen. Sie thematisieren einmal die Frage, wie wir uns Wissenschaft, wie wir uns die Universität – und ich werde Wissenschaft und Universität weitgehend synonym verwenden – vorstellen sollten. Und zweitens muss auch vorab die Frage geklärt werden, was wir in Bezug auf Wissenschaft und Universität „als exzellent“ ansehen können. Thesen drei bis acht beziehen sich dann auf Bedingungen, aber auch auf Hindernisse bei der Herbeiführung von Exzellenz. – Ich werde, meine Damen und Herren, mich eher bemühen, zum Widerspruch zu reizen als zum Konsens einzuladen, denn wir haben ja zwei Stunden zu streiten und wenn sich der Konsens zu früh einstellt, haben wir nicht genug zu reden. - Lassen Sie mich noch ankündigen, was ohnehin evident werden wird, nämlich dass ich mich in doppelter Hinsicht auf Halbdistanz befinde. Ich bin, was schon beinahe peinlich ist zu sagen, seit fast vierzig Jahren Wissenschaftler – meine erste Hiwi-Stelle habe ich vor beinahe vierzig Jahren bekommen – aber es ist mir nie gelungen, zu einem Verwaltungsamt gewählt zu werden, weder im deutschen noch im amerikanischen Wissenschaftssystem. Ich hab nur einmal bei einer Dekanatswahl eine Stimme bekommen, als ich ein junger Professor war. Die Stimme war allerdings meine eigene, weil ich

dachte, es gäbe eine Verschwörung gegen mich und ich also prüfen wollte, ob die Stimme gezählt wird, wenn ich selbst für mich stimme – was leider der Fall war. Die Halbdistanz liegt auch darin, dass ich in Deutschland, wie man sagen kann, wissenschaftlich sozialisiert worden bin, aber seit achtzehn Jahren an der Stanford University, das heißt an einer amerikanischen Universität, einer privaten Universität, unter ganz anderen Bedingungen arbeite. ‚Ganz andere‘ heißt gar nicht unbedingt bessere Bedingungen, aber ich werde auf diese Differenz weniger eingehen, als der Moderator erwarten mag.

These 1: Es ist eine plausible Interpretation der berühmten Denkschrift von Wilhelm von Humboldt ‚Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin‘ aus dem Jahr 1810, dass die entscheidende Funktion, welche die wissenschaftlichen Anstalten, die Universitäten, nach Humboldt erfüllen sollen, darin liegt, immer neue Fragen zu eröffnen. ‚Im Fragen und im Forschen zu bleiben‘, wie Humboldt sagt - und zur nächsten Frage fortzuschreiten, sobald Lösungen gefunden worden sind. Lösungen sind für Humboldt gar nicht eigentlich das Geschäft der Universität. Er konstatiert am Anfang der Denkschrift: ‚Es ist ferner eine Eigentümlichkeit der höheren wissenschaftlichen Anstalten, dass sie die Wissenschaft immer als ein noch nicht ganz aufgelöstes Problem behandeln und daher immer im Forschen und Fragen bleiben - da die Schule es nur mit fertigen und abgemachten Kenntnissen zu tun hat und lernt.‘ Sobald Lösungen gefunden sind, sobald es fertige Kenntnisse gibt, werden sie ans Gymnasium weitergeleitet. Humboldt fügt hinzu, dass ‚Freiheit und Einsamkeit‘ – vor allem den zweiten Begriff, Einsamkeit, halte ich für bemerkenswert -, die Prinzipien seien, die man zur Verwirklichung dieser Funktion braucht. – Ich möchte ausgehend von Humboldt und ermutigt durch Niklas Luhmann, eben diesen Stil, diesen Gestus des Denkens, „riskantes Denken“ nennen. Riskantes Denken ist jenes Denken, das stattfinden muss, wenn Innovation sich ereignen soll, das aber zu viele Risiken birgt, um im alltäglich institutionalisierten Handeln akzeptabel zu sein. Zum Beispiel: Sie sind alle daran interessiert, unterstelle ich, dass die therapeutischen Möglichkeiten der Medizin sich weiterentwickeln. Aber ich wette, dass der Präsident des Wissenschaftsrats nicht glücklich wäre, wenn er morgen früh nach der Feier von heute mit einer Blinddarmreizung in die Charité eingeliefert würde – und der Chirurg ihm gratulierte mit den Worten: ‚Verehrter Herr Professor Strohschneider, Sie sind der erste Patient, an dem ich einen neuen Zugang zum Appendix ausprobieren möchte.‘ Ich möchte Ihnen aber auch ein geisteswissenschaftliches Beispiel geben, und dieses Beispiel geht zurück auf die erste Gastprofessur von Jacques Derrida in Deutschland im Jahr 1988.

1988 war – wie so viele Jahre – das Jahr einer Heidegger-Krise. Ein FU-Professor aus Chile hatte wieder einmal aufgedeckt – das wird ja etwa alle zwei Jahre aufgedeckt – dass Heidegger ein Mitglied der NSDAP gewesen war (und was noch zu dieser peinlichen Geschichte gehört). Doch Derrida sprach mit der Begeisterung, die ihm eigen war, über Heidegger als dem „größten Philosophen des 20. Jahrhunderts“. Da wurde er höflich von einem Studenten unterbrochen mit der Frage: ‚Herr Professor Derrida, wissen Sie denn nicht, dass Heidegger im Nazismus verstrickt war und wie können Sie dann sagen, er sei der größte Philosoph des 20. Jahrhunderts gewesen?‘ Darauf gab Jacques Derrida eine Antwort, die mir ein exzellentes Beispiel für „riskantes Denken“ zu sein scheint, aber auch ein Beispiel, das mir Gänsehaut verursacht. Er sagte: ‚Lieber junger Freund, natürlich weiß ich über Heideggers Verstrickung in den Nazismus. Die eigentlich interessante Frage ist, ob er ohne diese Verstrickung der größte Philosoph des 20. Jahrhunderts hätte sein können.‘ Meine Damen und Herren, ich hab diese Anekdote oft erzählt - und hoffe inständig, dass die Antwort ‚Ja‘ ist, dass man sagen könnte, Heidegger wäre ein genauso guter Philosoph gewesen oder bedeutenderer Philosoph ohne diese Verstrickung. Aber selbst, wenn die Antwort ‚Nein‘ ist, muss es eine Institution geben – und das sollten nicht die Volkshochschulen sein oder die Gymnasien – wo auch diese Frage gestellt werden kann. Das verstehe ich unter riskantem Denken. – Jenes Risiko, das in der alltäglichen Praxis keinen Platz hat, konstituiert die Wissenschaft, nicht nur die experimentelle Wissenschaft, sondern auch das Denken in den Geisteswissenschaften. Es macht die Wissenschaft, um mit Niklas Luhmann zu sprechen, zu einer Institution, die Weltkomplexität nicht reduziert, sondern erhöht. Das genau macht jenes ‚Im-Fragen-Bleiben, Im-Forschen-Bleiben‘ aus, von dem Humboldt redet. Es müssen immer neue Fragen produziert werden. Wissenschaft macht unseren Blick auf die Welt nicht einfacher, sondern komplexer und manchmal auch komplizierter. Ebenso ist Wissenschaft eine Institution, die das sonst institutionell Ausgeschlossene ins Spiel bringt. Die Funktion von Wissenschaft, könnte man sagen, liegt darin, Gesellschaften durch Komplexitäts-Produktion für die Möglichkeit von Veränderungen offen zu halten.

These 2: Exzellent sind deshalb vielleicht schon all jene wissenschaftlichen Institutionen, denen es gelingt, wie Humboldt sagt, permanent im Fragen und im Forschen zu bleiben. Aber man kann dem Exzellenz-Begriff stärkere Konturen geben, indem man zwischen zwei Typen von solchen Fragen unterscheidet. Sie wissen es alle, es gibt in jedem wissenschaftlichen, ja in jedem intellektuellen Paradigma Fragen, die zwar noch nicht aktiv gestellt und bearbeitet

worden sind, die aber doch schon immer als Implikationen des jeweils dominanten Paradigmas gestellt werden könnten und deshalb schon immer da sind. Ich denke, dass die Lösung und die Bearbeitung solcher Fragen genau das ist, was der amerikanische Wissenschaftstheoretiker T.S. Kuhn ‚Normal Science‘ – Normale Wissenschaft – genannt hat, und ich werde auf den Begriff der Normalen Wissenschaft zurückkommen. Es gibt aber auch Fragen, Thesen, manchmal, vor allem in den Geisteswissenschaften, auch Metaphern, welche vorher nicht denkbare Gedanken ermöglichen. Denken Sie an die Frage nach der Struktur des Genoms und an die Lösungen, die ausgehend von dieser Frage erarbeitet worden sind, oder denken Sie – aus geisteswissenschaftlicher Perspektive – an Wittgensteins Metapher des Sprachspiels und an die Fragen, wie sich ein Sprachspiel konstituiert, welche Funktion Sprachspiele haben, wie sich Sprachspiele zur Weltreferenz verhalten. Die Entdeckung von und die Arbeit an solchen Fragen, an Fragen, die unendlich viele andere Fragen ermöglichen, ist – wie ich meine – Kriterium und Symptom wissenschaftlicher Exzellenz. Interdisziplinäre Kontakte sind übrigens keine Garantie für die Herstellung solcher Fragen, und ich glaube deshalb, dass interdisziplinäre Kontakte tendenziell überbewertet sind. Und damit bin ich schon bei meinen Thesen 3 bis 8, welche sich auf die Möglichkeit zur Herstellung wissenschaftlicher Exzellenz, aber auch auf Hindernisse in diesem Prozess beziehen.

These 3 setzt bei dem folgenden Problem ein: Liegt es nicht in der Logik der Exzellenzproduktion – und des jetzt erklärten Exzellenzbegriffs –, Forschung und Lehre in eine Entwicklung der Bifurkation, in eine Bewegung der Trennung zu bringen? Würde nicht durch eine solche Trennung jene Freiheit und Einsamkeit der Forscher gefördert, an der Humboldt so sehr zu liegen scheint? Und ist nicht die Vermittlung von berufsrelevantem Wissen an die Studenten heute unvereinbar mit der Empfehlung, permanent im Fragen und im Forschen zu bleiben? Kann man überhaupt Wissen vermitteln, wenn man permanent im Fragen und im Forschen bleiben muss? Ich möchte gegen die rhetorische Suggestion dieser Fragen und mit Humboldt ganz störrisch an der Einheit von Forschung und Lehre, an der Konvergenz von der Eröffnung neuer Wissenshorizonte einerseits und Wissensvermittlung andererseits festhalten. Humboldts Grund für die Empfehlung, dass die Eröffnung neuer Fragen und Wissensvermittlung verbunden bleiben sollen, liegt darin, dass die verschieden gestimmten Enthusiasmen verschiedener Generationen sich nur unter diesen Bedingungen wechselseitig anfeuern und beflügeln können. Dazu zwei Humboldt-Zitate. Das erste Zitat ist die Weiterführung einiger Textstellen, die ich Ihnen vor

wenigen Minuten vorgelesen habe: ‚Das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler an der Universität wird dadurch durchaus ein anderes als vorher‘ (das heißt am Gymnasium): ‚Der Lehrer ist nicht für die Schüler, beide sind für die Wissenschaft da. Das Geschäft des Lehrers hängt mit an der Gegenwart der Schüler und würde ohne die Schüler nicht gleich glücklich vonstatten gehen. Der Lehrer würde, wenn sich die Schüler nicht selbst um ihn versammelten, sie aufsuchen, um seinem Ziel näher zu kommen, durch die ‚Verbindung‘ und das ist der zentrale Punkt des Zitats, ‚der geübten, aber eben darum auch leichter einseitigen und schon weniger lebhaften Kraft‘ – das sind die Professoren – ‚mit der schwächeren und noch parteiloser nach allen Richtungen mutig hinstrebenden Kraft der Studenten.‘ – Noch ein letztes Zitat von Wilhelm von Humboldt in Bezug auf die Weiterführung seiner Überzeugung, Einsamkeit sei eine wichtige Bedingung für wissenschaftliche Exzellenz: ‚Da aber auch das geistige Wirken der Menschheit nur als Zusammenwirken gedeiht, und zwar nicht bloß, damit Einer ersetze, was dem Anderen mangelt, sondern damit die gelingende Tätigkeit des Einen den Anderen begeistere und allen die allgemeine ursprüngliche in den Einzelnen nur einzeln oder abgeleitet hervorstrahlende Kraft sichtbar werde, so muss die innere Organisation dieser Anstalten ein ununterbrochenes, sich immer selbst wieder belebendes aber ungezwungenes und absichtsloses Zusammenwirken hervorbringen und unterhalten.‘ Anders, einfacher und weniger schön gesagt als bei Humboldt: Wenn die Universität vor allem jene Fragen stellen soll, die andere, neue Fragen permanent ermöglichen, dann braucht sie nicht nur die Beiträge der jungen Kollegen, die ja oft allzu sehr wie Kopien von uns alten Professoren aussehen, sondern dann braucht die Universität auch die sogenannte ‚Naivität‘ der jüngsten Studenten. Das läuft hinaus auf die Empfehlung, vielleicht weniger Max-Planck-Institute, Sonderforschungsbereiche und auch Graduiertenkollegs zu gründen und mehr Motivation dafür zu schaffen, dass die Lehre auf basaler Ebene in einer Konvergenz gehalten wird mit dem ‚Im Forschen- und Im-Fragen-Bleiben‘, von dem Humboldt redet.

These 4: Wie steht es dann um das Verhältnis zwischen wissenschaftlicher Exzellenz, der Auslösung und der Bearbeitung neuer Fragen auf der einen Seite und ‚Normal Science‘, der Arbeit an solchen Fragen, die schon immer implizit da sind, auf der anderen Seite? Prinzipiell muss natürlich gesagt werden, dass normale Wissenschaft als Matrix, als Nährboden jener intellektuellen Durchbrüche nötig ist, die wir ‚Exzellenz‘ nennen wollen. Aber es ist mein Eindruck, meine Damen und Herren, dass bei der Bewilligung und Bewertung von Forschungsprojekten in Deutschland allzu sehr die Ausrichtung an vorgegebenen Fragen und ihrer Lösungen

hochgehalten wird, das heißt, es wird vielleicht überproportional Normal Science gefördert. Wenn ich mir etwa ansehe, wie viele Wörterbuchprojekte – das sind ja sicher Projekte der Normal Science (bei allen Verdiensten) – in meiner Zeit von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bewilligt worden sind, so ist das schon erstaunlich. Alleingänge, die Freiheit, von der Humboldt redet, und überraschende Ergebnisse, sind in diesem Rahmen schwer zu erreichen und zu rechtfertigen. Was die Förderung angeht, so ist es also wichtig, mehr als bisher auf Projekte zu setzen, die keine Erfolgsgarantie haben, die nicht nur riskantes Denken fördern, sondern auch ein finanzielles Risiko des Scheiterns implizieren. Denn nur und ausschließlich solche Projekte können zur Exzellenz führen – oder eben in deutlicher Weise scheitern. Aber ich glaube, dass eine solche deutliche Scheiternsmöglichkeit gar kein Nachteil, sondern eher eine Tugend ist, vor allem für die Selbstbewertung. Ein solches Risiko, meine ich, lässt sich allemal gegenüber den Steuerzahlern aber auch gegenüber Sponsoren rechtfertigen.

These 5: Welche Rolle spielen „Methoden“ und ein normativer Begriff von Wissenschaft für wissenschaftliche Exzellenz und für die Erreichung wissenschaftlicher Exzellenz? Ich glaube, es besteht eine Spannung zwischen jenen Potenzialen des menschlichen Geistes, welche auf der einen Seite Innovation, Produktion von Komplexität, neue Fragen, Exzellenz ermöglichen, das sind Fähigkeiten wie Imagination, Intuition und ich meine auch intellektuelle Agilität, intellektuelle Schnelligkeit – und auf der anderen Seite Methodenbegriffen und normativen Wissenschaftsbegriffen. Denn wer eine Methode hat, einen in Schritten vorgeschriebenen Weg, der von Fragen zu Lösungen führen soll, der kann – verzeihen Sie dem Vater eines Piloten bei Ihrer (deutschen) Luftwaffe diese Metapher – seinen Geist auf Autopilot stellen, braucht eigentlich nicht mehr selber denken. Und der Begriff der Wissenschaftlichkeit wird, nicht nur in Ihrem Land, denke ich, allzu oft gebraucht, um exzentrisches Denken zu disziplinieren. Jedenfalls zeigt die angloamerikanische Wissenschaftsszene, in der es ja keinen durchgängigen, alle Disziplinen umfassenden Wissenschaftsbegriff gibt – mein Sektor heißt in den USA eben nicht „Sciences of the Spirit“, das klänge wie Spiritismus, sondern Humanities and Arts –, dass man ohne einen einheitlichen Begriff von Wissenschaft durchaus Exzellenz fördern und Exzellenz produzieren kann.

These 6: Statt unendlicher neuer Diskussionen über Methoden und über normative Wissenschaftsbegriffe sollte man, meine ich, dem Wahrheitsbegriff – und ich meine den Wahrheitsbegriff im Singular – eine neue größere Relevanz zurückgeben. – Es war für mich erstaunlich, auf dem Flug hierher zu sehen, dass die dritte Nummer



der neuen „Zeitschrift für Ideengeschichte“ als zentrales Thema die Frage stellt ‚Rückkehr zum Wahrheitsbegriff – Rückkehr zur Wahrheit?‘ Ich meine nicht einen Wahrheitsbegriff im rein platonischen Sinn, nicht einen Wahrheitsbegriff, der ausschließlich auf Begriffe und Ideen konzentriert ist, sondern einen Wahrheitsbegriff im Sinn von Weltreferenz, einen Wahrheitsbegriff im Sinn von Richtigkeit. Das mag für die Naturwissenschaftler banal sein oder zumindest banal klingen. Aber in den Geisteswissenschaften existiert jedenfalls die Gefahr, dass im Rahmen der so genannten ‚Konsenstheorien von Wahrheit‘, also im Rahmen der so genannten Konstruktivismen mindestens so viele Wahrheiten bestehen und koexistieren wie es Paradigmen der Forschung gibt. Was wäre zu kritisieren an einer Welt oder an einer wissenschaftlichen Welt mit so vielen Wahrheiten? Zu kritisieren wäre wohl vor allem, dass diese konsensuellen Wahrheiten nicht mehr in Konkurrenz zueinander treten, dass man keine Inkompatibilitäten und keine Inkommensurabilitäten zwischen ihnen mehr feststellen würde, so dass der Prozess des Im-Fragen-und-Forschen-Bleibens seine zentrale Energiequelle verlöre.

These 7: Wenn man Humboldts Bestimmung ernst nimmt, dass die Universität jene Institution sein soll, die Im-Fragen-und-Forschen bleibt, deren Exzellenz vor allem darin liegt, beständig solche neuen Fragen zu ermöglichen, welche andere Fragen zur Folge haben, und wenn man die primäre soziale Funktion von Wissenschaft und Universität – Humboldt extrapolierend – darin sieht, Möglichkeiten, Alternativen und damit Flexibilität für sozialen und kulturellen Wandel offen zu halten, dann sollten wir uns vielleicht weniger als wir das heute wohl überall tun, auf Ergebnisse konzentrieren, auf Erfindungen, auf Patente, auf Produkte, auf Bücher. Wir sollten uns vielleicht mehr konzentrieren auf die Qualität und Intensität der intellektuellen Prozesse, welche Wissenschaft am Leben und im Forschen und Fragen halten. Wir sollten Wissenschaft mehr performanzorientiert als resultatorientiert betreiben, beobachten und begutachten. Das beste Labor oder das beste geisteswissenschaftliche Seminar in meinem Sinn von Exzellenz ist nicht notwendig das Institut mit den meisten Patenten oder den meisten Publikationen, sondern jenes Institut, jenes Labor, welches das größte Potenzial, die größte Wahrscheinlichkeit hervor bringt, bestehende Paradigmen und Fragehorizonte zu variieren und zu überbieten.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, bevor ich zu meiner achten These komme, ganz kurz Bilanz ziehen. Ich habe im Rückgriff auf Humboldt die Universität und die Wissenschaft als jene Institution beschrieben, die im Fragen und Forschen bleibt, die Komplexität

produziert und deren Exzellenz darin liegt, Fragen zu finden, die immer neue Fragen ermöglichen. Ich habe postuliert, dass solche Exzellenz als Voraussetzung einer Nähe zur Lehre bedarf (These 3) und einer Freiheit gegenüber all zu harten Postulaten normaler Wissenschaft (These 4) ebenso wie einer Unabhängigkeit gegenüber konventionellen Methoden und Wissenschaftsbegriffen (These 5); dass eine solche Wissenschaft einen Wahrheitsbegriff im Singular braucht, der die innere Dynamik, die Eigendynamik der Wissenschaft am Leben hält (These 6) und eine Betonung der intellektuellen Prozesse gegenüber einem Blick, der sich nur auf die Resultate richtet (These 7). Zugleich hatte ich angedeutet, dass allzu begeisterte Huldigung an den Begriff der Interdisziplinarität, dass die beständige Einrichtung großer Forschungsinstitute und dass vor allem die Freisetzung von Lehrverpflichtungen Exzellenz nicht nur nicht mit Gewissheit produziert, sondern oft verhindert. Aber wie lässt sich dann Exzellenz fördern? Die Antwort ist meine achte These.

Einmal gewiss, das ist banal aber muss gesagt werden, durch das Prinzip lateraler oder horizontaler Organisation. Verschiedene Generationen, verschiedene Epistemologien, verschiedene intellektuelle Stile sollten koexistieren dürfen und in Konkurrenz treten müssen. Aber vielleicht müssten in Deutschland der Wissenschaftsrat und die Deutsche Forschungsgemeinschaft weniger als es in den letzten Jahren geschehen ist, versuchen, in die Herstellung von Bedingungen für die Entstehung von Exzellenz einzugreifen - und hier zitiere ich ein letztes Mal Humboldt, (weil es so schön ist, wohl wissend, dass man den Wissenschaftsrat und die DFG nicht mit dem Staat – Humboldt bezieht sich hier auf den Staat – gleichsetzen kann). Auf die Frage, ob es gut ist, wenn der Staat interveniert bei der Herstellung von Bedingungen für die Wissenschaft, antwortet der Staatssekretär von Humboldt: „Der Staat muss sich eben immer bewusst bleiben, dass er nicht eigentlich dies, nämlich die Produktion von offenen Fragen bewirkt, noch bewirken kann. Ja, dass er vielmehr immer hinderlich ist, sobald er sich hineinmischet. Dass die Sache an sich ohne ihn unendlich besser gehen würde.“ Vielleicht sollten sich die Institutionen der Wissenschaftsförderung statt Exzellenz herbeiführen zu wollen - noch mehr als es bisher geschieht - darauf konzentrieren, Exzellenz zu entdecken, wo immer sie sich zeigt - und das ist ja nicht ganz einfach, denn sie ist immer überraschend, immer ereignishaft. Dann wäre individuell identifizierte Exzellenz temporär und mit sehr flexiblen Mitteln zu fördern. Ich denke, dass in dieser Hinsicht der Leibnizpreis ein ganz hervorragendes Paradigma für eine wirksame Wissenschaftsförderung ist, obwohl jedes Jahr naturgemäß ein Sturm des Protestes

von denen in Gang gebracht wird, die den Leibnizpreis erwartet und nicht bekommen haben.

Man sollte sich also um Exzellenzstatus nicht bewerben können, aber man sollte ein Anrecht auf die Erwartung haben dürfen, dass existierende Exzellenz identifiziert und dann gefördert wird. Denn vielleicht, meine Damen und Herren, hängt wissenschaftliche Exzellenz ja wirklich viel weniger ab von der Wissenschaftsförderung, auch von der besten Wissenschaftsförderung - und ich denke als Amerikaner, dass die Wissenschaftsförderung in Deutschland ganz ausgezeichnet ist; vielleicht hängt wissenschaftliche Exzellenz weniger von der Wissenschaftsförderung ab als vom Klima einer Kultur und vom Klima einer Gesellschaft, auf die die Wissenschaft und Politik nur wenig Einfluss nehmen können, und die deshalb schicksalhaft zu nennen sind. Denken Sie an die zwanziger Jahre in Deutschland und die sechziger Jahre in den Vereinigten Staaten – und lassen Sie uns nicht im Weg stehen, wenn sich eine solche Atmosphäre wieder einstellt.



## Podiumsdiskussion

Gert Scobel: Herzlichen Dank, Hans Ulrich Gumbrecht. Bevor wir in die Diskussion einsteigen und mit Sicherheit die ein oder andere Ihrer Thesen aufnehmen, erlauben Sie mir selber noch ein paar Gedanken zu unserem Thema „Wissenschaftliche Exzellenz: Voraussetzung, Ergebnisse, Effekte“. Sie kennen vielleicht alle die Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ der FC Deutschland GmbH – Sie lachen, aber die heißt tatsächlich so. In dieser von der Bundesregierung und dem Bundesverband der deutschen Industrie angestoßenen Initiative heißt es wörtlich auf der Homepage: „Herzlich willkommen im Land der Ideen! Zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 war Deutschland Gastgeber der Welt. Unseren Gästen haben wir unser Land von seiner besten Seite gezeigt. Mit den Ideen der Menschen, die hier leben. Wir haben der Welt gezeigt, wie deutsche Dichter und Denker, Forscher und Erfinder, Künstler und Komponisten das Leben seit Jahrhunderten bequemer, sicherer und schöner machen. Hierfür wurde die Initiative "Deutschland - Land der Ideen" ins Leben gerufen.“ In gewisser Weise entspricht das einer ziemlich gängigen Definition von Exzellenz. Wie sagt der Text doch so richtig: „Dichter und Denker, Forscher und Erfinder arbeiten daran, unser Land sicherer und schöner zu machen“. „sicherer“ – damit assoziiert sich ein Komplex, bestehend aus Verteidigung, Terrorpanik, Überwachung, latenter Angst, Ruhe, Ordnung. „schöner machen“ dagegen verbindet sich mit einem rein ästhetischen Kulturbegriff. Das ist so, als ob beispielsweise Verteidigungs- und Lebensmittelbranche eine Symbiose eingingen: sicher, bequem, schön, lecker vielleicht noch. Keine Frage aber, wie sich ein Land durch seine tatsächliche Exzellenz und das heißt durch seine Kultur und Wissenschaft definiert. Ich habe ganz bewusst diese Reihenfolge gewählt: Kultur und Wissenschaft, denn es ist immer Kultur, oder wie Herr Gumbrecht gesagt hat, das Klima einer Kultur, von dem auch grundlegend die Wissenschaft geprägt ist. Offiziell gibt es in Deutschland keine Eliteeinrichtungen, so wie bei uns ja auch der Zugang zur Bildung angeblich für alle gleich ist. Bis der UNESCO-Bericht kam und zeigte, kein Land gewährt ungleichere Chancen beim Zugang zur Bildung als ausgerechnet Deutschland. Das belegen die Hamburger LAU-Studie, die Iglu-Studie, die PISA-Studie, die AWO-Studie, und alle Studien weisen darauf hin, dass Kinder mit einer niedrigen sozialen Herkunft bei gleicher Kompetenz sehr viel geringere Chancen haben, im Bildungssystem zu reüssieren, als Kinder höherer sozialer Herkunft. In gewisser Weise setzt sich diese Tendenz in den Universitäten fort. Wie halten wir es mit der Exzellenz dort? Dass einige Universitäten auf bestimmten Gebieten schon immer besser waren als andere, das war und ist ja allen

klar. Unklar allerdings war und ist, wie man präzise definieren kann, was „besser“ eigentlich genau bedeutet. Inzwischen darf man zumindest laut sagen, dass es Unterschiede gibt. Aber nur wenn man auch die Kriterien kennt, anhand derer unterschieden wird, kann man auf seriöse Weise vergleichen und damit Exzellenz ermitteln. Daten alleine nutzen da wenig, denn man muss sie vergleichbar machen, und das ist eines der großen, vielleicht das größte Problem.

Die Exzellenzinitiative hat viel angestoßen und in Bewegung gebracht, das Bild der deutschen Wissenschaftslandschaft schon jetzt geändert. Sie wissen es, am 19. Oktober [2007] ist es soweit, der Bewilligungsausschuss Exzellenzinitiative entscheidet über die Förderung der einzelnen Universitäten im Rahmen der zweiten Ausschreibungsrunde. Unsere Runde wird jetzt, nachdem Hans Ulrich Gumbrecht einen ersten Aufschlag geliefert hat, debattieren über die Frage, was unter wissenschaftlicher Exzellenz zu verstehen ist und welche Rahmenbedingungen ihr besonders förderlich sind.

Was bedeutet Exzellenz für Sie? Wie wird Exzellenz in Ihrem speziellen Arbeitsgebiet definiert?

Karin Lochte: In meinem Gebiet der Meeres- und Klimaforschung ist es absolut lebensnotwendig, interdisziplinär zu arbeiten. Insofern habe ich da einige Kritikpunkte an der beschriebenen Forschung in „Einsamkeit“. Wir erzielen nur dann wirklich gute Ergebnisse, wenn wir uns mit anderen Disziplinen zusammen tun. Das gilt umso mehr für Exzellenz, die nur dann zu erreichen ist, wenn sich die verschiedenen Disziplinen vernetzen. In Bezug auf die Klimaveränderung, mit der ich mich unter anderem beschäftige, hat uns das erst Vorhersagen möglich gemacht, so wackelig sie auch sein mögen. Dieses Ergebnis basiert auf interdisziplinärer wie internationaler Zusammenarbeit und der darauf aufbauenden Umsetzung der Beobachtung in die Vorhersage. Jeder Einzelne muss auf seinem eigenen Gebiet fachlich sehr gut sein. Aber dann kommt der nächste Schritt, dass man tatsächlich auch versucht, diese verschiedenen, einzeln erarbeiteten Ergebnisse zusammen zu bringen und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern intellektuell. Alles in allem ist das eine Leistung, die auf den Schultern ganz vieler Menschen ruht. Nun stellt sich aber die Frage: Ist das Exzellenz oder ist das einfach nur – im Englischen sagt man – „leg work“? Im Endergebnis stecken viele einzelne exzellente Ideen, aber man braucht diese vielen Einzelteile, um zu einer großen Leistung zu kommen.

Dieter Imboden: Ich maße mir nicht an, Ihnen zu sagen, was Exzellenz ist. Wir haben Ansätze dafür gehört oder Definitionen. Ich weiß vielleicht eher, was sie nicht allein sein kann. Ich sage das jetzt in meiner Funktion als Präsident des Forschungsrates des Schweizeri-

schen Nationalfonds, dessen Aufgabe genau das ist, Exzellenz zu erkennen. Dieser Erkennungsmechanismus ist heutzutage stark fokussiert auf messbare Größen. Wir werden mit einer Flut von Entscheidungssituationen konfrontiert, so, wie ein Mensch, der neu lernt, Weine zu trinken und einzuschätzen. Und wie tut man das, wenn man noch nicht so erfahren ist, einen Wein wirklich am Geschmack zu erkennen? Man orientiert sich an irgendwelchen äußeren Faktoren, die man messen kann, sei es der Preis oder aber ein Ranking, das in einer Zeitung steht. Ich habe mit Freude gehört, dass gute Forschung eben nicht reduziert werden darf auf das, was sie als Resultat bringt, also auf ihre Nützlichkeit, sondern dass da viele andere Faktoren eine Rolle spielen. Ich glaube vor allem auch, dass diese Art von - man müsste sagen Gleichmacherei - in den Methoden, Exzellenz zu erkennen und zu bewerten, schlecht ist, für die gesamte europäische Wissenschaftslandschaft.

Als Naturwissenschaftler kann ich bis zu einem gewissen Grad verstehen, dass Frau Lochte ein starkes Wort für die Interdisziplinarität einlegt. Dass es tatsächlich Dinge gibt, die man nur gemeinsam erarbeiten kann, bei denen ein Einzelner verloren wäre. Aber man muss zulassen, dass es verschiedene Welten wissenschaftlichen Arbeitens nebeneinander geben darf, ja, geben muss. Um es an einem Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung zu verdeutlichen: Mein Vater war Jurist und Professor für Staatsrecht in Basel. Ich erinnere mich, dass er in den Sommerferien eine Holzkiste mit Büchern voll packte und in sein Ferienhaus in den Kanton Graubünden fuhr, um dort ein Buch zu schreiben. In dieser Einsamkeit, er allein, und ich erinnere mich auch an meine Mutter, die ihn fragte: „Du schreibst schon wieder ein Buch? Hast Du denn das Buch vom X, vom Y und vom Z schon gelesen?“ Und da hat er gesagt: „Ich muss mich entscheiden, wenn ich alle Bücher lesen will, schreibe ich keine eigenen.“

Die richtige Mischung zwischen Risikobereitschaft in der Forschung und dem zu finden, was wir unter Blue Chip-Forschung verstehen, verbunden mit sicheren Aktienbergen, das ist ein ganz schwieriges Unterfangen, gerade wenn man als junger Mensch in diesem Wissenschaftssystem überleben möchte. Ich hoffe, dass wir den Druck insbesondere auf die Einsteiger in die Wissenschaft etwas mindern können, indem wir andere Formen der Wissenschaftsförderung entwickeln.

Arend Oetker: Die Bereitschaft zum Risiko ist in der Forschung sicher notwendig. Aus Sicht eines Unternehmers ist gerade das Eingehen von Risiken und das Ab- und Einschätzen dessen, was ich an Risiko eingehen kann, sehr entscheidend. Kreativität an sich entsteht in unterschiedlichsten Phasen, mal unter Anspannung, mal in der Ein-

samkeit, und unter den verschiedensten Rahmenbedingungen. Letztlich ist das Antizipieren von menschlichen Bedürfnissen für einen Unternehmer wie für einen Wissenschaftler der entscheidende Impuls, dass man erkennt, wo könnte denn ein Bedarf liegen. Fragen zu produzieren, die dann vielleicht zu Methoden führen und letztlich zu Inventionen, also zu Erfindungen, und Innovationen, das heißt zu wirklichen Produkten. Und ich denke, dass es unbedingt erforderlich ist, dass sich die Disziplinen untereinander und miteinander vergleichen und dass sie in Konkurrenz treten. Das ist auch der Ansatz der Wirtschaft, die bei der Etablierung der Exzellenzinitiative gedacht hat, es könnte der Wissenschaft speziell in Deutschland nur gut tun, wenn es mehr Konkurrenz gäbe im System.

Julia Fischer: Was empfinde ich als exzellente Forschung in meinem Bereich? Also, wenn ich das konkret auf ein Manuskript oder ein Paper beziehe, das ich lese, dann ist es ein wirklich interessanter neuer Gedanke, der eine gewisse intellektuelle Tiefe aufweist und dem man anmerkt, dass er das Ergebnis sorgfältiger und differenzierter Arbeit ist. Es gibt am Ende einer wissenschaftlichen Arbeit - wenn sie gut gegangen ist - mehr Fragen als Antworten. Eine solche Arbeit wird auch in zehn Jahren noch gut sein. Leute, die solche Paper schreiben, solche Arbeit leisten, sind aber nicht unbedingt diejenigen, die auch die längsten Publikationslisten vorweisen können. Das heißt: Die Parameter, die gemeinhin angelegt werden, um Qualität zu messen, sind nicht unbedingt kompatibel mit dieser Art Substanz und gehaltvollem Arbeiten. Das ist, denke ich, ein Problem.

Was die Interdisziplinarität angeht: Interdisziplinäre Arbeit ist immer dann produktiv, wenn die wichtigen und richtigen Fragen gestellt und dann gemeinsam mit anderen bearbeitet und vielleicht auch beantwortet werden können. Das ist gut zur intellektuellen Auseinandersetzung, zum Sparring sozusagen. Als bloße Strukturvorgabe, die ich erfüllen muss, um Gelder einzuwerben, halte ich Interdisziplinarität jedoch für komplett kontraproduktiv. Es lenkt mich davon ab, die Fragen zu stellen, die ich für die wichtigen und guten Fragen halte. Wir müssen stattdessen zurückkehren zu einem anderen Klima, in dem es den Leuten möglich ist zu sagen, wir setzen uns inhaltlich - und ohne Zeitdruck - mit den Fragen auseinander. Ich glaube, jeder empirisch arbeitende oder experimentell arbeitende Mensch braucht Zeit und Geduld. Außerdem gehört das Scheitern zu den alltäglichen Erfahrungen, wenn man praktisch oder empirisch arbeitet. Alles in allem wäre eine gewisse „Entschleunigung“ in den Systemen deshalb gar nicht schlecht - was nicht heißt, dass dann alle wieder gleich ins Koma fallen und dreißig Jahre nichts tun. Aber diejenigen, die wirklich intrinsisch motiviert sind zu forschen und zu lehren, die werden durch die derzeitigen Bedingungen massiv behindert, wenn sie die ganze



Zeit aufschreiben müssen, wo sie gerade wieder was mit welcher Geschwindigkeit rausgehauen haben.

Hans Ulrich Gumbrecht: Interdisziplinarität ist so selbstverständlich für exzellente Forschung, dass man sie eigentlich nicht dauernd fordern müssen sollte – denn sie ist schon fast zu einem Fetisch geworden. Das scheint mir vielleicht ein gewisses Spezifikum der deutschen Landschaft zu sein, dass man oft die Konzentration auf das eigene Fach vergisst. Interdisziplinarität wird gefördert, ist sehr gut prämiert, aber tendenziell würde ich in der gegenwärtigen deutschen Situation eher zur Konzentration auf die eigenen Fachtraditionen aufrufen.

Ulrich Herbert: Bis vor kurzem haben wir den Begriff der Exzellenz eher mit einem Diplomatentreffen oder einem Erzbischof assoziiert. Für besonders gute Leistungen war er in unserem Sprachgebrauch gar nicht vorhanden, verwenden wir also weiter den umständlichen, aber klaren Begriff „herausragende wissenschaftliche Leistung mit stark innovativem Charakter“. In diesem Sinne ist der überwiegende Teil der wissenschaftlichen Produktion in der Geschichtswissenschaft, vielleicht auch in anderen Fächern, vermutlich nicht exzellent. Definitionsgemäß ist Elite eben eine kleine Minderheit. Wenn man aber solche Spitzenforschung fördern will, bedarf es eines spezifischen Klimas und einer besonderen Struktur, um exzellente Begabungen zu erkennen und zu fördern. Dafür müssen relativ einfache Voraussetzungen erfüllt sein: ordentliche materielle Bedingungen, Sicherheit für nachhaltiges Arbeiten, eine scharfe Konkurrenz, eine allein an Leistung orientierte Auslese, konsequente Förderung des Nachwuchses und eine bessere Lehre. Ohne wesentliche politische, hochschul- wie wissenschaftspolitische, Verbesserungen in diesen Punkten werden wir eine Kultur der „Exzellenz“ nicht in Gang bringen können. Wir werden sie auch dann nicht garantieren können; aber sie wird auch nicht mehr systematisch verhindert.

Hans Ulrich Gumbrecht: Exzellenzbeobachtung und Exzellenzförderung sind enorm wichtig. Deshalb möchte ich - polemisch zuspitzend - das Folgende in die Diskussion werfen: Die Entdeckung und Identifizierung von Exzellenz kann nicht durch riesige Komitees vollzogen werden, die allzu demokratisch konstituiert sind. Wenn sich etwa der Präsident von Harvard oder auch von Stanford fragt, wie er ein Department neu begründen oder in bessere Form bringen soll, dann wird er einige Fachleute, denen er vertraut, die sich bewährt haben, die ein gewisses Engagement für die Universität gezeigt haben, zu sich bitten und einen Vorschlag zur Reform erarbeiten lassen.

Gert Scobel: Wir haben gehört, dass es bei exzellenter Forschung unter anderem auch darum geht, den sozialen Zusammenhang klar

vor Augen zu haben, also interdisziplinär zu forschen, den gesellschaftlichen Bezug zu sehen. Es geht aber auch um das Ziel, Exzellenz nach außen sichtbar zu machen. Sie alle kennen die viel zitierten „Leuchttürme“. Was bedeutet es aber genau, wenn wir heute davon sprechen, dass wir Exzellenz sichtbar machen wollen?

Julia Fischer: Die exzellenten Leute, also die Top 3- oder Top 5-Prozent, diese Leute brauchen meiner Meinung nach gar nicht gefördert zu werden: Ihre Leistungsfähigkeit ist herausragend, sie werden immer bis an ihr eigenes Limit gehen und auch meistens genügend Geld zur Verfügung haben. Ich glaube, eine wichtige Frage, die wir uns stellen müssen, ist, was passiert mit den anderen, die wirklich gut arbeiten und die breite Masse ausmachen. Welche Instrumente sind geeignet, um die vielleicht noch ein wenig besser zu machen und entsprechend zu fördern? In diesem Sinne wichtig wäre es sicherlich, für den Prozess des Forschens und seine Regeln mehr Verständnis zu erzeugen.

Gert Scobel: Das heißt also, dass wir im Grunde genommen tatsächlich mehr Wert auf den Forschungsprozess legen sollten und weniger auf sein Ergebnis. Das scheint dem zu widersprechen, was zumindest in der Öffentlichkeit erwartet wird, wenn staatliches oder auch aus der Industrie kommendes Geld in Forschung investiert wird, nämlich dass auch etwas Abrufbares dabei herauskommt.

Ulrich Herbert: Wir hatten ein traditionelles Hierarchie- und Leistungssystem an den deutschen Universitäten, das funktionierte über das Ethos der Ordinarien und über symbolisches Kapital, über Ehre und Ansehen, auch über gesellschaftliche Stellung. Ein deutscher Ordinarius war nicht nur in seiner Einbildung jemand, sondern er hatte tatsächlich eine bedeutende Position inne, die Staat und Gesellschaft strukturiert und getragen hat. Die Position des Einzelnen in der Republik der Gelehrten hing in erster Linie ab von seinen Leistungen, auch von seinen Vernetzungen und seinem Habitus. Da man sich kannte und mehr oder weniger wertschätzte, entstand eine informelle Hierarchie, in welcher dem Einzelnen sein Platz zugeordnet wurde. Das erwies sich als außerordentlich motivations- und leistungsfördernd. Seit den 1960er Jahren ist diese informelle Struktur des Ansehens verloren gegangen – vor allem durch die Entstehung der Massenuniversitäten. Bei fünfzig Ordinarien für Geschichte funktionierte das System noch, bei 500 nicht mehr, und es gibt heute insgesamt etwa 25.000 Professoren in Deutschland. In kleinen Disziplinen bedarf es keines anderen Systems. In der Archäologie etwa, so betonte Luca Giuliani kürzlich, kenne man sich, schätze einander und wisse, was der andere tue; es gebe eine informelle, aber klare Leistungsmessung. In großen Fächern ist das ganz anders. Hier be-

darf es einer formelleren Struktur, weil niemand die Leistungen von hunderten von Kolleginnen und Kollegen überblicken kann und es auch keine Foren der Diskussion und Bewertung der Leistungen mehr gibt. So entstehen formelle Leistungsparameter. Das, wonach der Professor oder die Professorin bisher informell und durch die Community bewertet wurde, wird dadurch formalisiert: eine gute Lehre, eine hervorragende Forschung, Innovativität, Einsatz für die Universität. Das macht nun Probleme: zum einen die Zweifel, ob es tatsächlich angemessene Leistungskriterien sind. Das zeigen schon die unseligen Praktiken, Leistungen allein nach Drittmittelaufkommen, nach produzierten Seitenzahlen oder nach den beliebten CHE- oder Spiegel-Rankings einzuordnen. Dagegen gibt es verständlichen Protest. Ein zweites Problem: Man ist nun als Individuum und als Fachbereich oder Universität gezwungen, seine eigenen Leistungen öffentlich anzupreisen. Das widerspricht dem tradierten akademischen Habitus, der gekennzeichnet war durch ein zurückhaltendes Auftreten. Das hat sich völlig geändert. Selbstdarstellungen bei Drittmittelanträgen oder gegenüber Evaluationskommissionen sind oft gekennzeichnet durch einen Stil der Prahlerei und der Selbstanpreisung, die es früher so nicht gab - eine Art von Produktionsprostitution, indem man ununterbrochen sagen muss, was man alles getan und geleistet hat. Auf der anderen Seite gibt es zum System einer formalisierten Leistungsüberprüfung keine Alternative, auch wenn wir uns alle zurücksehnen zu den Zeiten, als man einander kannte und schätzte. Und wenn man nicht geschätzt wurde, dann geschah das wenigstens informell und nicht öffentlich durch einen hinteren Platz in Ranking-Listen.

Hans Ulrich Gumbrecht: Ich denke, dass es selbst in den Naturwissenschaften sehr viel wichtige Forschung gibt, bei der die Einwerbung von Mitteln und das Volumen der Finanzierung in keinem signifikanten Verhältnis zum intellektuellen Erfolg stehen. Ein Philosophisches Seminar, das dauernd Drittmittel einwerben muss, verliert wohl vor allem Zeit. Man sollte nicht beständig unter dem Druck stehen, Exzellenz unter Beweis zu stellen, sondern muss vielmehr die Erwartung haben dürfen, dass Exzellenz identifiziert wird von Spezialisten. Ich denke, dass die Beurteilung und die Förderung von Exzellenz in den allermeisten Fällen allein Urteilskraft im klassischen Kant'schen Sinn voraussetzt. Denn es gibt eine Richtigkeit dieses Urteils, die nicht beliebig ist und sich letztlich nur selten durch Quantifizierung belegen lässt. In dem Maße, wie Förderung ausschließlich an Messbares gekoppelt wird, vergeudet man Geld, vergeudet man Zeit und wird gerade nicht Exzellenz produzieren.

Dieter Imboden: In den letzten 30 Jahren sind nicht nur die Studentenzahlen gewaltig gewachsen, sondern es ist auch sehr viel mehr

Geld von der öffentlichen Hand in Wissenschaft und Forschung geflossen. Und das hat selbstverständlich seinen Preis. Wir haben heute in vielen Bereichen, so auch in der Forschung, einen gewaltigen Legitimierungsdruck. Und deswegen ist die Frage, wie man „Exzellenz sichtbar macht“, eng gekoppelt an die Frage, wem sie sichtbar gemacht werden muss. Es lohnt sich nicht, darüber zu streiten oder es schlecht zu finden, dass wir sie auch den Geldgebern, sprich der Politik oder der Öffentlichkeit, sichtbar machen müssen. Wir müssen allerdings realisieren, dass das Sichtbarmachen für verschiedene Adressaten auch ein unterschiedliches Vorgehen erfordert. Auch wenn die Grenzen immer mehr verwischen. Die Idee der Exzellenzinitiative, der Differenzierung von Exzellenz, ist sicher etwas Gutes, etwas Wichtiges, auch die Konkurrenz, aber wenn sie darin mündet, dass man eine Menge von Hochglanzpapier bekommt, mit schönen Sprüchen oder schönen Aussagen, dann denke ich, wir sollten auf die Bremse treten. Wir sollten stattdessen - auch in der Öffentlichkeit - einstehen für gewisse Grundvoraussetzungen, sie nicht leugnen. Zu diesen Grundvoraussetzungen gehört beispielsweise auch, dass Wissenschaftler Zeit zur Verfügung haben müssen. Die Nobelpreisträger haben zehn oder zwanzig Jahre Zeit gehabt, an ihrem Projekt zu arbeiten. So entsteht Exzellenz. Wir können nicht jeden Forscher und jede Forscherin, die mit einem Thema zu tun haben, über einen Leisten schlagen und in jeder Hinsicht koordinieren. Wir brauchen die Konkurrenz, aber wir sollten auch der Individualität Freiraum lassen. Das sind Botschaften, die wir viel zu wenig offen, ehrlich und mutig an die Politik aussenden. Denn ich denke, auch die Politik kann lernen und kann diese Impulse aufnehmen. (Applaus)

Arend Oetker: Es ist das Eine, die Gewinner eines Wettbewerbs auszuzeichnen. Aber wie gehen wir mit den anderen um? Sind sie Verlierer? In der Wirtschaft haben wir es ja einfacher, Misserfolge zu erkennen und damit umzugehen. Wenn ich ein Produkt auf den Markt bringe, dann dauert das ein halbes Jahr, und ich weiß, ob dieses Produkt erfolgreich ist oder nicht. Das ist in der Wissenschaft ein wesentlich schwierigerer und differenzierterer Prozess, bei dem die Freiheit der Grundlagenforschung auf der einen und die Notwendigkeiten der Politik auf der anderen Seite einander gegenüberstehen und nicht zuletzt auch Arbeitsplätze betroffen sind. Wir müssen das in der Wissenschaft schon einem System von Experten überlassen, das die Exzellenz sozusagen erkennt.

Karin Lochte: Wie kann man hervorragende Forschung mit innovativem Charakter - ich finde diese Bezeichnung übrigens sehr schön - erkennen? Also nicht nur, wie macht man sie sichtbar, sondern wie merken wir überhaupt, dass da etwas Wichtiges heranwächst? Wie können wir die herausragenden Ideen, selbst wenn sie gegen den

Strom schwimmen, erkennen und wirklich bewerten? Und wie kann es beispielsweise sein, dass ein Genie unerkannt bleibt und man erst nach seinem Ableben feststellt, was man da für einen wichtigen Menschen gehabt hat. Ich glaube, dass unser System und unsere Kultur, die wir pflegen, nicht geeignet sind, solche exzellenten innovativen Ideen wirklich gut zu fördern. Wir haben zu viel „Mainstream“, wir haben auch zu viele Moden. Diejenigen, die sozusagen am Rande stehen, die Fächer, die vielleicht nicht im Mainstream mitschwimmen, haben keine oder eine zu geringe Chance in unserem System. Deshalb halte ich die Abkehr von diesen ganz simplen quantitativen Bemessungen und anstelle dessen die Hinwendung zur Idee für erforderlich. Ich sehe die Notwendigkeit, dass wir ehrlich sind unter Kollegen, was die gegenseitige Einschätzung anbelangt.

Dieter Imboden: Wir kennen alle in unseren Institutionen Leute, die außerordentlich kreativ sind, aber nicht fähig, eine wissenschaftliche Publikation zu schreiben. Und wir wissen auch, dass wir zum Teil von denen profitieren. Aber das System erkennt sie nicht, und oft ist das Schicksal dieser Leute gar nicht gut. Also, mit anderen Worten: Wir haben eine klare Leistung, die wir messen, zugeschrieben demjenigen, der am Schluss in der formvollendeten Art das Endprodukt präsentiert. Wir wissen auch, dass nicht unbedingt die guten kreativen Leute Karriere machen in unserem System. Wir müssen uns vielleicht überlegen, wie man die auch in unserem System mit größerer Wertschätzung behandeln kann.

Hans Ulrich Gumbrecht: Was könnte denn die Alternative sein zu der wohl von allen kritisierten vorrangigen Orientierung an messbaren Kriterien bei der Identifikation von Exzellenz? Es müsste stärker auf Vertrauen in individuelle Kompetenz als auf demokratische Rekrutierungsprozesse gesetzt werden. Vertrauen in dem Sinn, dass Sie für bestimmte Fächer und Qualitätsfragen nicht parlamentsartige Gremien konstituieren, sondern davon ausgehen, dass auch einzelne Personen oder ein kleines Komitee von zwei oder drei Fachleuten gute Entscheidungen treffen können – mit der Konsequenz, dass diese Personen für eine begrenzte Zeit ein bestimmtes Fach in Deutschland zentral prägen werden. Das wäre Leadership, um Worte wie „Führungskraft“ oder „Führerschaft“ zu vermeiden. Noch wichtiger scheint mir die Enttabuisierung des Misserfolgs bzw. der Möglichkeit des Scheiterns. Wenn ein Projekt – egal, ob in den Geistes- oder Naturwissenschaften - das Potenzial hat, tatsächlich innovativ zu sein, dann schließt das wohl notwendig auch die Möglichkeit ein, dass sich die zentrale Hypothese nicht bewährt oder dass eine bestimmte Forschungsrichtung weniger fruchtbar wird, als man zunächst erwartet hatte. Diese Art vermeintlichen Misserfolgs müsste zudem entkoppelt werden von negativen Konsequenzen.

Gert Scobel: Wenn Sie mit Innovationsforschern reden, dann sagen die: Eines der Riesenprobleme in Deutschland ist, dass wir eine fehlerorientierte Kultur haben, die kein Scheitern erlaubt, im Gegenteil, wir bestrafen Scheitern. Wir haben einen Pluralismus verschiedener Methoden, verschiedener Forschungsinhalte. Wir versuchen jedoch, eine einzige Methode zu finden, um diese verschiedenen Forschungsinhalte und -methoden zu evaluieren und irgendwie über einen gemeinsamen Leisten zu schlagen. Natürlich ist es einfach zu sagen, wir machen das irgendwie am Erfolg fest. Das sind dann neue Erkenntnisse, neue anwendbare Technologien, möglichst viele Zitationen in den einschlägigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Aber das nimmt ja das grundsätzliche Problem nicht weg. Wie gehen wir mit dieser Problematik um?

Hans Ulrich Gumbrecht: Meine beiden Vorschläge weisen eine gewisse Tendenz zur Dezentralisierung auf. Dezentralisierung in dem Sinn, dass nicht jede Förderungsentscheidung, die von einem relativ kleinen Gremium im Vertrauen auf Urteilskraft getroffen worden ist, dann noch mal auf höheren Ebenen durch interdisziplinär besetzte Gremien laufen muss, in denen dann eher ein Zwang zu sehr abstrakten Kriterien und am Ende sogar zur Messbarkeit dominiert. Ich glaube, dass dieser Zwang, fächerübergreifende und disziplinübergreifende, also sehr generelle Kriterien ins Spiel zu bringen, die Anwendung der Urteilskraft im Spezifischen schwer oder gar unmöglich macht.

Julia Fischer: Ich denke, mit der Exzellenzinitiative haben wir gerade ein Experiment laufen. Es wird sich zeigen, ob es tatsächlich vernünftige Entscheidungen waren, und ob dieser zusätzliche Schub, den es für einzelne Universitäten gibt, tatsächlich die Universität als Ganzes noch weiter nach oben bringt. Ansonsten würde ich immer noch sagen: Exzellenz, das sind einzelne exzellente Leute, die mit anderen exzellenten Leuten zu tun haben. Ich möchte aber noch auf einen sehr interessanten Nebeneffekt eingehen, den die Exzellenzinitiative gehabt hat. Ein bislang unsichtbarer, aber dennoch wichtiger und nachhaltiger Effekt der Exzellenzinitiative ist nämlich der, dass sich die Leute in der Vorbereitung auf die Begehung zusammen getan haben. Dass sie ein gemeinsames Interesse daran hatten, dass ihre Universität besser wird, und sich dafür abends zusammensetzten und diskutierten, über alle Gremien und deren Grenzen hinweg. Gerade den jüngeren Leuten an der Universität hat das die Möglichkeit gegeben, sich einzumischen, sich zu beteiligen und eine Gemeinschaft zu bilden, auch eine Identifikation mit der Universität, mit der Institution, zu entwickeln. Allein das war es, und da waren wir uns alle einig, schon wert. Ich glaube, damit hat man schon sehr viel für die deutsche Wissenschaft bewirkt. (Applaus)

Ulrich Herbert: Innovation, Paradigmenwechsel, Quantensprünge in der Forschung kann man nicht produzieren. Exzellente, innovative Forscher sind ja dadurch exzellent und innovativ, dass sie „gegen den Strom“ schwimmen. Das Problem dabei ist: Wir sind der Strom. Die Mitglieder der Fachkommissionen der DFG zum Beispiel, die über Forschungsanträge entscheiden, werden gewählt, sie repräsentieren per definitionem den Mainstream. Wie etabliert man also ein System, das diejenigen fördert und belohnt, die dieses System sprengen oder es überwinden?

Wir haben nun versucht, an den Universitäten eine Kultur zu entfalten, die Exzellenz, Innovativität, also „Schwimmen gegen den Strom“ belohnt. Das setzt voraus, dass wir Unangepasstheit, Eigenständigkeit und Risiko ermöglichen, ja befördern. Dazu bietet die Exzellenzinitiative nun Freiräume. Ich bin gespannt, ob sie genutzt werden. Schwierig ist dabei die Verbindung des Betriebes der Massenuniversität mit einem meritokratischen System derer, die aufgrund ihrer Leistungen bessere Bedingungen erhalten. Das trägt Sprengkraft in sich. Eine Kultur der Exzellenz an den Universitäten zu schaffen, bedeutet, die Ausweitung der Egalität zu verbinden mit einem schärferen System der Auslese. Das wird Ungleichheit produzieren und zu Verwerfungen führen. Derzeit aber mangelt es vielfach an der Überprüfung der Auslese, und zwar nicht nur beim Nachwuchs, sondern auch nach oben hin. (Applaus)

Julia Fischer: Zum Thema Auslese muss man der Gerechtigkeit halber sagen: Die 25 Prozent, die in Stanford oder Harvard keine Chance bekommen, die gehen dann natürlich an ein anderes College oder an eine andere Universität. Das ist hier natürlich ein bisschen anders. Deswegen muss man die Karriereperspektiven – auch unter familienfreundlichen Gesichtspunkten – unbedingt bedenken. Will man Leute lebenslang in einer totalen Unsicherheit halten, dann ist das nicht zuletzt maximal frauen- und kinderfeindlich. Da müssen wir uns schon fragen, wer soll überhaupt an Universitäten lehren und forschen, sollen das unter anderem auch Menschen sein, die weiblichen Geschlechts sind oder die, seien es Mütter oder Väter, Kinder haben. Klar ist, dass die Auswahl wesentlich früher stattfinden muss.

Gert Scobel: An dieser Stelle möchte ich den Damen und Herren auf dem Podium schon einmal recht herzlich danken und gleichzeitig die Zuhörenden quasi „mit ins Boot holen“. Ihre Fragen, Ergänzungen und Anmerkungen bitte.

Ulrike Beisiegel (Auditorium): Ich würde ganz gerne noch einmal den Aspekt der „Entschleunigung“ im System aufgreifen. Dieser Begriff bildet die Spange über allem, ob das jetzt interdisziplinäre Arbeit oder aber Forschen in Einsamkeit betrifft. Die Zeit, die wir brauchen, um in

der interdisziplinären Arbeit miteinander zu kommunizieren, die haben wir nicht. Das wird sehr gut deutlich bei der Begutachtung von Verbänden. Umgekehrt fehlt uns Zeit auch oft dann, wenn es darum geht, sie frei und unbelastet zum Denken zur Verfügung zu haben. Auch um Exzellenz zu erkennen, brauchen wir zunächst Zeit - für die Begutachtung, sei es von Zeitschriftenbeiträgen, Anträgen oder Einrichtungen. Und wenn wir uns alle einmal fragen, wie viel Zeit uns dafür ernsthaft zur Verfügung steht, und wir sind alle Gutachter oder Gutachterinnen, dann ist das ein Kernproblem in der Wissenschaft heute. Die fehlende Zeit führt dazu, dass zunehmend Qualität und Qualitätskontrolle auf der Strecke bleiben. Ich würde mir wünschen, dass alle Förderorganisationen, aber auch die Wissenschaftsorganisationen sich ganz schnell und massiv dieser zentralen Frage annähmen.

Karin Lochte: Ich möchte dem durchaus zustimmen. Wir werden zu sehr von dem Einen zum Anderen gehetzt. Um ein ganz konkretes Beispiel zu nennen: In der Exzellenzinitiative sind wir gezwungen, die Gelder, die jetzt eingeworben wurden, innerhalb gewisser Zeiten auszugeben. Ich glaube, es wäre für viele Einrichtungen besser, wenn wir da etwas größere Spielräume hätten. Da sind die Vorgaben meiner Ansicht nach zu eng, und das wird dazu führen, dass gewisse gute Ideen nicht so umgesetzt werden, wie man das eigentlich geplant hatte.

Detlef Müller-Böling (Auditorium): Ich würde gerne noch einen Aspekt einbringen zum Thema ‚Vertrauen‘, das zu Recht hier akzentuiert wurde. Wenn wir das einmal etwas umfassender betrachten, dann wird allen, die berufen worden sind, dieses Vertrauen bereits entgegengebracht. Zumindest in einer Grundfinanzierung, und das sind immerhin 38.000 Kolleginnen und Kollegen in Deutschland. Und es ist genauso offensichtlich, dass unter denen wahrscheinlich nicht alle in dem Sinne exzellent sind, wie es hier diskutiert wurde. Das hängt mit der Massifikation zusammen, Herr Herbert hat es gesagt, die sich ja nicht nur auf die Zahl der Studierenden bezog, sondern auch auf den Ausbau der Hochschulen und letztlich eine Differenzierung notwendig machte.

Ulrich Herbert: Für das Phänomen der Differenzierung lohnt sich der Blick in die USA. Das hoch differenzierte System dort ist ja nicht seit zwanzig, dreißig oder fünfzig Jahren das Gleiche, im Gegenteil: Es ist ja sehr dynamisch. Der Blick auf Stanford und die anderen zehn, fünfzehn, vielleicht zwanzig Top-Universitäten allein ist unvollständig. Jeder, der die USA kennt, weiß das. Es gibt ein sehr gutes oberes Mittelfeld der meisten staatlichen Universitäten, aber es gibt eben auch ein Unterfeld. Das bildet die Masse der Studierenden aus, hat



ein Niveau wie die deutsche gymnasiale Oberstufe, und alle sind zufrieden. Das scheint mir auf deutsche Verhältnisse nicht übertragbar.

Differenzierung ist eine schöne Sache für die Gewinner. Aber was machen wir mit den Anderen? Wir werden auch hier in Deutschland ein Mittelfeld der Universitäten entwickeln. Aber sind wir auch darauf vorbereitet, ein auch als solches öffentlich definiertes unteres Drittel zu bekommen? Wie gehen wir damit um, und wie gehen die so Stigmatisierten damit um?

Hier wird oben nach unten verdrängt. Wer Elite will, muss öffentlich – das ist das Neue - definieren, wer nicht Elite ist, wer Mittelmaß, wessen Leistungen unzureichend sind. Was tun mit einer Uni, deren Leistungen als schlecht und unzureichend bezeichnet worden sind? Das Zauberwort heißt „funktionale Differenzierung“, also unterschiedliche Aufgaben und Klientelzuweisungen für verschiedene Unis. Wir kommen aber aus einem System der postulierten Egalität der Abschlüsse. Jeder kennt natürlich die informellen Hierarchien, aber sie sind eben informell. Auch als Absolvent der Universität Kleinkleckersdorf kann man Lehrer werden oder Arzt oder Richter. Mit den neuen formalisierten Hierarchien erschaffen wir mit dem von oben in Gang gebrachten Differenzierungssystem ein Sekundärproblem, das wir bislang noch gar nicht auf dem Bildschirm haben. Ich bin nicht sicher, ob das nicht der Haupteffekt sein wird, dass wir all die Probleme, die wir an den Universitäten bisher so mühsam zu verwalten versuchen, gewissermaßen in den „schäbigen Rest“ abkippen und dass sich dann dort das wiederholt, was wir im Schulbereich von den Hauptschulen schon kennen.

Karin Lochte: Noch eine Anmerkung zu dem Schlagwort „Spitze gegen Breite“, was ja nicht zuletzt auch durch die Exzellenzinitiative ausgelöst wurde. Ich bin natürlich nicht dafür, das „vierte Drittel“ zu fördern. Aber was wir sicherstellen müssen, ist, dass es neben der Spitzenforschung auch gute Breitenausbildung und gute Breitenforschung gibt. Denn wir brauchen nicht nur Spitzenforschung, wir brauchen auch Leute, die die ganz normale Arbeit machen. Deshalb müssen wir die geltenden Qualitätskriterien natürlich auch für die Breitenforschung anwenden, um sicherzustellen, dass ein derartiges Abgleiten gewisser Universitäten vermieden wird.

Arend Oetker: Das System der Fachhochschulen ist die gute deutsche Antwort darauf, wo und wie man den „Mittelteil“ herbekommt. Das gilt übrigens auch für Berufsakademien und für ähnliche private Institutionsformen. Um Wertschöpfung in Deutschland auch im Jahr 2050 zu haben, genügt es nicht, dass wir das Land der exzellenten Forscher sind, aber gleichzeitig überall woanders in der Welt produ-

ziert wird, nur nicht bei uns. Das geht nicht. Mit diesen Fragen werden wir uns auseinandersetzen müssen, speziell natürlich auch mit dem Blick auf die Lehre an deutschen Hochschulen.

Peter Gaehtgens (Auditorium): Ich finde, dass ein fundamentales Problem darin liegt, dass wir diesen Begriff „Exzellenz“ oder den anderen der „Elite“ ständig im Munde führen. Denn das führt automatisch, mindestens in der Öffentlichkeit, dazu, dass die Frage gestellt wird, wer sind denn die Anderen? Per definitionem kann Elite und Exzellenz immer nur eine Minorität in einer großen Population sein. Niemand wird begeistert sein, wenn man sagt, Sie gehören aber nicht zur Elite und Sie nicht zur Exzellenz. Das ist aber auch ein vollkommen falscher Ansatz für das Gesamtkonzept. Ich würde daher sehr dafür plädieren, dass wir uns auch in den öffentlichen Diskussionen darum bemühen, die Frage von Exzellenz und Elite einerseits - die Vokabeln sind nun mal in der Welt - ein bisschen zu trennen von dem Begriff der Qualität.

Wir müssen uns daran erinnern, dass sich die Exzellenzinitiative im Wesentlichen - und das hat verfassungsrechtliche Gründe - nur auf die Forschung und die für sie geeigneten Strukturen in den wissenschaftlichen Einrichtungen bezieht und dass sie bewusst die Lehre völlig ausklammert. Es gibt Exzellenz sicher auch in ganz anderen Feldern als nur in der Forschung. Und es gibt Möglichkeiten für Hochschulen in diesen ganz anderen Feldern exzellent zu sein, ohne in dieser Initiative erfolgreich sein zu müssen. Und das denke ich, ist die Herausforderung an die deutschen Hochschulen im Moment. Sich darüber klar zu werden, können wir - manche sagen, es hänge nur von ihrem Budget ab - denn überhaupt erfolgreich an einem Wettbewerb mitwirken, in dem es um Exzellenz in der Forschung und nur darum geht? Oder müssen wir von vornherein schon sagen, wir sind dazu gar nicht in der Lage, Erfolg einzuspielen, wir sollten uns aber überlegen, ob wir nicht in anderen Gebieten genauso exzellent sein können. Ich glaube, die Politik ist aufgefordert, darüber nachzudenken, wie sie einen Wettbewerb in diesen anderen Gebieten, die genauso wichtig sind, auf den Weg bringen kann. Das ist die Herausforderung, wie ich glaube auch an den Wissenschaftsrat, sich darüber Gedanken zu machen. Es geht wirklich um die Frage, was ist Differenzierung in einem Wissenschafts- und Hochschulsystem. Differenzierung heißt doch nicht nur, zwischen gut und weniger gut zu unterscheiden. Sondern Verschiedenheit heißt auch, verschiedene Arten von Qualifikation zu erwerben und zu entwickeln und in jeweils diesen verschiedenen Feldern jeweils individuell dann exzellent sein zu wollen. Und ich glaube, da haben wir eine Herausforderung vor uns, die weit über die Frage hinausgeht, ob wir nun eigentlich wirklich

Exzellenz in der Forschung nach diesem oder jenem Kriterium suffizient beurteilen.

Gert Scobel: Ich bin Ihnen sehr dankbar für den Beitrag, weil Sie genau das gemacht haben, was Herr Gumbrecht ganz zu Anfang seiner ersten These eingefordert hat: im Prozess des Fragens zu bleiben und dadurch die Dinge in ihrer wahren Komplexität aufzuzeigen. Wenn Sie einverstanden sind, auf dem Podium hier, dann möchte ich Ihnen allen sehr herzlich danken für die Geduld, die Sie hatten, Ihnen fürs Mitdenken, Mitfragen danken und Ihnen eine schöne Veranstaltung wünschen. Herzlichen Dank! (Applaus)



## Mitglieder des Wissenschaftsrates seit 1957

### I. Von dem Herrn Bundespräsidenten berufene Mitglieder:

1. Auf gemeinsamen Vorschlag der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Hochschulrektorenkonferenz und der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren

Dr. rer. pol. Dr. oec. h.c. Dr. oec. h.c. Horst A l b a c h  
Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bonn  
Januar 1974 bis Januar 1977

Frau Jutta A l l m e n d i g e r, PhD  
Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität  
München  
Mitglied seit Februar 2006

Dr. rer. Nat. Helmut A l t n e r  
Professor für Biologie (Zoologie) an der Universität Regensburg  
Januar 1980 bis Januar 1986

Dr.-Ing. Volker A s c h h o f f  
Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Forschungs- und  
Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V.  
Professor für Elektrische Nachrichtentechnik an der Technischen  
Hochschule Aachen  
Januar 1967 bis Januar 1970

Dr. phil. Hansjochem A u t r u m  
Professor für Zoologie und Vergleichende Anatomie an der  
Universität München  
Januar 1964 bis Januar 1967

Dr.-Ing. habil. Wilhelm B a d e r  
Professor für Theorie der Elektrotechnik an der Technischen  
Hochschule Stuttgart  
Februar 1958 bis Januar 1963

Dr. med. Wolfgang B a r g m a n n  
Professor für Anatomie an der Universität Kiel  
Februar 1958 bis Januar 1964

Dr. theol. Hans Georg B e c k  
Professor für Byzantinistik und Neugriechische Philologie an der  
Universität München  
Januar 1968 bis Juli 1968

Dr. sc. nat. Margot B e c k e  
Direktorin des Gmelin-Instituts für Anorganische Chemie und  
Grenzgebiete in der Max-Planck-Gesellschaft, Frankfurt/M.  
Professorin für Anorganische und Analytische Chemie an der  
Universität Heidelberg  
Januar 1970 bis Juli 1972

Dr. rer. nat. Karl Heinz B e c k u r t s  
Wissenschaftlich-technischer Geschäftsführer der  
Kernforschungsanlage Jülich  
Honorarprofessor an der Universität Bonn und an der Universität  
Heidelberg  
Januar 1971 bis Januar 1975

Frau Dr. rer. physiol. Dr. h.c. Ulrike B e i s i e g e l  
Direktorin des Instituts für Biochemie und Molekularbiologie II:  
Molekulare Zellbiologie am Universitätsklinikum Hamburg-  
Eppendorf  
Professorin für Biochemie und Molekularbiologie an der  
Medizinischen Fakultät des Universitätsklinikums Hamburg-  
Eppendorf  
Mitglied seit Februar 2006

Dr. med. Dr. h.c. Klaus B e t k e  
Professor für Kinderheilkunde an der Universität München  
Januar 1969 bis Januar 1971

Dr. iur. Kurt B i e d e n k o p f, LL. M.  
Professor für Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und  
Arbeitsrecht an der Universität Bochum  
Januar 1970 bis Januar 1971

Dr. med. Jürgen B i e r i c h  
Professor für Kinderheilkunde an der Universität Tübingen  
Januar 1983 bis Januar 1986

Dr.-Ing. Horst Böhm  
Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft für Kernforschung  
Karlsruhe  
Honorarprofessor für Metallkunde und Metallphysik an der  
Universität Heidelberg  
Januar 1975 bis Januar 1978

Herr Dr. iur. Armin v o n B o g d a n d y  
Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches  
Recht und Völkerrecht in Heidelberg  
Professor an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg  
Mitglied seit Februar 2005

Herr Dr. rer. nat. Rüdiger B o r m a n n  
Professor für Werkstoffphysik und -technologie  
an der Technischen Universität Hamburg-Harburg  
Direktor am Institut für Werkstoffforschung  
des GKSS-Forschungszentrums Geesthacht  
Mitglied seit Februar 2004

Herr Dr.-Ing. Werner B o r n k e s s e l  
Professor für Präzisionstechnologien und Lasertechnik  
Mitglied des Vorstands der Stiftung für Technologie,  
Innovation und Forschung Thüringen, Erfurt  
Mitglied seit Februar 2003

Dr. phil. Horst B r a u n e r t  
Professor für Alte Geschichte an der Universität Kiel  
Januar 1970 bis Januar 1972

Dr. phil. Hellmut B r e d e r e c k  
Professor für Organische Chemie an der Technischen  
Hochschule Stuttgart  
Januar 1964 bis Januar 1967

Dr. rer. pol. Klaus B r o c k h o f f  
Professor für Betriebswirtschaftslehre  
Direktor des Instituts für Betriebswirtschaftliche  
Innovationsforschung der Christian-Albrechts-Universität Kiel  
Juni 1991 bis Januar 1994

Dr. phil. Erwin B ü n n i n g  
Professor für Botanik an der Universität Tübingen  
Februar 1958 bis Januar 1963

Dr. rer. nat. Thomas C h r i s t a l l e r  
Professor für Künstliche Intelligenz an der Universität Bielefeld  
Februar 1998 bis Januar 2004

Dr. iur. Dr. iur. h.c. Dr. iur. h.c. Helmut C o i n g  
Professor für Römisches Recht, Bürgerliches Recht und  
Rechtsphilosophie an der Universität Frankfurt  
Februar 1958 bis Januar 1963  
Vorsitzender Februar 1958 bis Januar 1961

Dr. phil. Karin D o n h a u s e r  
Professorin für Historische Deutsche Sprachwissenschaft an der  
Humboldt-Universität zu Berlin  
Februar 2000 bis Januar 2006

Dr.-Ing. Dr. h.c. Heinz D r a h e i m  
Professor für Geodäsie an der Universität Karlsruhe  
Januar 1971 bis Januar 1977

Dr. rer. nat. Helmut E h r h a r d t  
Professor für Physik an der Universität Kaiserslautern  
Januar 1984 bis Januar 1987

Dr. rer. nat. Drs. h.c. Manfred E i g e n  
Direktor des Max-Planck-Instituts für Physikalische Chemie,  
Göttingen  
Honorarprofessor für Biophysikalische Chemie an der  
Technischen Universität Braunschweig  
Andrew D. White Professor at Large Cornell University  
Januar 1967 bis Januar 1970

Dr. med. Karl Max E i n h ä u p l  
Professor für Neurologie an der Humboldt-Universität zu Berlin  
Februar 1998 bis Januar 2006  
Vorsitzender von Februar 2001 bis Januar 2006

Dr. rer. nat. Hans-Jürgen E n g e l l  
Hauptgeschäftsführer, Direktor und Wissenschaftliches Mitglied  
des Max-Planck-Instituts für Eisenforschung GmbH, Düsseldorf  
Honorarprofessor für Physikalische Chemie an der Universität  
Düsseldorf  
Honorarprofessor für Metallurgie an der Technischen Universität  
Clausthal  
Januar 1979 bis Januar 1985  
Vorsitzender von Januar 1982 bis Januar 1985

Dr. rer. nat. Gisela E n g e l n – M ü l l e s  
Professorin für Numerische Mathematik und Datenverarbeitung  
an der Fachhochschule Aachen  
Februar 1997 bis Januar 2003

Dr. rer. nat. Helmut E s c h r i g  
Professor für Theoretische Festkörperphysik an der Technischen  
Universität Dresden  
Februar 1994 bis Januar 2000



Dr.-Ing. Dipl.-Wirt. Ing. Walter Eversheim  
Professor für Produktionssystematik an der Technischen  
Hochschule Aachen  
Direktor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und  
Betriebslehre  
Januar 1990 bis Januar 1991

Dr. med. Gernot Feifel  
Professor für Chirurgie an der Chirurgischen Universitätsklinik  
der Universität des Saarlandes, Homburg/Saar  
Januar 1992 bis Januar 1998

Dr. phil. Erika Fischer-Lichte  
Professorin für Theaterwissenschaft an der Freien Universität  
Berlin  
Februar 1999 bis Januar 2005

Dr. rer. nat. Bärbel Friedrich  
Professorin für Mikrobiologie an der Humboldt-Universität Berlin  
Februar 1997 bis Januar 1998

Dr. iur. Jochen Abraham Frowein  
Professor für Öffentliches Recht, Völker- und Staatsrecht an der  
Universität Bielefeld  
Juli 1972 bis Juli 1975

Dr. phil. Wolfgang Frühwald  
Professor für Neuere deutsche Literaturgeschichte an der  
Universität München  
Januar 1982 bis Januar 1988

Dr. phil. Dipl.-Phys. Peter Fuld  
Direktor am Max-Planck-Institut für Festkörperforschung,  
Stuttgart  
Honorarprofessor für Physik an der Technischen Hochschule  
Darmstadt  
Januar 1981 bis Januar 1984

Dr. rer. nat. Dipl.-Phys. Helmut Gabriel  
Professor für Theoretische Physik an der Freien Universität  
Berlin  
Januar 1988 bis Januar 1994

Dr. med. Detlev Ganten  
Professor für klinische Pharmakologie an der Freien Universität  
Berlin  
Stiftungsvorstand des Max-Delbrück-Centrums für Molekulare  
Medizin (MDC)  
Februar 1994 bis Januar 1998

Herr Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. mult. Dr. h.c. Manfred Geiger  
Professor für Fertigungstechnologie an der Universität Erlangen-  
Nürnberg  
Mitglied seit Februar 2003

Dr. rer. nat. Heinz Gerschler  
Direktor des Fritz-Haber-Instituts der Max-Planck-Gesellschaft,  
Berlin  
Honorarprofessor für Physikalische Chemie an der Freien  
Universität Berlin und an der Technischen Universität Berlin  
Juli 1972 bis Juli 1975

Dr. rer. nat. Dr. rer. nat. h.c. Dr. med. h.c. Walter Gerlach  
Professor für Experimentalphysik an der Universität München  
Februar 1958 bis Januar 1963

Dr.-Ing. habil. Thomas Geßner  
Professor für Mikrotechnologie an der Technischen Universität  
Chemnitz-Zwickau  
Februar 1998 bis Januar 2004

Dr. med. Harald Gobeil  
Professor für innere Medizin  
Direktor an der Medizinischen Klinik und Poliklinik der  
Universität-Gesamthochschule Essen  
Februar 1995 bis Januar 1998

Dipl.-Ing. Günter Graubner  
Professor für Elektrische Messtechnik an der Fachhochschule  
Hannover  
Januar 1983 bis Januar 1989

Dr.-Ing. Ulrich Grigull  
Professor für Technische Thermodynamik an der Technischen  
Hochschule München  
Januar 1970 bis Januar 1973

Dr. rer. nat. Karl Peter Grote Meyer  
Professor für Mathematik an der Universität Bielefeld  
Januar 1968 bis Januar 1971

Dr. rer. pol. Herbert Gülicher  
Professor für Statistik und Ökonometrie an der Universität  
Münster  
Januar 1976 bis Januar 1979

Dr.-Ing. Friedrich-Wilhelm G u n d l a c h  
Professor für Hochfrequenztechnik an der Technischen  
Universität Berlin  
Leiter der Abteilung Hochfrequenztechnik des Heinrich-Hertz-  
Instituts für Schwingungsforschung  
Januar 1964 bis Januar 1967

Dr. phil. Rudolf H a a s  
Professor für Englische Philologie an der Universität Hamburg  
Januar 1966 bis Dezember 1968

Dr. med. Dr. phil. Heinz H ä f n e r  
Professor für Psychiatrie an der Universität Heidelberg  
Direktor des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit,  
Mannheim  
Januar 1977 bis Januar 1983

Dr. iur. Kay H a i l b r o n n e r  
Professor für öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht an  
der Universität Konstanz  
Februar 1999 bis Januar 2005

Olaf H a r d e r  
Professor für Bauingenieurwesen  
Rektor der Fachhochschule Konstanz  
Juni 1991 bis Januar 1997

Dr. phil. Helene H a r t h  
Professorin für Romanische Philologie, Literaturwissenschaft an  
der Universität Potsdam  
Februar 1997 bis Januar 2003

Dr. phil. Peter H a r t m a n n  
Professor für Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft  
an der Universität Konstanz  
Januar 1969 bis Januar 1975

Dr. rer. nat. Bernhard H a s s e n s t e i n  
Professor für Biologie an der Universität Freiburg  
Januar 1967 bis Januar 1971

Dr. phil. Dr. phil. h.c. Heinz H e c k h a u s e n  
Professor für Psychologie an der Universität Bochum  
Januar 1981 bis Januar 1987  
Vorsitzender von Januar 1985 bis Januar 1987

Dr. phil. Otto H e c k m a n n  
Professor für Astronomie an der Universität Hamburg  
Januar 1961 bis Januar 1965

Dr. phil. Theodor H e i d h u e s  
Professor für Agrarökonomie an der Universität Göttingen  
Januar 1970 bis Januar 1976  
Vorsitzender von Januar 1972 bis Januar 1976

Dr. iur. Andreas H e l d r i c h  
Professor für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht,  
Rechtsvergleichung und Europarecht an der Universität  
München  
Januar 1976 bis Januar 1982  
Vorsitzender von Januar 1979 bis Januar 1982

Dr. rer. nat. Gotthilf H e m p e l  
Direktor des Zentrums für Marine Tropenökologie  
Professor für Meereskunde, insbesondere Fischereibiologie,  
an den Universitäten Kiel und Bremen  
Januar 1990 bis Januar 1996

Dr. iur. Wolfram H e n c k e l  
Professor für Zivilrecht, Handels- und Prozessrecht an der  
Universität Göttingen  
Januar 1969 bis Dezember 1971

Dr.-Ing. Walter H e n n  
Professor für Baukonstruktion und Industriebau an der  
Technischen Universität Braunschweig  
Januar 1969 bis Januar 1975

Dr. Ulrich H e r b e r t  
Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg  
Februar 2001 bis Januar 2007

Dr. phil. Dr.-Ing. E.h. Gerhard H e s s  
Vorsitzender des Gründungsausschusses für die Universität  
Konstanz  
Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1955 bis  
1964  
Februar 1958 bis Januar 1965

Dr. rer. pol. Helmut H e s s e  
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Göttingen  
Vorstand des Ibero-Amerika-Instituts für Wirtschaftsforschung  
Januar 1984 bis März 1985

Dr. iur. Karl M. H e t t l a g e  
Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München  
Professor für Öffentliches Recht an der Universität Mainz  
Honorarprofessor für Wirtschaftswissenschaften an der  
Universität Bonn  
Staatssekretär a.D. im Bundesministerium der Finanzen  
Januar 1966 bis Dezember 1971

Herr Dr. phil. Wilfried H i n s c h  
Professor für Praktische Philosophie am Philosophischen Institut  
der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen  
Mitglied seit Februar 2006

Dr. rer. nat. Bert H ö l l d o b l e r  
Professor für Zoologie an der Universität Würzburg  
Februar 1996 bis Januar 1999

Dr. rer. nat. Karl-Heinz H o f f m a n n  
Professor für Angewandte Mathematik an der Technischen  
Universität München  
Januar 1990 bis Januar 1996  
Vorsitzender von Januar 1994 bis Januar 1996

Dr. rer. nat. Günter H o t z  
Professor für Numerische Mathematik und Informatik an der  
Universität des Saarlandes  
Januar 1987 bis Januar 1990

Dr. rer. nat. Reinhard H ü t t l  
Professor für Bodenschutz und Rekultivierung an der  
Technischen Universität Cottbus  
Februar 2000 bis Januar 2006

Herr Dr. med. Wieland B. H u t t n e r  
Geschäftsführender Direktor am Max-Planck-Institut für  
Molekulare Zellbiologie und Genetik, Dresden  
Honorarprofessor für Neurobiologie an der  
Technischen Universität Dresden  
Mitglied seit Februar 2004

Dr. phil. Lothar J a e n i c k e  
Professor für Biochemie an der Universität Köln  
Januar 1985 bis Januar 1988

Dr. rer. pol. Horst J e c h t  
Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der  
Universität München  
Januar 1961 bis Januar 1965

Dr. rer. nat. Brigitte J o c k u s c h  
Professorin für Zoologie an der Technischen Universität  
Braunschweig  
Februar 1998 bis Januar 2004

Dr. med. Gerhard J o p p i c h  
Professor für Kinderheilkunde an der Universität Göttingen  
Januar 1966 bis Dezember 1968

Dr. rer. pol. Max K a a s e  
Professor für Politische Wissenschaft und International  
Vergleichende Sozialforschung an der Universität Mannheim  
Januar 1987 bis Januar 1993

Dr. med. Carl K a u f m a n n  
Professor für Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universität  
Köln  
Januar 1961 bis Januar 1965

Dr. rer. nat. Michael K a u f m a n n  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für  
Plasmaphysik, München  
Januar 1971 bis Januar 1974

Dr. med. Horst Franz K e r n  
Professor für Zellbiologie und Zellpathologie an der Universität  
Marburg  
Januar 1986 bis Januar 1992

Dr.-Ing. Martin K e r s t e n  
Präsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt,  
Braunschweig  
Honorarprofessor an der Technischen Hochschule  
Braunschweig  
Januar 1963 bis Januar 1966

Dr. iur. Wilhelm K e w e n i g, LL.M. (Harvard)  
Professor für Öffentliches Recht an der Universität Kiel  
Juli 1975 bis Juni 1979  
Vorsitzender von Januar 1976 bis Januar 1979

Dr. phil. Peter Graf K i e l m a n s e g g  
Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Köln  
Januar 1980 bis Januar 1985

Dr. theol. Theodor K l a u s e r  
Professor für Alte Kirchengeschichte, Christliche Archäologie  
und Liturgiegeschichte an der Universität Bonn  
Direktor des Franz Joseph Dölger-Instituts zur Erforschung der  
Spätantike an der Universität Bonn  
Februar 1958 bis Januar 1963

Dr. h.c. Clemens K l o c k n e r  
Professor für Gesellschaftswissenschaften an der  
Fachhochschule Wiesbaden  
Februar 2001 bis Januar 2007

Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Kurt K l ö p p e l  
Professor für Statik, Stahlbrückenbau und Stahlhochbau an der  
Technischen Hochschule Darmstadt  
Februar 1958 bis Januar 1964

Dr. rer. nat. Wolfgang K l o s e  
Mitglied des Vorstandes der Kernforschungszentrum Karlsruhe  
GmbH  
Honorarprofessor an der Fakultät für Physik der Universität  
Karlsruhe  
Januar 1978 bis Januar 1984

Dr. phil. Georg K n e t s c h  
Professor für Geologie an der Universität Würzburg  
Januar 1963 bis Januar 1966

Dr. med. Kurt K o c h s i e k  
Professor für Innere Medizin an der Universität Würzburg  
Januar 1983 bis Januar 1989  
Vorsitzender von Januar 1987 bis Januar 1989

Dr. phil. Jürgen K o c k a  
Professor für Geschichte der Industriellen Welt an der Freien  
Universität Berlin  
Januar 1990 bis Januar 1993

Dr. phil. Bernhard K ö n i g  
Professor für Romanische Philologie an der Universität zu Köln  
Februar 1994 bis Januar 2000

Dr. rer. pol. Dipl.-Volkswirt Heinz K ö n i g  
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim  
März 1985 bis Januar 1991

Dr. iur. Hein K ö t z  
Professor für Bürgerliches Recht, Rechtsvergleichung und  
Internationales Privatrecht an der Universität Hamburg  
Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und  
internationales Privatrecht, Hamburg  
Januar 1982 bis Januar 1985

Dr. phil. Dipl.-Psych. Hans-Joachim K o r n a d t  
Professor für Erziehungswissenschaft und Pädagogische  
Psychologie an der Universität des Saarlandes  
Januar 1975 bis Januar 1981

Dr. phil. Sybille K r ä m e r  
Professorin für Philosophie an der Freien Universität Berlin  
Februar 2000 bis Januar 2006

Dr. phil. Lothar K r e i s e r  
Professor für Logik an der Universität Leipzig  
Juni 1991 bis Januar 1997

Dr. phil. Lenelis K r u s e – G r a u m a n n  
Professorin für Ökologische Psychologie an der Fernuniversität  
Hagen, Honorarprofessorin an der Universität Heidelberg  
Januar 1991 bis Januar 1997

Dr. phil. Dr. phil. h.c. Dr. rer. nat. h.c. Prof. med. h.c. Richard  
K u h n  
Professor für Biochemie an der Universität Heidelberg  
Direktor des Instituts für Chemie im Max-Planck-Institut für  
medizinische Forschung in Heidelberg  
Februar 1958 bis Januar 1964

Dr. phil. Dieter L a n g e w i e s c h e  
Professor für Neuere und Mittlere Geschichte an der Universität  
Tübingen  
Januar 1993 bis Juli 1994

Dr. iur. Peter L e r c h e  
Professor für Öffentliches Recht an der Universität München  
Januar 1981 bis Januar 1984

Dr.-Ing. Hans L e u s s i n k  
Professor für Bodenmechanik und Felsmechanik an der  
Technischen Universität Karlsruhe  
Januar 1963 bis Oktober 1969  
Vorsitzender von Januar 1965 bis Oktober 1969



Herr Dr. rer. nat. Peter L i c h t e r  
Leiter der Abteilung Molekulare Genetik des Deutschen  
Krebsforschungszentrums Heidelberg  
Professor für Molekulare Humangenetik an der Ruprecht-  
Karls-Universität Heidelberg  
Mitglied seit Februar 2005

Dr. rer. pol. Elisabeth L i e f m a n n – K e i l  
Professor für Nationalökonomie an der Universität des  
Saarlandes  
Januar 1965 bis Dezember 1967

Dr. rer. nat. Martin L i n d a u e r  
Professor für Zoologie und Vergleichende Physiologie an der  
Universität Würzburg  
Januar 1977 bis Januar 1980

Frau Dr. rer. nat. Karin L o c h t e  
Professorin für Biologische Ozeanographie  
Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und  
Meeresforschung, Bremerhaven  
Mitglied seit Februar 2004

Herr Dr. rer. nat. Hilbert v o n L ö h n e y s e n  
Professor für Experimentalphysik  
an der Universität Karlsruhe (TH)  
Leiter des Instituts für Festkörperphysik,  
Forschungszentrum Karlsruhe  
Mitglied seit Februar 2006

Dr. med. Jürgen v a n d e L o o  
Professor für Innere Medizin an der Universität Münster  
Direktor der Medizinischen Klinik und Poliklinik  
Januar 1989 bis Januar 1995

Dr. rer. nat. Reimar L ü s t  
Direktor des Instituts für Extraterrestrische Physik am Max-  
Planck-Institut für Physik und Astrophysik, München  
Honorarprofessor für Theoretische Physik an der Technischen  
Universität München  
Januar 1965 bis Januar 1972  
Vorsitzender von November 1969 bis Januar 1972

Dr. rer. nat. Dr.-Ing. Eckard M a c h e r a u c h  
Professor für Werkstoffkunde an der Universität Karlsruhe  
Januar 1985 bis Januar 1990

Dr.-Ing. Oskar M a h r e n h o l t z  
Professor für Mechanik an der Technischen Universität  
Hannover  
Januar 1973 bis Januar 1979

Dr. phil. Drs. h.c. Heinz M a i e r – L e i b n i t z  
Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft  
Professor für Technische Physik an der Technischen Universität  
München  
Februar 1972 bis Januar 1974

Herr. Dr. phil. Dr. h.c. Christian M a i r  
Professor für Anglistik (Sprachwissenschaft) an  
der Universität Freiburg  
Mitglied seit Februar 2006

Dr. rer. nat. Werner M a r t i e n s s e n  
Professor für Experimentalphysik an der Universität Frankfurt  
Januar 1974 bis Januar 1977

Dr. phil. Hans Joachim M a r t i n i  
Präsident der Bundesanstalt für Bodenforschung und des  
Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, Hannover  
Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Clausthal  
Januar 1966 bis Dezember 1968

Dr. med. Paul M a r t i n i  
Professor für Innere Medizin an der Universität Bonn  
Februar 1958 bis Januar 1961

Dr. rer. soc. Karl Ulrich M a y e r  
Honorarprofessor für Soziologie an der Freien Universität Berlin  
Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung  
Januar 1993 bis Januar 1999

Dr.-Ing. Franz M a y i n g e r  
Professor für Thermodynamik, Wärmeübertragung und Gas-  
Flüssigkeitsströmung an der Technischen Universität München  
Januar 1991 bis Januar 1997

Dr.-Ing. habil. Peter M a y r  
Professor für Werkstoffwissenschaft an der Universität Bremen  
Geschäftsführender Direktor der Stiftung Institut für  
Werkstofftechnik  
Februar 1997 bis Januar 2003

Dr. rer. nat. Ulrich M e r k t  
Professor für Experimentalphysik an der Universität Hamburg  
Februar 2000 bis Januar 2006

Dr. med. Volker t e r M e u l e n  
Professor für Klinische Virologie und Immunbiologie an der  
Universität Würzburg  
Januar 1992 bis Januar 1998

Dr. iur. Hans M e y e r  
Professor für Öffentliches Recht an der Universität Frankfurt  
Januar 1970 bis Januar 1976

Herr Dr. rer. nat. Dr. h.c. Hartmut M i c h e l  
Direktor am Max-Planck-Institut für Biophysik, Frankfurt am Main  
Außerplanmäßiger Professor für Biochemie an der Johann  
Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Mitglied seit Februar 2004

Dr. rer. pol. Erhard M i e l e n h a u s e n  
Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Marketing  
an der Fachhochschule Osnabrück  
Februar 1995 bis Januar 2001

Dr. phil. Jürgen M i t t e l s t r a ß  
Professor für Philosophie an der Universität Konstanz  
Januar 1985 bis Januar 1991

Dr. iur. Hermann M o s l e r  
Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Völkerrecht und  
ausländisches öffentliches Recht an der Universität Heidelberg  
Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches  
Recht und Völkerrecht, Heidelberg  
Januar 1963 bis Januar 1966

Dr. rer. nat. Amelie M u m m e n d e y  
Professorin für Psychologie an der Universität Jena  
Februar 1997 bis Januar 2003

Dr. rer. pol. Wolf-Dieter N a r r  
Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität  
Berlin  
Januar 1972 bis September 1974

Dr. rer. nat. Jürgen N e h m e r  
Professor für Praktische Informatik an der Universität  
Kaiserslautern  
Februar 1996 bis Januar 1998

Dr. rer. pol. Friedhelm N e i d h a r d t  
Professor für Soziologie an der Universität Köln  
September 1980 bis Januar 1987

Dr. phil. Herbert N e s s e l h a u f  
Professor für Alte Geschichte an der Universität Konstanz  
Januar 1964 bis Januar 1970

Dr. rer. pol. Dr. rer. pol. h.c. Dr. iur. et rer. pol. h.c.  
Fritz N e u m a r k  
Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der  
Universität Frankfurt  
Februar 1958 bis Januar 1961

Dr. rer. nat. Gerhard N e u w e i l e r  
Professor für Zoologie und Vergleichende Anatomie an der  
Universität München  
Januar 1988 bis Januar 1994  
Vorsitzender von Januar 1993 bis Januar 1994

Herr Dr. rer. nat. Klaus N i e d e r d r e n k  
Professor für Ingenieurmathematik und Angewandte Informatik  
Rektor der Fachhochschule Münster  
Mitglied seit Februar 2007

Dr. med. Dietrich N i e t h a m m e r  
Professor für Kinderheilkunde  
Direktor der Universitätsklinik für Kinderheilkunde und  
Jugendmedizin Tübingen  
Februar 1998 bis Januar 2004

Dr. rer. pol. Peter O b e r e n d e r  
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth  
Februar 1999 bis Januar 2005

Dr. phil. Dr. phil. h.c. mult. Els O k s a a r  
Professorin für Allgemeine und Vergleichende  
Sprachwissenschaft an der Universität Hamburg  
Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Allgemeine  
Sprachwissenschaft und Indogermanistik  
Januar 1988 bis Januar 1994

Dr. med. Dr. med. vet. h.c. Andreas O k s c h e  
Professor für Anatomie an der Universität Gießen  
Januar 1980 bis Januar 1983

Frau Dr. rer. pol. Dr. h.c. Margit O s t e r l o h  
Professor für Betriebswirtschaftslehre am Institut  
für Organisation und Unternehmenstheorien der  
Universität Zürich  
Mitglied seit Februar 2005

Dr. rer. nat. habil. Benno P a r t h i e r  
Professor für Biochemie der Pflanzen an der Universität Halle  
Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher –  
Leopoldina  
Direktor des Instituts für Pflanzenbiochemie  
Juni 1991 bis Januar 1997

Dr. med. Jürgen P e i f f e r  
Professor für Neuropathologie an der Universität Tübingen  
Januar 1972 bis Januar 1977

Dr.-Ing. Walter P f l a u m  
Professor für Verbrennungskraftmaschinen an der Technischen  
Universität Berlin  
Februar 1958 bis Januar 1964

Dr. phil. Klaus P i n k a u  
Geschäftsführender Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik  
und Astrophysik und des Instituts für Extraterrestrische Physik,  
München  
Außerplanmäßiger Professor für Experimentalphysik an der  
Technischen Universität München  
Juli 1975 bis Januar 1981

Dr. rer. pol. Rüdiger P o h l  
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Halle  
Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle  
Februar 1999 bis Januar 2002

Dr. rer. pol. Helga P o l l a k  
Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität  
Göttingen  
Februar 1994 bis Januar 1999

Dr. rer. nat. Alfred P ü h l e r  
Professor für Biologie an der Universität Bielefeld  
Februar 1999 bis Januar 2005

Dr. iur. Ludwig R a i s e r  
Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht  
an der Universität Tübingen  
Februar 1958 bis Januar 1965  
Vorsitzender von Januar 1961 bis Januar 1965

Herr Dr. phil. Lutz R a p h a e l  
Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der  
Universität Trier  
Mitglied seit Februar 2007

Dr. phil. Joachim R i t t e r  
Professor für Philosophie an der Universität Münster  
Januar 1965 bis Januar 1967

Dr. sc. nat. Gerd R ö p k e  
Professor für Theoretische Physik an der Universität Rostock  
Juni 1991 bis Januar 1994

Dr. phil. Eike v o n S a v i g n y  
Professor für Philosophie an der Universität Bielefeld  
Januar 1975 bis Januar 1980

Dr. med. Karl-Heinz S c h ä f e r  
Professor für Kinderheilkunde an der Universität Hamburg  
Januar 1965 bis Januar 1966

Dr. rer. nat. Dr. sc. pol. Harald S c h e r f  
Professor für Volkswirtschaftslehre, Statistik und Ökonometrie  
an der Universität Hamburg  
Januar 1991 bis Januar 1997

Dr. phil. Rudolf S c h i e f f e r  
Professor für Mittelalterliche und Neuere Geschichte an der  
Universität Bonn  
Direktor am Historischen Seminar  
Januar 1984 bis Januar 1990

Dr. rer. pol. Karl S c h i l l e r  
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg  
Februar 1958 bis Januar 1961

Herr Dr. rer. nat. Bernhard S c h i n k  
Professor für Mikrobielle Ökologie und Limnologie  
am Fachbereich Biologie der Universität Konstanz  
Mitglied seit Februar 2006

Dr.-Ing. habil. Dagmar S c h i p a n s k i  
Professorin für Festkörperelektronik an der Technischen  
Hochschule Ilmenau  
Dekanin der Fakultät Elektrotechnik und Informationstechnik  
Januar 1992 bis Januar 1998  
Vorsitzende von Januar 1996 bis Januar 1998

Dr. rer. pol. Wolfgang S c h l u c h t e r  
Professor für Soziologie an den Universitäten Heidelberg und  
Erfurt  
Februar 2000 bis Januar 2006

Dr. iur. Eberhard S c h m i d t – A ß m a n n  
Professor für öffentliches Recht  
Direktor des Instituts für deutsches und europäisches  
Verwaltungsrecht der Juristischen Fakultät der Universität  
Heidelberg  
Januar 1993 bis Januar 1999

Frau Dr. rer. nat. Doris S c h m i t t - L a n d s i e d e l  
Professorin für Technische Elektronik  
an der Technischen Universität München  
Mitglied seit Februar 2004

D. theol. Dr. h.c. Wilhelm S c h n e e m e l c h e r  
Professor für Neues Testament und Alte Kirchengeschichte an  
der Universität Bonn  
Januar 1963 bis Dezember 1967

Dr. sc. agr. Georg S c h ö n m u t h  
Professor für Tierzucht und Haustiergenetik  
Direktor des Instituts für Tierzucht und Haustiergenetik der  
Humboldt-Universität zu Berlin  
Juni 1991 bis Januar 1994

Dr. rer. pol. Peter S c h u l t e  
Professor für Statistik, Empirische Marketing-Forschung und  
Wirtschaftsmathematik an der Fachhochschule Gelsenkirchen  
Januar 1989 bis Januar 1995

Dr. phil. Winfried S c h u l z e  
Professor für Neuere Geschichte an der Universität München  
Februar 1995 bis Januar 2001  
Vorsitzender von Februar 1998 bis Januar 2001

Dr. rer. nat. Max S c h w a b  
Professor für regionale Geologie  
Institut für Geologie der Universität Halle  
Juni 1991 bis Januar 1994

Dr. med. Peter S c r i b a  
Professor für Innere Medizin an der Medizinischen Universität  
Lübeck  
Direktor der Klinik für Innere Medizin  
Januar 1986 bis Januar 1992

Herr Dr. med. Werner S e e g e r  
Professor für Innere Medizin  
an der Justus-Liebig Universität Gießen  
Mitglied seit Februar 2003

Dr. rer. pol. Paul S e n f  
Professor für Nationalökonomie an der Universität des Saarlandes  
Januar 1968 bis Januar 1969

Dr. rer. pol. Jürgen S i e b k e  
Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere für Makroökonomik an der Universität-Gesamthochschule Essen  
Januar 1978 bis Januar 1984

Dr. iur. Dieter S i m o n  
Geschäftsführender Direktor des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt am Main  
Professor für Römisches Recht und Bürgerliches Recht an der Universität Frankfurt am Main  
Januar 1985 bis Januar 1993  
Vorsitzender von Januar 1989 bis Januar 1993

Dr. rer. nat. Hansjörg S i n n  
Professor für Angewandte Chemie an der Universität Hamburg  
Januar 1972 bis Mai 1976  
(als Persönlichkeit des Öffentl. Lebens s. dort)

Dr. rer. nat. Otto S p a n i o l  
Professor für Informatik an der RWTH Aachen  
Februar 1998 bis Januar 2004

Dr. phil. nat. Dr. iur. h.c. Julius S p e e r  
Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft  
Professor für Forstpolitik und Forstliche Betriebslehre an der Universität München  
Januar 1965 bis Januar 1971

Dr. rer. nat. Hans Wolfgang S p i e ß  
Professor für Physikalische Chemie, Mainz  
Direktor am Max-Planck-Institut für Polymerforschung, Mainz  
Februar 1999 bis Januar 2005

Dr. rer. nat. Tasso S p r i n g e r  
Direktor am Institut für Festkörperforschung der Kernforschungsanlage Jülich GmbH  
Professor für Experimentalphysik an der TH Aachen (beurlaubt)  
Honorarprofessor für Physik an der Universität Bonn  
Januar 1984 bis Januar 1990

Dr. rer. nat. Dr. med. Heinz A. S t a a b  
Professor für Organische Chemie an der Universität Heidelberg  
Januar 1976 bis Januar 1979



Dr. phil. Karl S t a c k m a n n  
Professor für Deutsche Philologie an der Universität Göttingen  
Januar 1977 bis Januar 1981

Herr Dr. phil. Peter S t r o h s c h n e i d e r  
Professor für Germanistische Mediävistik  
an der Ludwig-Maximilians-Universität München  
Mitglied seit Februar 2005  
Vorsitzender seit Februar 2006

Dr. rer. pol. Stefan T a n g e r m a n n  
Professor für Agrarökonomie an der Universität Göttingen  
Februar 1994 bis Januar 2000

Dr. rer. nat. Widmar T a n n e r  
Professor für Botanik an der Universität Regensburg  
Januar 1987 bis Januar 1990

Dr. phil. Dr. phil. et litt. h.c. D. litt. h.c.  
Gerd T e l l e n b a c h  
Professor für Geschichte an der Universität Freiburg  
Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Rom  
Februar 1958 bis Januar 1964

Dr. med. Rudolf T h a u e r  
Direktor des W. G. Kerckhoff-Herzforschungsinstituts der Max-  
Planck-Gesellschaft, Bad Nauheim  
Professor für Physiologie an der Universität Gießen  
Januar 1964 bis Januar 1970

Dr. med. Dr. rer. nat. Gerhard T h e w s  
Professor für Physiologie an der Universität Mainz  
Januar 1970 bis Januar 1973

Dr. rer. nat. Jörn T h i e d e  
Professor für Paläo-Ozeanologie an der Universität zu Kiel  
Direktor des GEOMAR Forschungszentrums für marine  
Geowissenschaften an der Universität zu Kiel  
Direktor des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und  
Meeresforschung, Bremerhaven  
Februar 1994 bis Januar 2000

Dr. rer. nat. Jürgen T i p p e  
Rektor der Technischen Fachhochschule Berlin  
Professor für Mathematik an der Freien Universität Berlin  
Januar 1977 bis Januar 1983

Dr.-Ing. Hans Kurt T ö n s h o f f  
Professor für Fertigungstechnik und Spanende  
Werkzeugmaschinen an der Universität Hannover  
Direktor des Instituts für Fertigungstechnik und Spanende  
Werkzeugmaschinen  
Januar 1980 bis Januar 1985

Dr. rer. nat. Jürgen T r o e  
Professor für Physikalische Chemie an der Universität Göttingen  
Direktor am Max-Planck-Institut für Biophysikalische Chemie  
Januar 1993 bis Januar 1999

Dr. phil. Rudolf V i e r h a u s  
Direktor am Max-Planck-Institut für Geschichte, Göttingen  
Honorarprofessor für Geschichte an der Universität Bochum und  
an der Universität Göttingen  
Januar 1972 bis Januar 1976

Herr Dr. rer. oec. Gert W a g n e r  
Professor für Volkswirtschaftslehre  
an der Technischen Universität Berlin  
Forschungsdirektor am Deutschen Institut für  
Wirtschaftsforschung Berlin  
Mitglied seit Februar 2002

Dr. rer. nat. Herbert W a l t h e r  
Direktor am Max-Planck-Institut für Quantenoptik  
Professor für Experimentalphysik an der Ludwig-Maximilians-  
Universität München  
Januar 1990 bis Januar 1993

Dr. phil. Peter W a p n e w s k i  
Professor für deutsche Philologie an der Universität Karlsruhe  
Januar 1977 bis Januar 1980

Dr. med. Eberhard W e c k e r  
Professor für Virologie an der Universität Würzburg  
Januar 1973 bis Januar 1975

Dr. rer. nat. Dietrich W e g e n e r  
Professor für Experimentelle Physik an der Universität Dortmund  
Februar 1994 bis Januar 2000

Herr Dr. math. Ingo W e g e n e r  
Professor für Informatik  
an der Universität Dortmund  
Mitglied seit Februar 2004

Dr. phil. nat. Karl-Heinrich W e i s e  
Professor für Mathematik an der Universität Kiel  
Januar 1964 bis Januar 1970

Dr. rer. nat. Alarich W e i s s  
Professor für Physikalische Chemie an der Technischen  
Hochschule Darmstadt  
Januar 1982 bis Januar 1988

Dr. med. Christoph W e i s s, PH. D. (Lond.)  
Professor für Physiologie an der Universität Kiel  
Januar 1975 bis Januar 1980

Dr. Robert K. Freiherr v o n W e i z s ä c k e r  
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim  
Februar 1997 bis Januar 1999

Dr. rer. nat. Wolfgang W i l d  
Professor für Theoretische Physik an der Technischen  
Universität München  
Januar 1979 bis Januar 1982

Dr. med Klaus W i l m s  
Professor für Innere Medizin an der Universität Würzburg  
Februar 1998 bis Januar 2004

Dr. phil. Helmut W i t t e  
Professor für Physikalische Chemie an der Technischen  
Hochschule Darmstadt  
Januar 1971 bis Juli 1972

Dr. rer. nat. Dr. agr. h.c. Emil W o e r m a n n  
Professor für Landwirtschaftliche Betriebslehre an der  
Universität Göttingen  
Februar 1958 bis Januar 1964

Dr. rer. pol. Artur W o l l  
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität-  
Gesamthochschule Siegen  
Januar 1979 bis Januar 1982

Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Wolfgang Z e r n a  
Professor für Konstruktiven Ingenieurbau an der Universität  
Bochum  
Januar 1975 bis Januar 1978

Frau Dr. rer. nat. Annette Z i p p e l i u s  
Professorin für Theoretische Physik  
an der Georg-August-Universität Göttingen  
Mitglied seit Februar 2005

Herr Dr. med. Eberhart Z r e n n e r  
Professor für Augenheilkunde  
an der Eberhard Karls-Universität Tübingen  
Ärztlicher Direktor der Augenklinik, Abt. II  
Mitglied seit Februar 2003

2. Auf gemeinsamen Vorschlag der Bundesregierung und der  
Länderregierungen:

Dr. iur. Viktor A c h t e r  
Geschäftsführender Gesellschafter der Viktor Achter GmbH &  
Co. Präsident der Industrie- und Handelskammer zu  
Mönchengladbach  
Außerplanmäßiger Professor für Germanische Rechtsgeschichte  
an der Universität Köln  
Januar 1963 bis Januar 1969

Dr. rer. pol. Doris A n d r é  
Mitglied des Vorstands der BAT Zigarettenfabriken  
Januar 1987 bis Januar 1993

Dr. rer. pol. Dr. iur. h.c. Dr. med. h.c. Peter v a n A u b e l  
Wirtschaftsprüfer, Vorsitzender des Vorstandes der  
Wirtschaftsberatungs-AG Düsseldorf  
Februar 1958 bis Januar 1963

Herr Dr. Dr. Andreas B a r n e r  
Stellvertretender Sprecher der Unternehmensleitung und Leiter  
des Unternehmensbereichs Pharma-Forschung, Entwicklung und  
Medizin der Boehringer Ingelheim GmbH  
Mitglied seit Februar 2007

Dr. iur. Hans Dieter B e c k  
C.H.Beck'sche Verlagsbuchhandlung München  
Januar 1983 bis Januar 1986

Rüdiger Robert B e e r  
Beigeordneter im Deutschen Städtetag, Köln  
Februar 1958 bis Januar 1965

Dr. rer. nat. Dipl.-Chem. Ernst B i e k e r t  
Mitglied des Vorstands und des Präsidiums der Gesellschaft  
Deutscher Chemiker e.V., Frankfurt am Main  
Apl. Professor für Organische Chemie an der Universität  
Heidelberg  
Januar 1987 bis Januar 1993

Frau Dr. Catrin Bludszweit-Philipp  
Geschäftsführerin der ASD Advanced Simulation &  
Design GmbH  
Mitglied seit Februar 2002

Dr.-Ing. Hans-Hermann Braess  
Leiter Wissenschaft und Forschung der BMW AG  
Honorarprofessor an der Technischen Universität München, an  
der Technischen Universität Dresden und an der Hochschule für  
Technik und Wirtschaft Dresden  
Januar 1993 bis Januar 1996

Gerhard Brandes  
Senator a.D., Hamburg  
August 1970 bis Januar 1980

Dr. Friedrich Butler  
Professor, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und  
Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit  
Januar 1993 bis Oktober 1994

Dr. iur. Axel Freiherr von Campenhausen  
Staatssekretär a.D.  
Präsident der Klosterkammer, Hannover  
Honorarprofessor für Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Kirchenrecht  
an der Universität Göttingen  
Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD, Göttingen  
Januar 1986 bis Januar 1992

Dr. rer. nat. Hans Günter Danielmeyer  
Professor für Experimentelle Festkörperphysik  
Honorarprofessor der Technischen Universität München  
Mitglied des Vorstandes der Siemens AG  
September 1991 bis Januar 1994

Ludwig Graf zu Dohna  
KPMG Deutsche Treuhandgesellschaft AG  
Mai 1993 bis Januar 2002

Herr Dr.-Ing. Peter Draheim  
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Silicon Manufacturing  
Itzehoe GmbH  
Mitglied seit Februar 2002

Dr. rer. pol. h.c. Otto Friedrich  
Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Flick KG,  
Düsseldorf  
Februar 1963 bis Mai 1967

Dr. rer. nat. Dr.-Ing. E.h. Karl G a n z h o r n  
Geschäftsführer IBM Deutschland GmbH, Stuttgart  
Honorarprofessor an der Fakultät für Elektrotechnik der  
Universität Karlsruhe  
Januar 1978 bis Januar 1987

Dr.-Ing. Herbert G a s s e r t  
ASEA Brown Boveri AG  
Januar 1984 bis Januar 2002

Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Dr.-Ing. h.c. Heinz G o e s c h e l  
Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckertwerke AG, München  
Honorarprofessor an den Technischen Hochschulen  
Braunschweig und München  
Februar 1958 bis Januar 1967

Frau Dr. Andrea G r i m m  
Vice President, Global Technologies Services, Northeast Europe,  
IBM Global Services  
Mitglied seit Februar 2002

Frau Nina G r u n e n b e r g  
DIE ZEIT  
Mitglied seit Februar 2000

Dr.-Ing. Frank J u n k e r  
König & Bauer AG  
PLANETA-Bogenoffset  
Februar 2000 bis Januar 2006

Dr. Ralf Thomas K e r s t e n  
Professor für Hochfrequenztechnik  
Geschäftsführer der ZENIT - Zentrum für Innovation und Technik  
GmbH  
Februar 1994 bis Januar 2000

Dr.-Ing. Manfred L e n n i n g s  
Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte Aktienverein AG,  
Oberhausen  
Januar 1977 bis Januar 1983

Dr. phil. Heinz M a r k m a n n  
Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf  
Juni 1971 bis Januar 1993

Dr. phil. h.c. Hans L. M e r k l e  
Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH,  
Stuttgart  
Januar 1965 bis Januar 1977

Herr Wolfgang M e y e r  
Mitglied des Vorstands der Stiftung für Technologie, Innovation  
und Forschung Thüringen, Erfurt  
Mitglied seit Februar 2006

Dr. rer. pol. habil. Dr..h.c. Peter M e y e r – D o h m  
Professor für Wirtschaftslehre  
Honorarprofessor der Technischen Universität Braunschweig  
Leiter der Personalentwicklung der Volkswagen AG  
Januar 1992 bis Januar 1998

Dr. rer. pol. h.c. Ernst Wolf M o m m s e n  
Vorsitzender des Vorstandes der Thyssen Röhrenwerke AG,  
Düsseldorf  
Mai 1967 bis Mai 1970

Frau Corinna N i e n s t e d t  
Leiterin des Geschäftsbereich International  
Handelskammer Hamburg  
Mitglied seit Februar 2005

Dr. iur. Hans Werner O s t h o f f  
Vorsitzender der Geschäftsführung der Stahlwerke Röchling-  
Burbach GmbH, Völklingen/Saar  
Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht und Industriepolitik der  
Europäischen Gemeinschaften an der Universität des Saarlandes  
Mai 1970 bis Mai 1973

Dipl.-Ing. Werner P o l l m a n n  
Honorarprofessor an der Universität Stuttgart  
Mitglied des Direktoriums der DaimlerChrysler AG  
Februar 1996 bis Januar 2005

Dietrich R a n f t  
Generalsekretär der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der  
Wissenschaften e.V., München  
Januar 1975 bis Januar 1987

Dr. rer. nat. Gerhard R a s p é  
Mitglied des Vorstandes der Schering AG, Berlin  
Juni 1970 bis September 1974

Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Otto R e u l e a u x  
Vorsitzender des Vorstandes der Kali-Chemie AG Hannover  
Februar 1958 bis Januar 1963

Dr. phil. h.c. Hermann S c h m i d t  
Honorarprofessor an der Universität-Gesamthochschule Duisburg  
Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung a.D., Berlin  
Februar 1995 bis Januar 2001

Dr. phil. h.c. Friedrich S c h n e i d e r  
Ministerialdirektor a.D.  
Generalsekretär der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der  
Wissenschaften e.V., München  
Januar 1967 bis Januar 1975

Dr. theol. habil. Richard S c h r ö d e r  
Professor, Fachgebiet Philosophie  
Humboldt-Universität Berlin, Theologische Fakultät  
September 1991 bis September 1992

Frau Gisa S c h u l t z e – W o l t e r s  
Direktorin, Generalbevollmächtigte der IBM Deutschland a.D.  
Januar 1993 bis Januar 2002

Werner S c h u l z  
Mitglied des Vorstandes der Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt  
am Main  
Januar 1975 bis Januar 1978

Dr. rer. nat. Matthias S e e f e l d e r  
Vorsitzender des Vorstandes der Badischen Anilin- und Soda-  
Fabrik AG, Ludwigshafen  
Honorarprofessor für Organische Chemie an der Universität  
Heidelberg  
Januar 1980 bis Januar 1983

Dr. iur. Hans-Joachim S e e l e r  
Senator a.D., Hamburg  
Mitglied des Europäischen Parlaments  
Januar 1980 bis Januar 1986

Herr Nikolaus S i m o n  
Sprecher der Geschäftsleitung der Hans-Böckler-Stiftung  
Mitglied seit Februar 2007

Dr. rer. nat. Hansjörg S i n n  
Senator a.D.  
Professor für Technische Chemie und Chemische  
Reaktionstechnik an der Universität Hamburg  
Geschäftsführender Direktor des Instituts für Technische und  
Makromolekulare Chemie (ITMCh)  
Januar 1986 bis Januar 1992  
(Vorher Mitglied der WK 1972-1976 – s. dort)



Dr. rer. pol. Karl Heinz S o h n  
Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit  
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Sozialakademie  
Dortmund  
Mai 1969 bis Juni 1971

Diplom-Volkswirt Rolf S p a e t h e n  
Mai 1967 bis Mai 1970

Dr. med. Dr. h.c. Günter S t o c k  
Apl. Professor für Physiologie an der Freien Universität Berlin  
Mitglied des Vorstandes der Schering AG  
Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der  
Wissenschaften  
Januar 1992 bis Januar 2007

Olaf S u n d  
Staatssekretär a.D.  
Februar 1998 bis Januar 2000

Dr. phil. nat. Dr. rer. nat. h.c. Dr.-Ing. E. h. Bernhard T i m m  
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Badischen Anilin- und Soda-  
Fabrik AG, Ludwigshafen  
Honorarprofessor für Chemische Technologie an der Universität  
Heidelberg  
August 1973 bis Januar 1980

Dr. iur. Dr. rer. pol. h.c. Heinrich T r o e g e r  
Vizepräsident i.R. der Deutschen Bundesbank  
Januar 1965 bis August 1970

Dr. iur. Dr. rer. pol. h.c. Ernst Hellmut V i t s  
Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken  
AG, Wuppertal-Elberfeld  
Vorsitzender des Vorstandes des Stifterverbandes für die  
Deutsche Wissenschaft  
Februar 1958 bis Januar 1965

Jürgen W a l t e r  
Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der  
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie  
Februar 2001 bis Januar 2007

Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h.c. Dr.-Ing. E h. Dr. rer. pol. h.c.  
Carl W u r s t e r  
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Badischen Anilin- und Soda-  
Fabrik AG, Ludwigshafen  
Honorarprofessor an der Universität Heidelberg  
Februar 1958 bis Januar 1967

## II. Von den Regierungen des Bundes und der Länder entsandte Mitglieder

### 1. Bundesregierung

Dr. iur. Wolfgang C a r t e l l i e r i  
Staatssekretär im Bundesministerium für wissenschaftliche  
Forschung  
September 1959 bis November 1966

Dr. iur. Hans von H e p p e  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und  
Wissenschaft  
November 1966 bis Oktober 1970

Frau Dr. phil. Hildegard H a m m – B r ü c h e r  
Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und  
Wissenschaft  
Oktober 1970 bis Juni 1972

Hans-Hilger H a u n s c h i l d  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und  
Wissenschaft  
Juni 1972 bis Februar 1973

Professor Dr. rer. pol. Reimut J o c h i m s e n  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und  
Wissenschaft  
Februar 1973 bis Oktober 1978

Dr. phil. Hermann G r a n z o w  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und  
Wissenschaft  
Oktober 1978 bis Oktober 1982

Paul Harro P i a z o l o  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und  
Wissenschaft  
Oktober 1982 bis April 1987  
Ständiger Stellvertreter Baden-Württembergs Juli 1972 bis  
September 1982

Dr. iur. Eberhard B ö n i n g  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und  
Wissenschaft  
Mai 1987 bis März 1988  
Ständiger Stellvertreter Februar 1971 bis April 1987

Dr. phil. Fritz S c h a u m a n n  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft,  
Forschung und Technologie  
Mai 1988 bis Oktober 1998

Dr. h.c. Uwe T h o m a s  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung  
November 1999 bis Juni 2003

Wolf-Michael C a t e n h u s e n  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung  
Juli 2003 bis Dezember 2005

Michael T h i e l e n  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung  
Seit Januar 2006

Hans-Hilger H a u n s c h i l d  
Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und  
Technologie  
Februar 1973 bis April 1987

Dr. iur. Gebhard Z i l l e r  
Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und  
Technologie  
Mai 1987 bis Juni 1996

Helmut S t a h l  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft,  
Forschung und Technologie  
Juli 1996 bis Oktober 1998

Dr. rer. nat. Wolf-Dieter D u d e n h a u s e n  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung  
November 1998 bis Januar 2005

Professor Dr. Frieder M e y e r – K r a h m e r  
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung  
Seit Juni 2005

#### *Bundesministerium für Verkehr*

Dr. rer. pol. Ludwig S e i e r m a n n  
Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr  
Februar 1958 bis März 1967

Karl W i t t r o c k  
Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr  
April 1967 bis Februar 1973

*Bundesministerium der Finanzen*

Professor Alfred H a r t m a n n  
Staatssekretär des Bundesministeriums der Finanzen  
Februar 1958 bis Februar 1959

Professor Dr. iur. Karl H e t t l a g e  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen  
Honorarprofessor an der Universität Bonn  
Februar 1959 bis Februar 1963

Walter G r u n d  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen  
Februar 1963 bis Februar 1970

Dr. rer. pol. Hans Georg E m d e  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen  
Februar 1970 bis Februar 1973

Dr. rer. pol. Manfred S c h ü l e r  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen  
Februar 1973 bis Oktober 1974

Dr. iur. Joachim H i e h l e  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen  
Oktober 1974 bis April 1978  
Ständiger Stellvertreter von September 1971 bis Oktober 1974

Dr. iur. Günter O b e r t  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen  
April 1978 bis Februar 1989

Dr. iur. Peter K l e m m  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen  
Februar 1989 bis November 1993

Dr. sc. pol. Manfred O v e r h a u s  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen  
November 1993 bis Juli 2004

Gerd E h l e r s  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen  
Juni 2005 bis Dezember 2005

Werner G a t z e r  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen  
Seit Januar 2006

*Bundesministerium des Innern*

Dr. iur. Georg A n d e r s  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
Februar 1958 bis November 1962

Professor Dr. iur. Josef H ö l z l  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
November 1962 bis November 1965

Professor Dr. iur. Werner E r n s t  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
Dezember 1965 bis Juni 1968

Heinrich K ö p p l e r  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des  
Innern  
Juni 1968 bis Dezember 1969

Dr. iur. Hans S c h ä f e r  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
Dezember 1969 bis Februar 1970

Wolfram D o r n  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des  
Innern  
Februar 1970 bis November 1972

Dr. iur. Wolfgang R u t s c h k e  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
November 1972 bis Dezember 1974

Gerhart Rudolph B a u m  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des  
Innern  
Dezember 1974 bis Oktober 1978

Dr. iur. Siegfried F r ö h l i c h  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
Oktober 1978 bis Juli 1979

Dr. iur. Günter H a r t k o p f  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
Juli 1979 bis Juni 1983

Franz K r o p p e n s t e d t  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
Juni 1983 bis Mai 1995

Dr. Eckart W e r t h e b a c h  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
Juni 1995 bis Januar 1999

Frau Brigitte Z y p r i e s  
Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern  
Januar 1999 bis Oktober 2002

Dr. Göttrik W e w e r  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
Januar 2003 bis Januar 2006

Dr. Hans Bernhard B e u s  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
Januar 2006 bis November 2006

Johann H a h l e n  
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern  
Dezember 2006 bis Dezember 2007

*Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und  
Verbraucherschutz*

Dr. phil. Theodor S o n n e m a n n  
Staatssekretär des Bundesministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Februar 1958 bis Januar 1962

Diplom-Landwirt Rudolf H ü t t e b r ä u k e r  
Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
April 1962 bis Februar 1968

Dr. rer. pol. Fritz N e e f  
Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
März 1968 bis Dezember 1969

Dr. agr. Hans Dieter G r i e s a u  
Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Dezember 1969 bis Februar 1973

Hans-Jürgen R o h r  
Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Februar 1973 bis November 1984

Dr. rer. pol. Walther F l o r i a n  
Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
November 1984 bis Dezember 1987

Dr. sc. agr. Kurt E i s e n k r ä m e r  
Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Januar 1988 bis August 1991

Dr. Helmut S c h o l z  
Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Oktober 1991 bis Januar 1993

Dr. Franz-Josef F e i t e r  
Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Januar 1993 bis Januar 1999

Dr. Martin W i l l e  
Staatssekretär im Bundesministerium für Verbraucherschutz,  
Ernährung und Landwirtschaft  
Januar 1999 bis Januar 2003

Alexander M ü l l e r  
Staatssekretär im Bundesministerium für Verbraucherschutz,  
Ernährung und Landwirtschaft  
Januar 2003 bis Dezember 2005

Gert L i n d e m a n n  
Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Seit Januar 2006

*Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie*

Dr. iur. Ludger W e s t r i c k  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft  
Februar 1958 bis November 1963

Dr. rer. pol. Wolfram L a n g e r  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft  
November 1963 bis März 1966

Dr. rer. pol. Fritz N e e f  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft  
März 1966 bis März 1967

Dr. rer. pol. Johann Baptist S c h ö l l h o r n  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft  
März 1967 bis Juli 1968

Dr. iur. Klaus von D o h n a n y i  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft  
Juli 1968 bis November 1969

Dr. iur. Detlev Karsten R o h w e d d e r  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen  
November 1969 bis April 1973

Dr. rer. pol. Otto S c h l e c h t  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft  
April 1973 bis Mai 1991

Professor Dr. rer. oec. Johann E e k h o f f  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft  
Mai 1991 bis Dezember 1994

Dr. Johannes L u d e w i g  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft  
Juli 1995 bis Juni 1997

Klaus B ü n g e r  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft  
Juli 1997 bis Januar 1999

Siegmar M o s d o r f  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und  
Technologie  
Januar 1999 bis März 2002

Dr. Ditmar S t a f f e l t  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für  
Wirtschaft und Technologie  
März 2002 bis November 2005

Frau Dagmar W ö h r l  
Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für  
Wirtschaft und Technologie  
Seit Dezember 2006

## 2. Länderregierungen

### *Baden-Württemberg*

Dr. med. h. c. Wilhelm S i m p f e n d ö r f e r  
Kultusminister  
Februar 1958 bis November 1958

Professor Dr. phil. Gerhard S t o r z  
Kultusminister  
November 1958 bis Juli 1964



Professor D. theol. Dr. theol. h. c. Wilhelm H a h n  
Kultusminister  
Juli 1964 bis Mai 1978

Professor Dr. Helmut E n g l e r  
Minister für Wissenschaft und Kunst  
Mai 1978 bis Januar 1991

Klaus v o n T r o t h a  
Minister für Wissenschaft und Forschung  
Februar 1991 bis April 2001

Professor Dr. Peter F r a n k e n b e r g  
Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst  
Seit Mai 2001

### *Bayern*

Professor Dr. iur. Theodor M a u n z  
Staatsminister für Unterricht und Kultus  
Februar 1958 bis Oktober 1964

Erwin L a u e r b a c h  
Staatssekretär im Staatsministerium für Unterricht und Kultus  
Januar 1965 bis Dezember 1974

Frau Dr. iur. Mathilde B e r g h o f e r - W e i c h n e r  
Staatssekretärin im Staatsministerium für Unterricht und Kultus  
Januar 1975 bis November 1986

Professor Dr. rer. nat. Wolfgang W i l d  
Staatsminister für Wissenschaft und Kunst  
November 1986 bis Juli 1989

Dr. Thomas G o p p e l  
Staatssekretär im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst  
Juli 1989 bis November 1990

Dr. Otto W i e s h e u  
Staatssekretär im Staatsministerium für Unterricht, Kultus,  
Wissenschaft und Kunst  
November 1990 bis August 1993

Hans Z e h e t m a i r  
Staatsminister für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst  
August 1993 bis September 2003

Dr. Thomas G o p p e l  
Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst  
Seit Oktober 2003

*Berlin*

Professor Dr. phil. Joachim T i b u r t i u s  
Senator für Volksbildung  
Februar 1958 bis Mai 1963

Dr. iur. Adolf A r n d t  
Senator für Wissenschaft und Kunst  
Mai 1963 bis April 1964

Professor Dr. phil. nat. Werner S t e i n  
Senator für Wissenschaft und Kunst  
April 1964 bis Juni 1975

Gerd L ö f f l e r  
Senator für Wissenschaft und Kunst  
Juni 1975 bis Juli 1977

Dr. phil. Peter G l o t z  
Senator für Wissenschaft und Forschung  
Juli 1977 bis Januar 1981

Günter G a u s  
Senator für Wissenschaft und Forschung  
Februar 1981 bis Juni 1981

Professor Dr. iur. Wilhelm A. K e w e n i g,  
LL.M (Harvard)  
Senator für Wissenschaft und Kulturelle Angelegenheiten  
Juli 1981 bis Mai 1986

Professor Dr. iur. George T u r n e r  
Senator für Wissenschaft und Forschung  
Mai 1986 bis April 1989

Frau Professor Dr. phil. Barbara R i e d m ü l l e r – S e e l  
Senatorin für Wissenschaft und Forschung  
April 1989 bis November 1990

Professor Dr. iur. Manfred E r h a r d t  
Senator für Wissenschaft und Forschung  
Januar 1991 bis Februar 1996

Peter R a d u n s k i  
Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Februar 1996 bis Dezember 1999

Frau Christa T h o b e n  
Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Januar 2000 bis März 2000

Christoph S t ö l z l  
Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Mai 2000 bis Juni 2001

Frau Adrienne G o e h l e r  
Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Juni 2001 bis Januar 2002

Dr. Thomas F l i e r l  
Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Januar 2002 bis November 2006

Professor Dr. med. E. Jürgen Z ö l l n e r  
Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung  
Seit November 2006

### *Brandenburg*

Hinrich E n d e r l e i n  
Minister für Forschung und Kultur  
Januar 1991 bis September 1994

Steffen R e i c h e  
Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Oktober 1994 bis September 1999

Dr. rer. pol. Wolfgang H a c k e l  
Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Oktober 1999 bis Oktober 2000

Frau Professor Dr. Johanna W a n k a  
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Seit Oktober 2000

### *Bremen*

Willy D e h n k a m p  
Senator für das Bildungswesen  
Februar 1958 bis Juli 1965

Moritz T h a p e  
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst  
Juli 1965 bis November 1975  
Ständiger Stellvertreter November 1975 bis Dezember 1979

Horst Werner F r a n k e  
Senator für Wissenschaft und Kunst  
November 1975 bis Januar 1990

Dr. iur. Henning S c h e r f  
Senator für Bildung und Wissenschaft  
Januar 1990 bis Juli 1995

Frau Bringfriede K a h r s  
Senatorin für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport  
Juli 1995 bis Juli 1999

Willi L e m k e  
Senator für Bildung und Wissenschaft  
Juli 1999 bis Juni 2007

Frau Renate J ü r g e n s – P i e p e r  
Senatorin für Bildung und Wissenschaft  
Seit Juli 2007

### *Hamburg*

Professor Dr. iur. Herbert W e i c h m a n n  
Senator der Finanzbehörde  
Februar 1958 bis September 1965

Gerhard B r a n d e s  
Senator und Präses der Finanzbehörde  
September 1965 bis April 1970

Hans R a u  
Bürgermeister  
Präses der Finanzbehörde  
April 1970 bis Juni 1974

Dr. iur. Hans-Joachim S e e l e r  
Senator und Präses der Finanzbehörde  
Juni 1974 bis November 1978

Dr. rer. pol. Wilhelm N ö l l i n g  
Senator und Präses der Finanzbehörde  
November 1978 bis Mai 1982

Jürgen S t e i n e r t  
Senator und Präses der Finanzbehörde  
Juli 1982 bis März 1983

Jörg K ö n i g  
Senator und Präses der Finanzbehörde  
März 1983 bis Mai 1984

Horst G o b r e c h t  
Senator und Präses der Finanzbehörde  
Juli 1984 bis September 1987

Frau Elisabeth K i a u s c h  
Senatorin und Präses der Finanzbehörde  
September 1987 bis Juli 1988

Professor Dr. rer. pol. Hans-Jürgen K r u p p  
Senator und Präses der Finanzbehörde  
Juni 1988 bis September 1991

Wolfgang C u r i l l a  
Senator und Präses der Finanzbehörde  
September 1991 bis Februar 1994

Ortwin R u n d e  
Senator und Präses der Finanzbehörde  
Februar 1994 bis Januar 1998

Frau Dr. iur. Ingrid N ü m a n n – S e i d e w i n k e l  
Senatorin und Präses der Finanzbehörde  
Januar 1998 bis Oktober 2001

Dr. Wolfgang P e i n e r  
Senator und Präses der Finanzbehörde  
November 2001 bis Januar 2007

Dr. Michael F r e y t a g  
Senator und Präses der Finanzbehörde  
Seit Januar 2007

#### *Hessen*

Dr. med. h.c. Arno H e n n i g  
Minister für Erziehung und Volksbildung  
Februar 1958 bis Januar 1959

Professor Dr. phil. Ernst S c h ü t t e  
Kultusminister  
Februar 1959 bis November 1969

Professor Dr. phil. Ludwig v o n F r i e d e b u r g  
Kultusminister  
November 1969 bis Dezember 1974

Hans K r o l l m a n n  
Kultusminister  
Januar 1975 bis Juli 1984

Frau Dr. phil. Vera R ü d i g e r  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst  
Juli 1984 bis März 1987

Dr. phil. Wolfgang G e r h a r d t  
Minister für Wissenschaft und Kunst  
April 1987 bis April 1991

Frau Professor Dr. phil. Evelies M a y e r  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst  
April 1991 bis März 1995

Frau Dr. iur. Christine H o h m a n n – D e n n h a r d t  
Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst  
April 1995 bis Januar 1999

Hartmut H o l z a p f e l  
Staatsminister für Wissenschaft und Kunst  
Februar 1999 bis April 1999

Frau Ruth W a g n e r  
Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst  
April 1999 bis März 2003

Udo C o r t s  
Minister für Wissenschaft und Kunst  
Seit April 2003

#### *Mecklenburg-Vorpommern*

Oswald W u t z k e  
Kultusminister  
Januar 1991 bis Januar 1992

Frau Steffie S c h n o o r (spätere L a m e r s)  
Kultusministerin  
Februar 1992 bis Dezember 1994  
Ständige Stellvertreterin Januar 1991 bis Januar 1992

Frau Regine M a r q u a r d t  
Kultusministerin  
Dezember 1994 bis Oktober 1998

Professor Dr. Peter K a u f f o l d  
Kultusminister  
November 1998 bis November 2002

Professor Dr. Dr. med. Hans-Robert M e t e l m a n n  
Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
November 2002 bis November 2006

Herr Henry T e s c h  
Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
Seit Januar 2007

*Niedersachsen*

Richard L a n g h e i n e  
Kultusminister  
Februar 1958 bis Mai 1959

Dr.-Ing. E.h. Richard V o i g t  
Kultusminister  
Mai 1959 bis Juni 1963

Dr. iur. Hans M ü h l e n f e l d  
Kultusminister  
Juli 1963 bis April 1965

Richard L a n g h e i n e  
Kultusminister  
Juni 1965 bis August 1970

Professor Dr. phil. Peter v o n O e r t z e n  
Kultusminister  
August 1970 bis Mai 1974

Dr. phil. Günter W i c h e r t  
Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kunst  
November 1974 bis Mai 1976

Professor Dr. iur. Axel Freiherr v o n C a m p e n h a u s e n  
Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kunst  
Mai 1976 bis Dezember 1978

Professor Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Eduard P e s t e l  
Minister für Wissenschaft und Kunst  
Januar 1979 bis Mai 1981

Dr. iur. Johann-Tönjes C a s s e n s  
Minister für Wissenschaft und Kunst  
Juli 1981 bis Juni 1990

Frau Helga S c h u c h a r d t  
Ministerin für Wissenschaft und Kultur  
Juni 1990 bis März 1998

Dr. iur. Thomas O p p e r m a n n  
Minister für Wissenschaft und Kultur  
März 1998 bis Februar 2003

Lutz S t r a t m a n n  
Minister für Wissenschaft und Kultur  
Seit März 2003

*Nordrhein-Westfalen*

Professor Dr. phil. Dr. h.c. Paul L u c h t e n b e r g  
Kultusminister  
Februar 1958 bis November 1958

Werner S c h ü t z  
Kultusminister  
November 1958 bis Juli 1962

Professor Dr. iur. Paul M i k a t  
Kultusminister  
September 1962 bis Dezember 1966

Fritz H o l t h o f f  
Kultusminister  
Januar 1967 bis August 1969

Professor Dr. phil. Hermann L ü b b e  
Staatssekretär im Kultusministerium  
August 1969 bis September 1970

Johannes R a u  
Minister für Wissenschaft und Forschung  
September 1970 bis September 1978

Professor Dr. rer. pol. Reimut J o c h i m s e n  
Minister für Wissenschaft und Forschung  
Oktober 1978 bis Juni 1980

Hans S c h w i e r  
Minister für Wissenschaft und Forschung  
September 1980 bis Oktober 1983

Dr. iur. Rolf K r u m s i e k  
Minister für Wissenschaft und Forschung  
November 1983 bis Juli 1985

Frau Anke B r u n n  
Ministerin für Wissenschaft und Forschung  
Juli 1985 bis Juni 1998

Frau Gabriele B e h l e r  
Ministerin für Schule, Weiterbildung, Wissenschaft und  
Forschung  
August 1998 bis Oktober 2002

Frau Hannelore K r a f t  
Ministerin für Wissenschaft und Forschung  
November 2002 bis Juni 2005



Professor Dr. Andreas P i n k w a r t  
Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und  
Technologie  
Seit Juni 2005

*Rheinland-Pfalz*

Dr. rer. pol. Eduard O r t h  
Minister für Unterricht und Kultus  
Februar 1958 bis Juni 1967

Dr. phil. Bernhard V o g e l  
Minister für Unterricht und Kultus  
Juni 1967 bis Dezember 1976

Frau Dr. phil. Hanna-Renate L a u r i e n  
Kultusminister  
Dezember 1976 bis Juni 1981  
Ständige Stellvertreterin von Februar 1972 bis Mai 1975

Dr. phil. Georg G ö l t e r  
Kultusminister  
Juni 1981 bis Mai 1991

Professor Dr. med. E. Jürgen Z ö l l n e r  
Staatsminister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und  
Kultur  
Juni 1991 bis November 2006

Doris A h n e n  
Staatsministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur  
Seit Dezember 2006

*Saarland*

Dr. phil. Franz Josef R ö d e r  
Ministerpräsident und Minister für Kultus, Unterricht und  
Volksbildung  
Februar 1958 bis Oktober 1965

Werner S c h e r e r  
Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung  
November 1965 bis November 1977

Josef J o c h e m  
Minister für Kultus, Bildung und Sport  
Januar 1978 bis Juni 1980

Professor Dr. iur. Wolfgang K n i e s  
Minister für Kultus, Bildung und Sport  
Juli 1980 bis Juli 1984

Professor Dr. rer. pol. Gerhard Z e i t e l  
Minister für Kultus, Bildung und Sport  
August 1984 bis März 1985

Professor Dr. phil. Diether B r e i t e n b a c h  
Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
April 1985 bis September 1996

Henner W i t t l i n g  
Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
September 1996 bis September 1999

Jürgen S c h r e i e r  
Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft  
September 1999 bis September 2007

Joachim R i p p e l  
Minister für Wirtschaft und Wissenschaft  
Seit September 2007

#### *Sachsen*

Professor Dr. phil. Hans Joachim M e y e r  
Staatsminister für Wissenschaft und Kunst  
Mai 1991 bis April 2002

Dr. Matthias R ö ß l e r  
Staatsminister für Wissenschaft und Kunst  
Dezember 2002 bis November 2004

Frau Barbara L u d w i g  
Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst  
Januar 2005 bis September 2006

Frau Dr. Eva-Maria S t a n g e  
Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst  
Seit Oktober 2006

#### *Sachsen-Anhalt*

Dr. Werner S o b e t z k o  
Minister für Bildung, Wissenschaft und Kunst  
Januar 1991 bis Juli 1991

Professor Dr. sc. techn. Rolf F r i c k  
Minister für Wissenschaft und Forschung  
Juli 1991 bis Oktober 1994

Karl-Heinz R e c k  
Kultusminister  
Oktober 1994 bis Dezember 1998

Dr. Gerd H a r m s  
Kultusminister  
Dezember 1998 bis Juni 2002

Professor Dr. Jan-Hendrik O l b e r t z  
Kultusminister  
Seit Juni 2002

*Schleswig-Holstein*

Edo O s t e r l o h  
Kultusminister  
Februar 1958 bis Februar 1964

Claus Joachim v o n H e y d e b r e c k  
Kultusminister  
April 1964 bis Mai 1969

Kurt H a n n e m a n n  
Kultusminister  
Mai 1969 bis November 1969

Professor Dr. rer. pol. Walter B r a u n  
Kultusminister  
November 1969 bis Mai 1979

Dr. phil. Peter B e n d i x e n  
Kultusminister  
Juli 1979 bis Juni 1988

Frau Eva R ü h m k o r f  
Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur  
Juli 1988 bis August 1990

Frau Marianne T i d i c k  
Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur  
August 1990 bis Juni 1996

Frau Gisela B ö h r k  
Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Juni 1996 bis Oktober 1998

Frau Ute E r d s i e k – R a v e  
Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Oktober 1998 bis April 2005

Dietrich A u s t e r m a n n  
Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr  
Seit Mai 2005

*Thüringen*

Ulrich F i c k e l  
Minister für Wissenschaft und Kunst  
Mai 1991 bis Januar 1995

Dr. Gerd S c h u c h a r d t  
Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Januar 1995 bis September 1999

Frau Professor Dr.-Ing. Dagmar S c h i p a n s k i  
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Oktober 1999 bis Juni 2004

Professor Dr. rer. nat. Jens G o e b e l  
Kultusminister  
Seit Juli 2004

## Vorsitzende des Wissenschaftsrates

Professor Dr. iur. Dr. iur. h.c. Dr. iur. h.c. Helmut C o i n g  
Professor für Römisches Recht, Bürgerliches Recht und  
Rechtsphilosophie an der Universität Frankfurt  
Februar 1958 bis Januar 1961

Professor Dr. iur. Ludwig R a i s e r  
Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht  
an der Universität Tübingen  
Januar 1961 bis Januar 1965

Professor Dr.-Ing. Hans L e u s s i n k  
Professor für Bodenmechanik und Felsmechanik an der  
Technischen Universität Karlsruhe  
Januar 1965 bis Oktober 1969

Professor Dr. rer. nat. Reimar L ü s t  
Direktor des Instituts für Extraterrestrische Physik am Max-  
Planck-Institut für Physik und Astrophysik, München  
Honorarprofessor für Theoretische Physik an der Technischen  
Universität München  
November 1969 bis Januar 1972

Professor Dr. phil. Theodor H e i d h u e s  
Professor für Agrarökonomie an der Universität Göttingen  
Januar 1972 bis Januar 1976

Professor Dr. iur. Wilhelm A. K e w e n i g, LL.M. (Harvard)  
Professor für Öffentliches Recht an der Universität Kiel  
Januar 1976 bis Januar 1979

Professor Dr. iur. Andreas H e l d r i c h  
Professor für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht,  
Rechtsvergleichung und Europarecht an der Universität  
München  
Januar 1979 bis Januar 1982

Professor Dr. rer. nat. Hans-Jürgen E n g e l l  
Hauptgeschäftsführer, Direktor und Wissenschaftliches Mitglied  
des Max-Planck-Instituts für Eisenforschung GmbH, Düsseldorf  
Honorarprofessor für Physikalische Chemie an der Universität  
Düsseldorf  
Honorarprofessor für Metallurgie an der Technischen Universität  
Clausthal  
Januar 1982 bis Januar 1985

Professor Dr. Dr. h.c. Heinz H e c k h a u s e n  
Professor für Psychologie an der Universität Bochum  
Januar 1985 bis Januar 1987

Professor Dr. med. Kurt K o c h s i e k  
Professor für Innere Medizin an der Universität Würzburg  
Januar 1987 bis Januar 1989

Professor Dr. iur. Dieter S i m o n  
Geschäftsführender Direktor des Max-Planck-Instituts für  
europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt am Main  
Professor für Römisches Recht und Bürgerliches Recht an der  
Universität Frankfurt am Main  
Januar 1989 bis Januar 1993

Professor Dr. rer. nat. Gerhard N e u w e i l e r  
Professor für Zoologie und Vergleichende Anatomie an der  
Universität München  
Januar 1993 bis Januar 1994

Professor Dr. rer. nat. Karl-Heinz H o f f m a n n  
Professor für Angewandte Mathematik an der Technischen  
Universität München  
Januar 1994 bis Januar 1996

Professor Dr.-Ing. Dagmar S c h i p a n s k i  
Professorin für Festkörperelektronik an der Technischen  
Hochschule Ilmenau  
Dekanin der Fakultät Elektrotechnik und Informationstechnik  
Januar 1996 bis Januar 1998

Professor Dr. phil. Winfried S c h u l z e  
Professor für Neuere Geschichte an der Universität München  
Februar 1998 bis Januar 2001

Professor Dr. med. Karl Max E i n h ä u p l  
Professor für Neurologie an der Humboldt-Universität zu Berlin  
Februar 2001 bis Januar 2006

Professor Dr. phil. Peter S t r o h s c h n e i d e r  
Professor für Germanistische Mediävistik an der Ludwig-  
Maximilians-Universität München  
Seit Februar 2006

## **Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates**

Professor Dr. iur. Dr. iur. h.c. Dr. iur. h.c. Helmut C o i n g  
Februar 1958 bis Oktober 1959

Professor Dr. iur. Ludwig R a i s e r  
Oktober 1959 bis Januar 1961

Professor Dr. med. Wolfgang B a r g m a n n  
Januar 1961 bis Januar 1964

Professor Dr. phil. Hellmut B r e d e r e c k  
Januar 1964 bis Januar 1967

Professor Dr. phil. nat. Karl-Heinrich W e i s e  
Januar 1967 bis Januar 1969

Professor Dr. med. Rudolf T h a u e r  
Januar 1969 bis Januar 1970

Professor Dr. iur. Wolfram H e n c k e l  
Januar 1970 bis Dezember 1971

Professor Dr. med. Dr. rer. nat. Gerhard T h e w s  
Januar 1972 bis Januar 1973

Professor Dr. rer. nat. Hansjörg S i n n  
Januar 1973 bis Januar 1976

Professor Dr. med. Jürgen P e i f f e r  
Januar 1976 bis Januar 1977

Professor Dr.-Ing. Oskar M a h r e n h o l t z  
Januar 1977 bis Januar 1979

Professor Dr. med. Dr. phil. Heinz H ä f n e r  
Januar 1979 bis Januar 1980

Professor Dr. phil. Dipl.-Psych. Hans-Joachim K o r n a d t  
Januar 1980 bis Januar 1981

Professor Dr. rer. nat. Hans-Jürgen E n g e l l  
Januar 1981 bis Januar 1982

Professor Dr. phil. Peter Graf K i e l m a n s e g g  
Januar 1982 bis Januar 1985

Professor Dr. rer. pol. Friedhelm N e i d h a r d t  
Januar 1985 bis Januar 1987

Professor Dr. rer. nat. Alarich W e i s s  
Januar 1987 bis Januar 1988

Professor Dr. iur. Dieter S i m o n  
Januar 1988 bis Januar 1989

Professor Dr. med. Horst Franz K e r n  
Januar 1989 bis Januar 1992

Professor Dr. rer. nat. Gerhard N e u w e i l e r  
Januar 1992 bis Januar 1993

Professor Dr. rer. nat. Helmut G a b r i e l  
Januar 1993 bis Januar 1994

Professor Dr. rer. nat. Benno P a r t h i e r  
Januar 1994 bis Januar 1996

Professor Dr. rer. soc. Karl Ulrich M a y e r  
Januar 1996 bis Januar 1999

Professor Dr. rer. pol. Stefan T a n g e r m a n n  
Januar 1999 bis Januar 2000

Professor Dr. rer. nat. Amelie M u m m e n d e y  
Januar 2000 bis Januar 2003

Professor Dr. rer. nat. Reinhard H ü t t l  
Februar 2003 bis Januar 2006

Frau Professor Dr. rer. nat. Karin L o c h t e  
Seit Februar 2006

### **Vorsitzende der Verwaltungskommission des Wissenschaftsrates**

Staatssekretär Dr. iur. Georg Anders  
Februar 1958 bis November 1962

Staatssekretär Professor Dr. iur. Josef Hölzl  
Februar 1963 bis Mai 1963

Staatssekretär Dr. iur. Wolfgang Cartellieri  
Mai 1963 bis November 1966

Staatssekretär Dr. iur. Hans von Heppe  
Dezember 1966 bis Oktober 1970

Staatssekretärin Dr. phil. Hildegard Hamm-Brücher  
November 1970 bis Juni 1972

Staatssekretär Hans-Hilger Haunschild  
Juli 1972 bis Januar 1973



Staatssekretär Professor Dr. rer. pol. Reimut  
Jochimsen  
Februar 1973 bis Oktober 1978

Staatssekretär Dr. phil. Hermann Granzow  
November 1978 bis Oktober 1982

Staatssekretär Paul Harro Piazolo  
November 1982 bis September 1987

Staatssekretär Dr. iur. Eberhard Böning  
September 1987 bis März 1988

Staatssekretär Dr. phil. Fritz Schaumann  
Juli 1988 bis November 1998

Staatssekretär Dr. Uwe Thomas  
November 1998 bis Januar 2003

Staatssekretär Dr. Wolf-Dieter Dudenhausen  
Januar 2003 bis Januar 2005

Staatssekretär Professor Dr. Frieder Meyer-Krahmer  
Seit Februar 2005

### **Stellvertretende Vorsitzende der Verwaltungskommission**

Kultusminister Richard Langeheine  
Februar 1958 bis Mai 1959

Kultusminister Edo Osterloh  
Juli 1959 bis Februar 1964

Kultusminister Professor Dr. iur. Paul Mikat  
April 1964 bis Dezember 1966

Kultusminister Professor Dr. phil. Ernst Schütte  
Dezember 1966 bis November 1969

Kultusminister Werner Scherer  
November 1969 bis November 1977

Staatssekretärin Dr. iur. Mathilde Berghofer -  
Weichner  
Januar 1978 bis November 1986

Minister Professor Dr. phil. Diether Breitenbach  
Januar 1987 bis Januar 1991

Ministerin Anke Brunn  
Januar 1991 bis Januar 1993

Minister Professor Dr. phil. Diether Breitenbach  
Januar 1993 bis November 1996

Minister Professor Dr. E. J. Zöllner  
November 1996 bis November 2006

Minister Jürgen Schreier  
Seit Januar 2007

### **Generalsekretäre des Wissenschaftsrates**

Ministerialdirektor Dr. phil. h.c. Friedrich S c h n e i d e r  
1958 bis 1966

Ministerialdirektor Dr. iur. Karl-Gotthart H a s e m a n n  
1966 bis 1971

Ministerialdirektor Dr. iur. Peter K r e y e n b e r g  
1971 bis 1988

Ministerialdirektor Dr. iur. Winfried B e n z  
1989 bis Januar 2002

Ministerialdirektor Wedig v o n H e y d e n  
Seit Februar 2002

## **Geschäftsstelle**

(Stand: Dezember 2007)

### **Generalsekretär:**

Wedig von Heyden

### **Referatsleiter:**

Dr. Sabine Behrenbeck  
Dr. Dietmar Goll  
Dr. Volker Hildebrandt  
Dr. Wolfgang Rohe  
Dr. Friedrich Tegebekkers

### **Referentinnen und Referenten:**

Dr. Matthias Adam  
Dr. Annette Barkhaus  
Dr. Ursula Bittins  
Dr. Hildegard Brauns  
Dr. Carsten Dose  
Dr. Silvana Galassi  
Dr. Insa Großkraumbach  
Dr. Lars Grotewold  
Klaudia Haase  
Gabriele Heis  
Dr. Christiane Kling-Mathey  
Dr. Karsten Kumoll  
Dr. Tina Kunz-Plapp  
Dr. Rainer Lange  
Dr. Elke Lütke-meier  
Moritz Mälzer  
Dr. Britta Padberg  
Dr. Stefan Rathjen  
Dr. Magnus Rude  
Dr. Cornelia Schu  
Dr. Beatrix Schwörer  
Dr. Inka Spang-Grau  
Dr. Andreas Stucke  
Ulrike Vieten  
Dr. Elke Völmicke  
Dr. Martina Wächter  
Dr. Daisy Weßel  
Dr. Ulrike Wyputta

### **Anschrift der**

Brohler Straße  
50968 Köln  
Telefon: 0221 - 3776-0  
Telefax: 0221 - 38 84 40  
E-Mail: [post@wissenschaftsrat.de](mailto:post@wissenschaftsrat.de)  
Internet: [www.wissenschaftsrat.de](http://www.wissenschaftsrat.de)

### **Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:**

Monika Antosik  
Bernt Bauer (beurlaubt)  
Ute Becker  
Gabriela Bielang  
Janett Cahsun  
Roswitha Foegen-Kraus  
Bianca Guhlke  
Petra Heinrich  
Andrea Hemelt  
Khamis Jakob  
Ramona Juretzka  
Petra Langhein  
Horst Lenting  
Peter Lindlar  
Michaela Mitzam  
Marina Mohr  
Eric Morsi  
Petra Moser (beurlaubt)  
Michael Naumann  
Margarete Nomrowski  
Angelika Otto  
Britta Philippsen  
Kristiane Prescha  
Stephanie Prill  
Annemie Ritter  
Ute Sautmann  
René Schäfer  
Ingrid Semmelroth  
Anna Stanitzek  
Monika Steffen  
Corinna Trybel  
Elke Viertel  
Sigrid Wagner  
Christa Wartig  
Anna Weldin  
Monika Wieland  
Frank Wilke  
Holger Zahnnow